

# Das Parlament

Berlin, 30. Januar 2023

www.das-parlament.de

73. Jahrgang | Nr. 5-6 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

## Das Gedenken bewahren

Dani Dayan Eigentlich wollte der Vorsitzende der internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem niemals nach Deutschland reisen. Nicht aus Hass, sondern aus Respekt vor den sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden, wie er vergangene Woche im Paul-Löbe-Haus des Bundestages berichtete. Doch um das Gedenken an den Holocaust zu bewahren, wich der 67-Jährige von seinem Entschluss ab – und kam erstmals in die Bundesrepublik. Dayan eröffnete im Bundestag eine Ausstellung, die – zum ersten Mal überhaupt – 16 Objekte aus Yad Vashem in Deutschland zeigt (siehe Seite 12). Die Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem begehrt 2023 den 70. Jahrestag ihrer Gründung. Sie wird jedes Jahr von mehr als zwei Millionen Menschen besucht. scr



**ZAHLE DER WOCHE**

**50.000**

Männer wurden von 1933 bis 1945 aufgrund des Paragraphen 175, der sexuelle Handlungen unter Männern unter Strafe stellte, inhaftiert, bis zu 15.000 kamen ins Konzentrationslager. Bis zur Streichung des Gesetzes 1994 gab es in der Bundesrepublik noch rund 53.500 Verurteilungen mit teils zehnjähriger Haft.

**ZITAT DER WOCHE**

**»Diese Urteile waren Unrecht!«**

Bärbel Bas, Bundestagspräsidentin, wies am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus darauf hin, dass es in Deutschland lange gebraucht habe zur Aufhebung der Urteile nach Paragraph 175, der noch bis 1969 in der Fassung der Nationalsozialisten existierte.

**IN DIESER WOCHE**

**EUROPA UND DIE WELT**  
 Belarus Union fordert mehr Unterstützung für die Opposition **Seite 6**

**INNENPOLITIK**  
 Gesundheit Unabhängige Patientenberatung soll Stiftung werden **Seite 8**

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
 Freihandel Streit um Abkommen mit Mercosur-Staaten **Seite 10**

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
 USA Schadet der Inflation Act der Wirtschaft in Europa? **Seite 11**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
 Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
 64546 Mörfelden-Walldorf

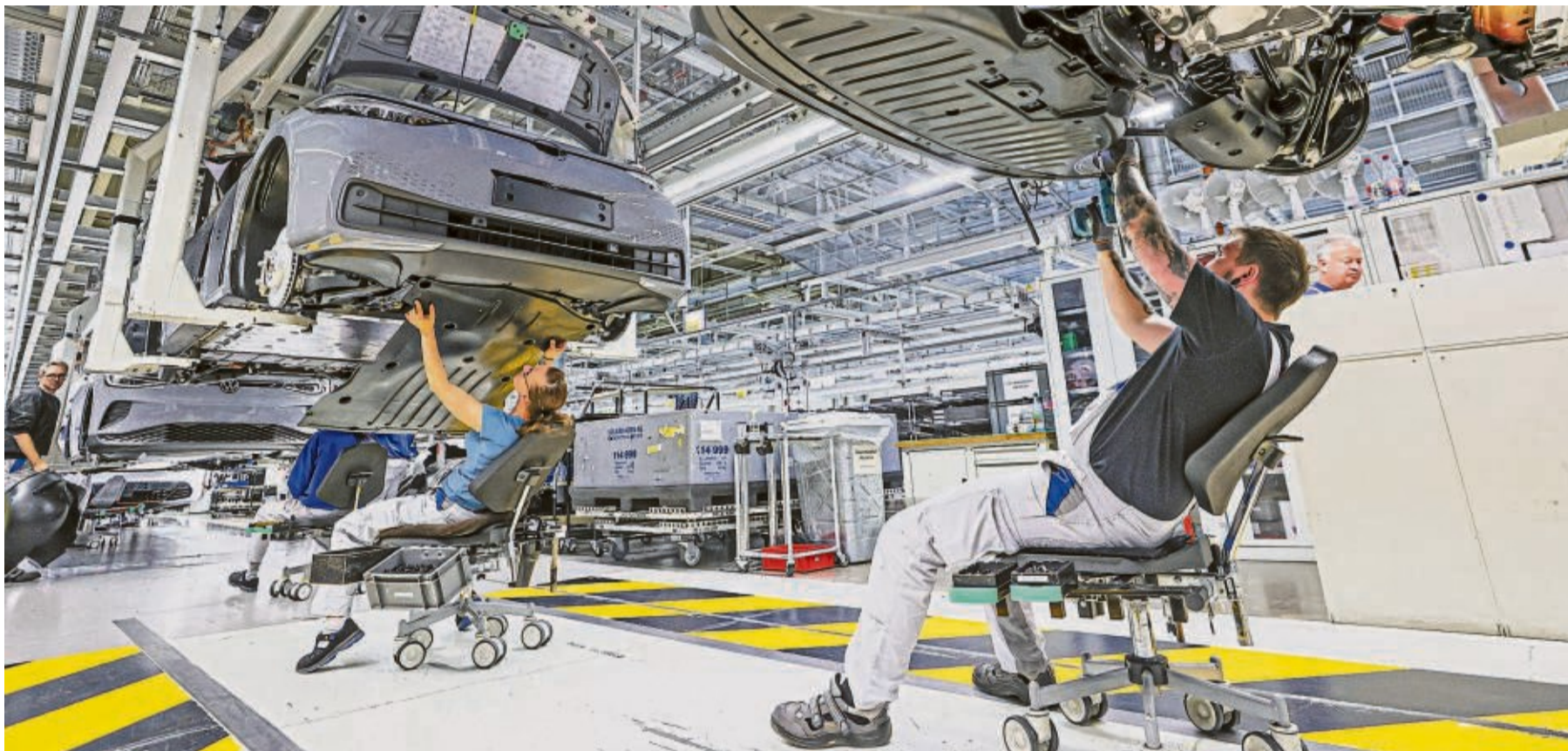


# Vorsichtige Entwarnung

**JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT** Trotz Krisen ist nicht mehr mit einer Rezession zu rechnen

**K**leine Zahl mit großer Wirkung: In der vergangenen Woche sorgte der niedrige Wert von 0,2 Prozent für eine historische Überraschung. Trotz historischer hoher Inflation, dem mittlerweile fast ein Jahr andauernden Krieg in der Ukraine, Lieferengpässen und Energiekrise kann die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr mit einem Minuwachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,2 Prozent rechnen – bis vor kurzem war noch davon ausgegangen worden, dass es zu einer Rezession kommt. Das Krisenjahr 2022 schloss nach Bereinigung der Zahlen sogar mit einem Plus von 1,9 Prozent. Die Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht 2023, der diese Zahlen enthält, nutzte die Bundesregierung direkt für ein bisschen Eigenlob: Er zeige, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am vergangenen Donnerstag im Bundestag, dass es trotz des Krieges in der Ukraine und den Folgen daraus gelungen sei, die Situation der deutschen Wirtschaft zu stabilisieren. Das habe neben dem großen Engagement der Unternehmerinnen und Unternehmer und deren Belegschaften auch an den engagierten Entscheidungen der Bundesregierung gelegen: „Deutschland hat gezeigt, was es kann, wenn es will.“

**Arbeitskräfte fehlen** Doch, so räumt Habeck bei seiner Regierungserklärung ein, auch wenn sich die Situation in wirtschaftlicher Sicht ein wenig entspannt habe und für das laufende Jahr mit einer weiter sinkenden Inflation (sechs Prozent) und für 2024 mit einem kleinen Plus für die Konjunktur (1,8 Prozent) gerechnet werde; das Land stehe weiterhin vor großen Herausforderungen. Als erstes nannte der Wirtschafts- und Klimaminister den massiven Mangel an Arbeits- und Fachkräften. Im vergangenen Jahr habe die Zahl gemeldeter offener Stellen mit 845.000 fast doppelt so hoch gelegen wie noch vor zehn Jahren. An dieser Stelle brachte Habeck die im Jahreswirtschaftsbericht 2022 erstmals eingeführten Indikatoren zur Neuvermessung des Wohlstandes ins Spiel. Anders als im vergangenen Jahr seien die Betrachtung und Bewertung der Indikatoren nicht mehr in einem Sonderkapitel behandelt worden, sondern direkt in den Bericht eingeflossen. So spiele zum Beispiel der Indikator für die Frauenerwerbstätigkeit bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels eine wichtige Rolle, sagte Habeck: Zwar seien heute mehr Frauen erwerbstätig, aber das Arbeitsvolumen,



Die Automobilbranche hat sich von der Krise noch nicht erholt. Und der Fachkräftemangel droht laut Experten zur Wachstumsbremse zu werden. © picture-alliance/dpa/Jan Woitas

das Frauen leisten, sei deutlich zurückgefallen. Dies bedeutet laut Habeck, dass zwar mehr Frauen einer bezahlten Arbeit nachgingen, dann aber überwiegend in Teilzeit oder im Niedriglohnbereich. Daraus ließe sich ableiten, dass weiter an der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gearbeitet werden müsse. „Wenn Frauen und Männer, die Kinder haben und arbeiten wollen aber nicht können, dann ist das falsch“, sagte Habeck.

**Kritik aus der Union** Der Opposition reichten die erhofften Wachstumsraten nicht. Zwar sei die wirtschaftliche Lage nicht so schlimm wie erwartet, „aber weniger schlimm ist immer noch schlimm und noch nicht gut“, sagte Jens Spahn (CDU) für seine Fraktion in der Debatte. Die Union habe schon vor Ausbruch des Krieges vor einer steigenden Inflation gewarnt. Diese einzudämmen, sei nun die größte sozialpolitische Aufgabe der Bundesregierung. Die Inflation sei „Raub am kleinen Mann“

und bringe den Wohlstand in Gefahr. Die Regierung müsse sich deshalb jetzt „ohne Wenn und Aber“ zur Wachstumspolitik bekennen. „Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts“, so Spahn. Keinen Unterschied zum vorherigen Jahreswirtschaftsbericht sah die AfD. Deren Abgeordneter Leif-Erik Holm sagte in Richtung des Wirtschaftsministers. „Sie servieren uns die selbe Transformationssoße wie im letzten Jahr, aber was tun Sie gegen die Inflation? Nichts!“ Es müsse nun dringend gehandelt werden, um die Konzerne der Automobil- und Chemie-Industrie an ihren Standorten zu halten. „Wenn die erstmal aus Deutschland raus sind, kommen sie so schnell nicht wieder.“

„Viel Schönfärberei“ sah die Fraktion Die Linke laut ihrer Fraktionsvorsitzenden Amira Mohamed Ali in dem Bericht. Das momentan etwas entspanntere Verhältnis an den Energiemärkten hätte nichts mit der Politik der Bundesregierung zu tun,

sondern mit einer gesunkenen Nachfrage. „Ankündigungen wurden genug ausgesprochen, nun müssen auch Taten folgen“, sagte die Linke in Habecks Richtung.

**Lob aus der Koalition** Neben der Abgeordneten Sandra Detzer (Grüne), die für ihre Fraktion den Parteikollegen Habeck in den höchsten Tönen lobte („Danke für diese enorme Leistung!“) und als unerwartete Plus als „kleine Sensation“ bezeichnete, zeigten sich auch die Rednerinnen und Redner der Koalitionspartner zufrieden mit der Arbeit des Hauses Habeck. Verena Hubertz (SPD) forderte, nach der erfolgreichen Überwindung der Krise nicht stillzustehen, „sondern nach vorne zu blicken.“ In den vergangenen Monaten war jedoch wiederholt deutlich geworden, dass Liberale und Grüne besonders in Sachen Wirtschafts- und Energiepolitik unterschiedlicher Meinung sind. Und so forderte der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Reinhard Houben, den Unternehmen im Moment keine Verordnungen wie das Lieferkettengesetz „aufzubürden“. Das seien alles sicherlich hehre Ziele. „Aber ist es jetzt an der Zeit, sie umzusetzen?“, fragte Houben. *Elena Müller*

**»Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts.«**

Jens Spahn (CDU)

## Reform zur Verkleinerung des Bundestages in Sicht

**WAHLRECHT** Die Ampel kann bei der Begrenzung der Abgeordnetenzahl auch auf Stimmen aus der Opposition hoffen

Der Bundestag, heißt es in Paragraph 1 des Bundeswahlgesetzes, besteht „aus 598 Abgeordneten“ – eine Festlegung, die allerdings mit dem Einschub „vorbehaltlich der Zustimmung des Bundestages“ versehen ist. Tatsächlich gehören dem Parlament derzeit 736 Abgeordnete an; in der vorherigen Wahlperiode waren es 709. Dass der Bundestag 138 Mandate über der Sollstärke liegt, resultiert aus den sogenannten Überhangmandaten. Sie entstehen, wenn eine Partei über die Erststimme mehr Direktmandate in den Wahlkreisen gewonnen hat, als ihrem Listenergebnis entspricht. Um das mit der Zweitstimme bestimmte Kräfteverhältnis der Parteien im Parlament wiederherzustellen, werden diese Überhänge seit 2013 mit zusätzlichen Ausgleichsmandaten kompensiert. Zu den bei der Bundestagswahl 2021 angefallenen 34 Überhängen kamen so 104 Ausgleichsmandate. Nun zeichnet sich im Parlament eine erneute Wahlrechtsreform zur Verkleinerung des Bundestages ab. Zwar stießen die Pläne der Koalitionsfraktionen von SPD, Grünen und FDP zur Begrenzung der Abgeordnetenzahl am Freitag in der ersten Lesung ih-



Erst- und Zweitstimme bei Bundestagswahlen sollen nach dem Willen der Koalition künftig „Wahlkreisstimme“ und „Hauptstimme“ heißen. © picture-alliance/Foto Huebner

res Gesetzentwurfes (20/5370) auf scharfe Kritik der CDU/CSU-Fraktion, doch blieb die Union damit allein im Hohen Haus. Die AfD-Fraktion, die einen im Kern inhaltsgleichen Vorschlag wie die Koalition eingebracht (20/5360) und damit ihre Initiative aus der vorherigen Wahlperiode aufgegriffen hat, begrüßte, dass mit diesem Modell ihr Konzept eine Mehrheit finden

werde, und aus der Linksfaktion hieß es, der Ampel-Vorschlag gehe in eine „richtige Richtung“. Die Koalition und die AfD sehen in ihren Gesetzentwürfen vor, die Zahl der Bundestagsabgeordneten bei weiterhin 299 Wahlkreisen künftig verlässlich auf die Regelgröße von 598 Parlamentsmitglieder zu begrenzen und dafür die Zutei-

lung von Überhang- und Ausgleichsmandaten zu streichen. Dies könnte dazu führen, dass in Zukunft nicht mehr alle Direktkandidaten, die in ihrem Wahlkreis die meisten Erststimmen erhalten, in den Bundestag einziehen. Erringen Wahlkreisbewerber einer Partei mehr Mandate, als dieser nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen, sollen diejenigen von ihnen mit dem vergleichsweise schlechtesten Erststimmenergebnis leer ausgehen. Die CDU/CSU-Fraktion plädiert dagegen für eine Reduzierung der Zahl der Wahlkreise auf 270 und eine Erhöhung der Zahl unausgeglichener Überhangmandate von derzeit drei „auf die vom Bundesverfassungsgericht zugelassene Anzahl“ von 15. Dieser Vorschlag stieß indes in der Debatte nicht nur bei der Koalition auf deutliche Kritik. (siehe Seite 7) *Helmut Stoltenberg*

## EDITORIAL

# Das Glas ist halb voll

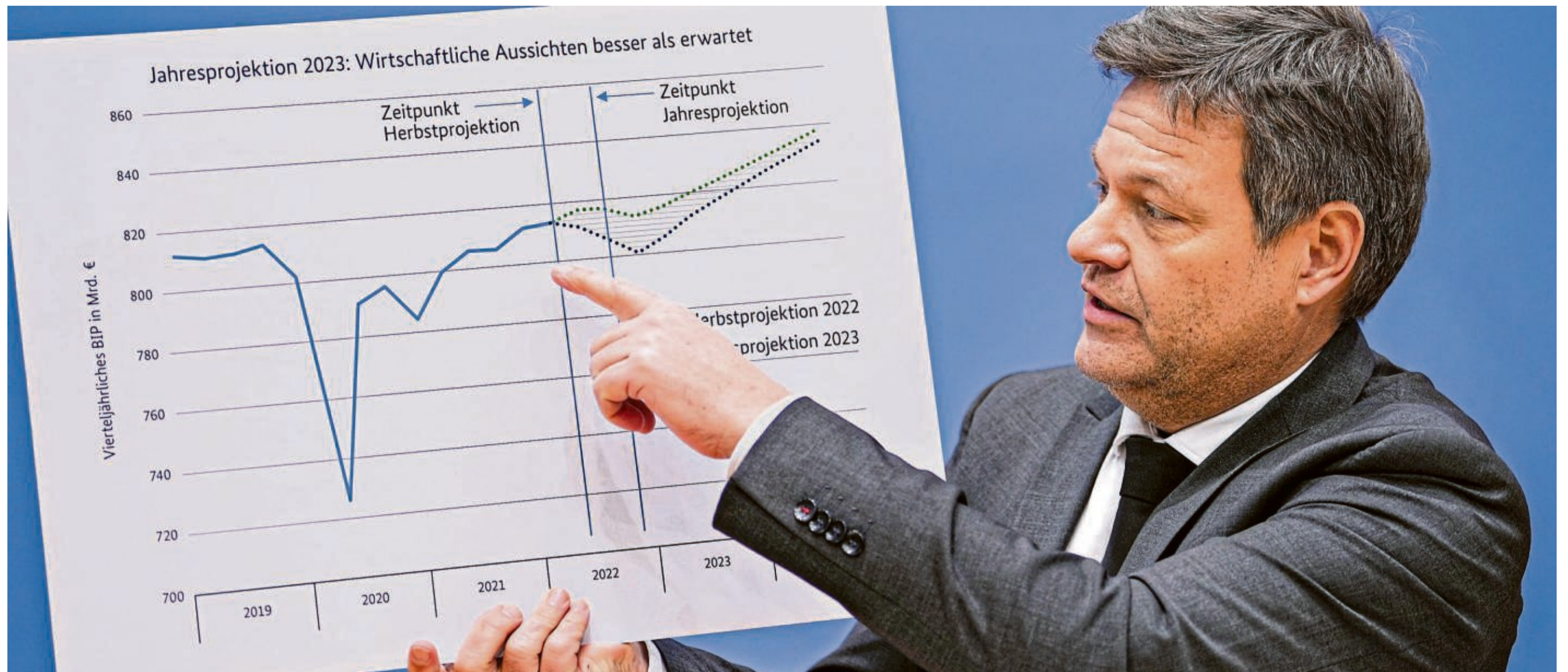
VON CHRISTIAN ZENTNER

Die Frage, ob das Glas halb voll oder halb leer ist, scheint leicht zu beantworten. Wenn der Jahreswirtschaftsbericht von Robert Habeck (Grüne) statt einer Rezession nur eine Stagnation befürchtet, passt noch einiges ins Glas. Und doch liest sich dieser Ausblick beruhigend, zumal er wohl nicht nur für Deutschland gilt. Die Finanzfachleute des Internationalen Währungsfonds werden am 31. Januar in ihrem Weltwirtschaftsausblick zu einem ähnlichen Ergebnis kommen. IWF-Chefin Kristalina Georgiewa hat in Davos bereits angedeutet: 2023 werde „weniger schlimm“ als befürchtet. Ob Konsumbarometer oder Geschäftsklimaindex, in Deutschland hellt sich die Stimmung auf. Sie war aber auch am Boden und die Zahlen sind es zum Teil immer noch. Der Geschäftsklimaindex besteht aus zwei Komponenten, der Beurteilung der aktuellen Lage und den Geschäftserwartungen. Letztere kommen vom Tiefpunkt, zuletzt waren sie im Corona-Crash so schlecht. Bei den Erwartungen sind die Unternehmen heute optimistischer, aber die Beurteilung der aktuellen Lage hat sich nicht verbessert. Auch hier also dieselbe Botschaft: Es ist weniger schlimm als befürchtet, gut noch lange nicht. Richtig füllen mögen das Glas auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nicht. Der BDI formuliert akute und strukturelle Sorgen für den Industriestandort Deutschland. Gas und Strom kosten zimal so viel wie bei der Konkurrenz in den USA, die Preisbremsen hierzulande könnten viele Firmen nicht nutzen. Dazu machen die Dauerbrenner Steuern und Bürokratie zu schaffen. Und die KfW, für Alarmismus nicht bekannt, warnte eindringlich, dass durch den Mangel an Fachkräften ein langanhaltender Abstieg drohe, das Fundament des Wohlstands bröckele. Hinzu kommt die Inflation von 7,9 Prozent im Jahr 2022. Das macht nicht nur der Wirtschaft zu schaffen. Rechnerisch bedeutet dies, dass die Menschen fast ein Monatsgehalt verloren haben. Doch das es bei all dem nicht nur um Zahlen geht, hat der Bundeswirtschaftsminister in seiner Rede vorangestellt: Man kommt nicht umhin, die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf unseren Wohlstand ins Verhältnis zu dem Epochenbruch und dem Leid zu setzen, das der russische Überfall auf die Ukraine ausgelöst hat. Wer es so betrachtet, vor dem steht ein halbvolleres Glas.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







Nicht mehr im roten Bereich: Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) präsentiert den Jahreswirtschaftsbericht 2023.

© picture-alliance/Flashpic/Jens Krick

# Die Wirtschaft grünt

**JAHRESBERICHT** Energiepreisschock und Zinswende sind überstanden. Doch die Automobilwirtschaft hat Probleme

Für Jahre wie 2022 mit Krieg, Inflation, Energieknappheit und steigenden Zinsen und Absturz der Börsen gibt es einen gut zusammenfassenden Begriff: „Anus horribilis“ – das Jahr des Schreckens. Doch in diesem Jahr soll alles anders werden: Zwar ist ein Ende des Krieges in der Ukraine bisher nicht in Sicht, aber die Wirtschaft soll wieder wachsen statt schrumpfen, die Preissteigerungen sollen nicht mehr so stark ausfallen und Energie ist zwar teuer, aber ausreichend vorhanden. Von Wärmestuben für frierende Bürger sowie Strom- und Gasabschaltungen für die Wirtschaft ist keine Rede mehr. An der Börse, wo bekanntlich die Zukunft gehandelt wird, blieben die Anleger auch nach den Silvesterpartys in Feierstimmung: Der deutsche Aktienindex schoss bereits in den ersten Wochen des Jahres um fast zehn Prozent nach oben.

Nach den vielen Enttäuschungen des vergangenen Jahres kann Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) in diesen Tagen wieder Zuversicht verbreiten – gestützt von zahlreichen nach oben weisenden Indikatoren wie dem Ifo-Geschäftsklima- und dem GfK-Konsumklima-Index. In seinem Jahreswirtschaftsbericht für 2023 konnte Habeck die roten Zahlen gegen die grünen Werte tauschen, und somit geht das Wirtschaftsministerium für 2023 trotz „Abkühlung infolge des Energiepreisschocks und der Zinswende“ von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,2 Prozent aus. Das ist noch nicht viel, aber weit mehr als der noch im Oktober erwartete Rückgang um 0,4 Prozent. 2022 war es um 1,9 Prozent gestiegen.

**Rückgang der Inflation** Für das kommende Jahr wird mit einem Wachstum von 1,8 Prozent gerechnet. Ein früherer Vorgänger von Habeck, Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD), hätte dazu gesagt: Die Pferde saufen wieder. Die Inflation, die vor allem Normalverdiener und Sparer trifft, soll sinken. Nachdem in der Herbstprojektion noch von sieben Prozent ausgegangen war, soll die Preissteigerung laut neuem Jahreswirtschaftsbericht sechs Prozent betragen. 2024 soll die Inflation weiter sinken – nämlich auf 2,8 Prozent. 2022 hatte die Preissteigerung mit 7,9 Prozent einen historischen Höchststand erreicht. Vor zu hohen Erwartungen warnt aber die Deutsche Bundesbank: Der Inflationsrückgang „ist im Wesentlichen auf die einmalige Soforthilfe im Dezember zurückzuführen; er dürfte daher temporär sein“. Also noch keine Entwarnung an der Inflationsfront.

Wer nach den Gründen sucht, warum die deutsche Wirtschaft den externen Schocks so gut Stand gehalten hat, findet zwei Erklärungen: Die Wirtschaft ist überwiegend mittelständisch geprägt und dadurch robuster als internationale Großkonzerne. Die zumeist in Familienbesitz befindlichen Mittelständler trennen sich in Krisen nicht so schnell von Personal und halten mit einer oft guten Eigenkapitalausstattung auch mal Durststrecken durch. Außerdem habe die Regierung „durch ein Bündel kurzfristig

umgesetzter Maßnahmen wesentlich dazu beigetragen, eine Gasmangellage in diesem Winter zu vermeiden und die Belastungen im Zuge gestiegener Energiepreise zu begrenzen“, so das Wirtschaftsministerium. Daher war es nicht überraschend, dass das Statistische Bundesamt bereits im vierten Quartal letzten Jahres statt roter Zahlen bei der Wirtschaftsleistung eine Stagnation vermeldete. Davon waren die meisten Ökonomen überrascht worden. Doch jetzt hellt sich auch im Ökonomen-Lager die Stimmung auf. Das Institut für Weltwirtschaft etwa erwartet sogar ein Wachstum von 0,3 Prozent. Helmut Schneeweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes erklärt: „Die Rezession wird die Wirtschaft voraussichtlich nicht so hart treffen wie noch im vergangenen Jahr befürchtet.“

Dank gut gefüllter Auftragsbücher und einer guten Ertragslage sei auch keine Insolvenzelle zu befürchten. Laut Jahreswirtschaftsbericht investieren Unternehmen wieder verstärkt in moderne Anlagen und Maschinen: Die Ausrüstungsinvestitionen sollen in diesem Jahr um 3,3 Prozent nach einem Vorjahreswachstum um 2,5 Prozent

steigen. Habecks Ansatz ist jedoch nicht mehr „blindes Wachstum“, sondern die Erneuerung des Wohlstands. Um „eine starke grüne Wirtschaft“ aufzubauen, sollen private Investitionen gezielt angereizt werden. Auch die Bundesbank sieht die Konjunkturaussichten inzwischen heller als noch im vergangenen Jahr. „Die jüngsten Datenveröffentlichungen fielen insgesamt besser aus als in der Dezemberprojektion unterstellt worden war“, schreibt die Bundesbank in ihrem neuen Monatsbericht. Geholfen hat zudem der Wiederanstieg des Euro-Kurses gegenüber dem amerikanischen Dollar. Nachdem der Greenback im Sommer 2022 die Parität mit der europäischen Gemeinschaftswährung erreicht hatte, gab der Kurs wieder nach, so dass man jetzt für einen Euro 1,08 bis 1,09 Dollar bekommt. Davon profitieren nicht nur Urlauber, sondern besonders Energiefirmen, die Öl und Gas in Dollar bezahlen müssen.

»Der Rückgang der Inflation dürfte nur temporär sein.«

Deutsche Bundesbank

Allerdings haben sich längst nicht alle Experten den fröhlichen Chorgesängen angeschlossen. „Die deutsche Wirtschaft erhält aktuell viel Gegenwind“, schreiben etwa die Volkswirte der Deutschen Industriebank IKB. Sie erwarten auch weitere Anhebungen durch die Europäische Zentralbank und halten eine Rezession für unausweichlich. Mit einer Erholung der Wirtschaft sei frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2023 zu rechnen. Aber immerhin hob auch die IKB ihre Wachstumsprognose von minus 0,8 auf minus 0,2 Prozent an. Die von der IKB angesprochen höheren Zinsen verknappen zwar das Geldangebot und drücken somit auf die Inflationsraten,

haben aber Begleiterscheinungen, die alles andere als angenehm sind. So können Firmen schlechter Kredite für Investitionen aufnehmen. Und die deutsche Finanzaufsicht Bafin verweist auf ein weiteres Problem: Die stark gestiegenen Zinsen haben

zu Verlusten bei den Wertpapierbeständen einiger Banken geführt. „Ein weiterer plötzlicher und starker Zinsanstieg würde manche Institute stark belasten“, so die Finanzaufsicht. Betroffen sind kleine und mittlere Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

**Ford streicht Stellen** Auch die Automobilwirtschaft, immerhin Deutschlands umsatzstärkster Wirtschaftszweig, ist nicht gerade in Partystimmung. Ford, der viertgrößte deutsche Autohersteller, will in den Entwicklungsabteilungen in Köln und Aachen 2.500 der 3.800 Stellen streichen. Schon früher hatte Ford die Schließung seines Werks in Saarlouis bekannt gegeben. Bei vielen Zulieferbetrieben gehen inzwischen die Lichter aus. Grund sind höhere Energiepreise sowie die Umstellung auf E-Mobilität. So ging der Zulieferbetrieb Borgers aus Nordrhein-Westfalen (6.000 Mitarbeiter) in Konkurs, in Zwickau schließt GKV Driveline (800 Arbeitsplätze) die Tore, und bei Druckguss Dohna in Sachsen verlieren 600 Arbeitnehmer ihren Job. Markus Jerger, Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft, sagt, dass die kleinen und mittleren Firmen

sich nicht mehr halten können, wenn die Großindustrie sich davon macht: „Wenn die Elefanten marschieren, dann trampeln sie auch über den Mittelstand, die Ameisen hinweg, ohne sie zu sehen“, sagte er laut „Steingarts Morning Briefing“.

Auch die Bauwirtschaft, traditionell Motor der Konjunktur, will nicht so richtig in die Gänge kommen. Die Gründe sind vielfältig: Drastisch gestiegene Grundstückspreise und Steuern, Verteuerungen beim Baumaterial und Personalmangel. „Bis 2030 fehlen dem Bau altersbedingt 120.000 Fachkräfte“, beklagt der Zentralverband des deutschen Baugewerbes. Ähnliches ist aus anderen Branchen zu hören. Auch die Bundesregierung sieht die Fachkräftesicherung als wesentlichen Faktor für den Investitions- und Industriestandort Deutschland an. Daher soll ein modernes Einwanderungsgesetz den Zuzug von Fachkräften stärken. „Auch gilt es, die inländischen Potentiale bei Teilzeit und freiwillig längerer Arbeit im Alter zu heben“, so das Wirtschaftsministerium.

Es bleibt also für die Politik noch einiges zu tun, damit die Pferde so richtig ans Saufen kommen. **Hans-Jürgen Leersch**

## Die Vermessung des Wohlstands

**SONDERKAPITEL** Zum zweiten Mal werden neben dem BIP weitere Kennzahlen zur Ermittlung der Lebensqualität herangezogen

Was braucht es, um sich reich zu fühlen? Einer Erhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach zufolge gaben im vergangenen Jahr rund 26 Millionen Menschen in Deutschland an, dass sie einen großen Wert auf ein hohes Einkommen und materiellen Reichtum legen (siehe Grafik unten). Dieser Wert hat sich in den vergangenen vier Jahren auch in Zeiten der Krise während der Corona-Pandemie kaum verändert.

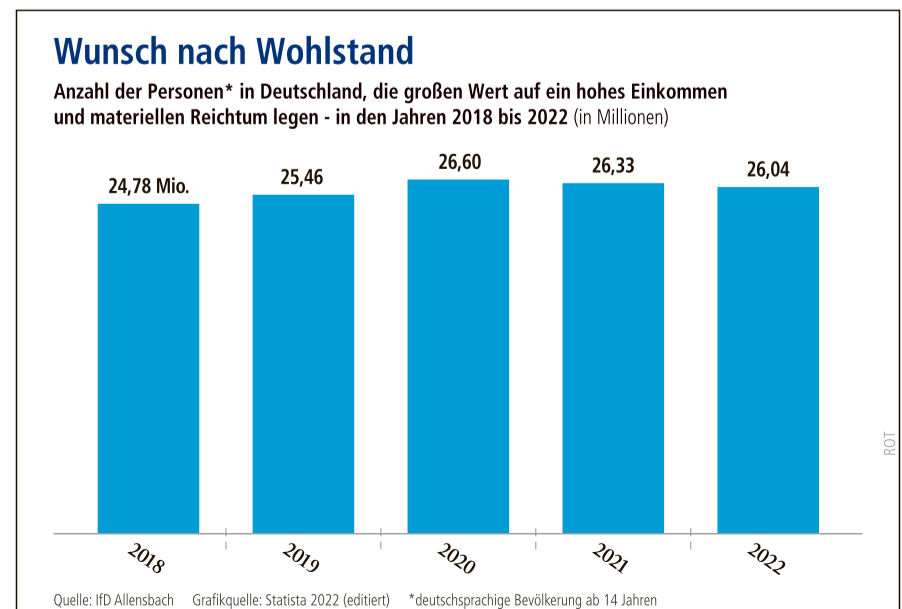
Für die Grünen in Bundestag und Regierung reicht der Blick auf das Vermögen alleine aber nicht, um den Wohlstand Einzelner oder auch der gesamten Gesellschaft zu bemessen. Deshalb hatte das Bundeswirtschaftsministerium nach der Amtsübernahme durch Minister Robert Habeck dem Jahreswirtschaftsbericht 2022 erstmals ein Sonderkapitel angefügt, das die Bemessung von Wohlstand neu ausrichten sollte.

**Frauen in gute Arbeit bringen** So soll nicht mehr allein das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausschlaggebend für die Bewertung des Reichtums und der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland sein. „Die individuelle und damit auch die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt hängen von weit mehr als nur den wirtschaftlichen Rahmendaten ab“, heißt es in dem Bericht. Die Wirtschaftsfachleute im Hause Habeck untersuchen deshalb nun auch, wie es hierzulande um die soziale Gerechtigkeit, die Gleichberechtigung der Geschlechter, eine intakte Natur oder den Zugang zu Bildung bestellt ist.

Im aktuellen Papier heißt es im Rückblick auf das Kriegs- und Krisenjahr 2022: „Gerade in Krisenzeiten steht der Staat in der Verantwortung, ein Mindestmaß an materiellem Wohlstand für die Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.“ Doch um den Wohlstand in Deutschland zu „erneuern“ (so auch der Titel des Papiers), müsse der Blick auf weitere Faktoren gelenkt werden. Wirtschaftsminister Habeck nannte in seiner Regierungserklärung als prominentes Beispiel dafür den Indikator der Frauenerwerbstätigkeit: Nur wenn mehr Frauen in Vollzeit und in gut bezahlten Jobs arbeiteten, könnte der massive Fachkräftemangel

effektiv bekämpft werden. Dieser wiederum gefährdet die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und bedroht damit den Wohlstand des ganzen Landes. Um Frauen das Arbeiten zu ermöglichen, müsse die Politik deshalb weiter die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

**Belastung durch Wohnkosten** Ein weiterer der insgesamt 34 ausgewählten Indikatoren ist der „Anteil der Personen mit hohen Wohnkosten“. Dieser bildet Personen ab, die in Haushalten leben, die mehr als 40 Prozent ihres verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnen ausgeben (müssen).



Im Jahreswirtschaftsbericht heißt es dazu, dass bei einem solch hohen Anteil nach Definition der Europäischen Statistik für Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) von einer Überlastung durch Wohnkosten ausgegangen werde – was sich wiederum auf den Wohlstand auswirken kann. Im Jahr 2021 galten 10,7 Prozent der Bevölkerung als bei den Wohnkosten überlastet, für das Jahr 2022 wird aufgrund der stark gestiegenen Energiekosten mit einem deutlich höheren Wert gerechnet. Betrachtet wird des Weiteren auch die „Erreichbarkeit zentraler Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Schulen, Supermärkte, ÖPNV-Anbindungen und Krankenhäuser“, da dies eine zentrale Voraussetzung für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sei. Laut Bericht waren im Jahr 2020 für 53,6 Prozent der Bevölkerung ein Supermarkt, eine Post, eine Grundschule und eine ÖPNV-Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten pro Tag innerhalb eines Kilometers erreichbar. Andere Indikatoren sind unter anderem die Zahl der Gründerinnen, der Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern, der Breitbandausbau oder die Investitionen in Maßnahmen für den Klimaschutz.

Die Frage nach der Wohlstandsbestimmung ist nicht neu. Seit Jahren gibt es immer wieder Debatten über das Ende des klassischen Kapitalismus und die Faktoren, die abseits von Vermögen zum Wohlstand der Menschen beitragen. Im Bundestag hatte eine Mehrheit aus CDU/CSU, SPD und FDP bereits Anfang 2013 im Rahmen der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohl-

stand, Lebensqualität“ ein Konzept mit dem Namen „Wohlstandsindikatorenansatz“ beschlossen. Damals stimmten die Oppositionsfraktionen von Linken und Grünen gegen das Konzept, da es aus ihrer Sicht zu kompliziert und nicht geeignet sei, eine Debatte über die politischen Konsequenzen aus einer Neubemessung von Lebensqualität anzustoßen.

**Harte Währung** Die Grünen hatten in der ihrer Zeit in der Opposition deshalb eigene Vorschläge gemacht: 2021 legten sie den „Jahreswohlstandsbericht“ vor, der auf 172 Seiten acht Kernindikatoren für eine Neubewertung des Wohlstands benannte. Der Bericht knüpfte an vergleichbare Konzepte auf internationaler Ebene an, wie die „Beyond GDP“-Diskussion der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2007. Dort ging es auch schon um die Grenzen der Aussagefähigkeit des Bruttoinlandsproduktes und um welche Kenngrößen man eine Wohlstandsbestimmung wohl ergänzen könnte.

Kritik am Sonderkapitel des Jahreswirtschaftsberichtes gibt es auch im zweiten Jahr, unter anderem aus der Opposition. Die Indikatoren würden sich in ihren Zielsetzungen zum Teil gegenseitig blockieren, zudem lenkten sie den Blick weg vom BIP, das als die harte Währung der Wohlstandsbestimmung gilt.

Ein weiteres Hindernis sei zudem die schlechte Datenlage: Zu viele Daten seien nicht aktuell oder würden nicht flächendeckend erfasst, um ein wirklich umfassendes Bild zeichnen zu können. **Elena Müller**

WEGMARKEN

1950: Schuman-Plan

Der französische Außenminister Robert Schuman schlägt am 9. Mai vor, die deutsche und französische Kohle- und Stahlindustrie unter internationale Kontrolle zu stellen. Durch die Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs sollen künftig Kriege verhindert werden.

1951: Montanunion

Schumans Plan führt zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, auch Montanunion genannt, am 18. April. Neben Deutschland und Frankreich werden auch Italien und die Benelux-Staaten Mitglieder.

1956: Lösung der Saarfrage

Mit dem am 27. Oktober geschlossenen Vertrag von Luxemburg lösen Deutschland und Frankreich die umstrittene „Saarfrage“, welche die Annäherung der beiden Länder lange blockiert hat. Das Saarland wird Teil Westdeutschlands.

1958: Römische Verträge

Deutschland und Frankreich forcieren gemeinsam mit Italien und den Benelux-Staaten die europäische Integration. In den am 25. März unterzeichneten Verträgen vereinbaren sie neben einer Europäischen Atomgemeinschaft auch die Schaffung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum entsteht.

1962: Fouchet-Pläne

Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle strebt nach mehr Regierungszusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie im Bereich von Wissenschaft und Kultur. Doch seine Vorschläge (Fouchet-Pläne), die EWG durch eine „Staatenunion“ zu ersetzen, stoßen in den Benelux-Staaten auf Ablehnung.

1963: Élysée-Vertrag

Deutschland und Frankreich unterzeichnen am 22. Januar den Élysée-Vertrag, der auf eine enge Zusammenarbeit in jenen Bereichen abzielt, die Frankreich zuvor für alle sechs EWG-Staaten etablieren wollte.

1963: Jugendwerk

Als direkte Folge der im Élysée-Vertrag vereinbarten Zusammenarbeit in Erziehungs- und Jugendfragen wird am 5. Juli das Deutsch-Französische Jugendwerk gegründet. Fast zehn Millionen jungen Deutschen und Franzosen hat er durch Austauschprogramme das jeweilige Nachbarland nähergebracht.

1988: Zusatzprotokolle

Anlässlich des 25. Jahrestages erweitern Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl den Élysée-Vertrag um zwei Zusatzprotokolle, die zu neuen gemeinsamen Institutionen führen: Ein Finanz- und Wirtschaftsrat, ein Verteidigungs- und Sicherheitsrat, ein Umwelt- und ein Kulturrat werden gegründet. Seit 1989 gibt es auch die Deutsch-Französische Brigade mit Sitz in Müllheim, in der rund 5.000 Soldatinnen und Soldaten dienen. Sie ist seit 1993 Teil des Eurokorps.



Bundeskanzler Olaf Scholz und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron gut gelaunt mit ihren Kabinetten beim Regierungstreffen in Paris. Beim Festakt aus Anlass des 60. Jahrestages des deutsch-französischen Nachbarchaftsvertrages hatten sie sich zuvor in der Sorbonne-Universität als enge Partner präsentiert. Doch die Differenzen zwischen ihnen sind nicht ausgeräumt.

© picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Christophe Petit Tesson

# Die Kompromissmaschine

**BEZIEHUNGEN** Zwischen den Regierungen in Berlin und Paris lief es schon mal besser

Kampfflugzeuge sind im gepflasterten Innenhof des Élysée-Palasts selten zu sehen. Doch am 22. Januar stand ein solcher Jet im Miniaturformat rechts vom Eingang der Ehrenloge – ein Modell des Future Combat Air Systems (FCAS), das Frankreich und Deutschland derzeit entwickeln und das zu den Aushängeschildern der deutsch-französischen Freundschaft gehört, die Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) an jenem Tag feierten: 60 Jahre zuvor hatten Deutschland und Frankreich ihre „Erbfeindschaft“ mit dem Élysée-Vertrag (siehe Text unten) beendet. Gleich mehrere gemeinsame Industrieprojekte wurden zu diesem Anlass im Élysée ausgestellt. FCAS hatten Macron und Scholz' Vorgängerin Angela Merkel 2017 auf den Weg gebracht. Danach ging es wegen Rivaltäten zwischen den beteiligten Firmen, dem französischen Flugzeugbauer Dassault und dem Partner Airbus, allerdings kaum voran. Erst im Dezember konnte die Entwicklung eines Prototyps schriftlich vereinbart werden. Scholz hatte im Oktober 2022 mit einer Reise nach Paris dazu beigetragen, die Blockade aufzulösen. Zu jener Zeit hatte es

zwischen Deutschland und Frankreich gewaltig geknirscht. Der deutsch-französische Ministerrat wurde abgesagt, auch wegen Differenzen in Verteidigungsfragen, die nach dem russischen Überfall auf die Ukraine offen zutage getreten waren. Mit seiner Rede zur „Zeitenwende“ hatte Scholz Ende Februar 2022 zwar auch in Frankreich Applaus geerntet. Weniger gut kam jenseits des Rheins allerdings an, dass die Bundeswehr hauptsächlich mit Material aus den USA ausgerüstet werden soll. Vor allem, weil Macron gerade im Verteidigungsbereich auf eine größere europäische Unabhängigkeit setzt. Auch dass Deutschland die Initiative für ein Raketenabwehrsystem mit anderen Nato-Staaten ergriff, wurde in Paris mit Misstrauen gesehen. „Frankreich spielt in dieser Zeitenwende keine Rolle“, sagt der Experte Joseph de Weck. In der Prager Rede, die Scholz Ende August an der Karlsuniversität hielt, kam das Nachbarland praktisch nicht vor. Auch die gemeinsamen deutsch-französischen Verteidigungsprojekte wie das FCAS und den gemeinsamen Kampfflugzeug MGCS erwähnte der Bundeskanzler mit keinem Wort. In der Pariser Sorbonne-Universität, wo der Festakt zum 60. Jahrestag des Élysée-Vertrags stattfand, wollte Scholz das Versäumnis offenbar wieder gut machen. Der Nach-

bar sei eine „unentbehrliche Nation“ beim Aufbau eines vereinten Europas, sagte er. „Frankreich ist und bleibt das auch heute.“ Gleichzeitig würdigte der Kanzler das europäische Engagement Macrons und sagte auf Französisch: „Merci Monsieur le Président, merci de tout coeur“ – Danke, Herr Präsident, danke aus ganzem Herzen. Macron mahnte seinerseits, den Élysée-Vertrag nicht nur als Teil der Geschichte zu sehen. „Dieser Tag darf nicht nur eine Feier sein, sondern auch ein Versprechen, ein Engagement, ein Appell, ein neuer Ehrgeiz.“ Er hob die Einigkeit hervor, die Deutschland und Frankreich nach dem russischen Überfall auf die Ukraine gezeigt hätten. „Unsere Einheit wurde nicht gespalten und wir haben uns nicht aus der Verantwortung gestohlen.“ Doch auch wenn beide Männer sich nach ihren Ansprachen freundschaftlich die Hände schüttelten, ließ ihre Körpersprache vermuten, dass sie sich weniger nahe stehen als die beiden „Väter des Élysée-Vertrags“, Charles de Gaulle und Konrad Adenauer. Deren Beziehung hatte mit einer Einladung Adenauers in de Gaulles Landgut im ostfranzösischen Colombey-les-deux-Églises 1958 begonnen. Sowohl Gastgeber als auch Gast hegten damals noch viel Misstrauen dem anderen gegenüber. „Wir werden den Speiseplan nicht ändern und aus dem üblichen Geschirr essen“, soll de Gaulles Frau Yvonne angekündigt haben. Dennoch war der Bundeskanzler von dem zweitägigen Besuch begeistert: „Sie haben mich behandelt, als wäre ich bei mir zu

Hause“, sagte er hinterher. Die beiden alten Männer fanden in den Folgejahren in inniger Freundschaft zueinander, die den Élysée-Vertrag erst ermöglichte. Als der Kanzler schon im Ruhestand war, besuchte de Gaulle Adenauer noch regelmäßig in dessen Haus in Rhöndorf bei Bonn. Eine ähnlich enge Beziehung verband nach ihnen auch Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. „Helmut Schmidt war mir ein wahrer Freund“, erinnerte sich Giscard in mehreren Interviews an den SPD-Politiker, mit dem er die Grundlagen der europäischen Wahlunion legte. Eine noch größere Aufgabe hatten François Mitterrand und Helmut Kohl zu bewältigen: Sie mussten die deutsche Wiedervereinigung umsetzen. Und das, obwohl Mitterrand gesagt haben soll, er liebe Deutschland so sehr, dass er froh sei, dass es zwei davon gebe. Die beiden Politiker, die sich 1984 über den Gräbern des Ersten Weltkriegs in Verdun die Hand gereicht hatten, bewältigten die Aufgabe. Als Mitterrand 1996 starb, rannen Kohl bei der feierlichen Totenmesse in der Pariser Kathedrale Notre-Dame Tränen über die Wangen. Nach ihnen bereinigten Gerhard Schröder und Jacques Chirac zwar noch manche Missstimmung bei einem Bier, doch echte Nähe entstand zwischen den neuen

deutsch-französischen Paaren nicht mehr. Angela Merkel hatte es mit gleich vier französischen Präsidenten zu tun: Auf Chirac folgten der nervöse Nicolas Sarkozy und der ungeschickte wirkende François Hollande. Über Macron sagte die Kanzlerin in einem Interview: „Gewiss, wir ringen miteinander“. Das hinderte die beiden allerdings nicht daran, im Sommer 2020 ein Hilfspaket im Kampf gegen die Corona-Krise zu präsentieren. Die 750 Milliarden, die es umfasste, wurden erstmals durch gemeinsame Verschuldung finanziert. Merkels Nachfolger Olaf Scholz scheint sich nun ganz vom romantischen Bild des deutsch-französischen Paares verabschieden zu wollen. Stattdessen sprach der Kanzler an der Sorbonne vom deutsch-französischen Motor, der eine „Kompromissmaschine“ sei. Seinen Antrieb beziehe er „nicht aus süßem Schmus und leerer Symbolik. Sondern aus unserem festen Willen, Kontroversen und Interessenunterschiede immer wieder in gleichgerichtetes Handeln umzuwandeln.“ Beim gemeinsamen Kampfflugzeug ist das bereits gelungen. Bei anderen Themen muss die „Kompromissmaschine“ ihre Effizienz noch zeigen.

Christine Longin

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Paris.

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine traten Differenzen offen zutage.

Macron und Scholz stehen sich weniger nahe als die Väter des Élysée-Vertrages.

## Eine Freundschaft mit Brief und Siegel

**ÉLYSÉE-VERTRAG** Vor 60 Jahren vereinbarten Deutschland und Frankreich eine enge Partnerschaft, verfolgten damit aber durchaus unterschiedliche Ziele

Das Bild ihrer Umarmung ging um die Welt: Gerade hatten Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer am 22. Januar 1963 im Salon Murat des Pariser Élysée-Palasts den „Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit“ unterschrieben, als der Franzose plötzlich sein Gegenüber in die Arme schloss – zur Überraschung der Anwesenden und Adenauers selbst. „Das war etwas völlig Neues“, erklärt der Historiker und Politologe Stefan Seiden Dorf. „Männer, Politiker und noch dazu Kriegsgegner umarmten sich nicht“, so der stellvertretende Direktor des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg. Nicht ganz ohne Hintergedanken habe de Gaulle den Deutschen „zur Brust“ genommen, der Wirkung dieser Emotionsbeziehung sei sich der General durchaus bewusst gewesen.

**Versöhnung der »Erbfeinde«** Auch heute, 60 Jahre später, hat das Bild seine Symbolkraft nicht verloren. Steht es doch für die historische Versöhnung der sogenannten „Erbfeinde“ Deutschland und Frankreich. Daran anknüpfend hätten spätere deutsche und französische Staats- und Regierungschefs die Freundschaft immer wieder wort- und bildmächtig beschworen, so Seiden Dorf. „Denken wir nur an Kohl und

Mitterrand händehaltend in Verdun.“ Der „Élysée-Vertrag“, 18 Jahre nach Kriegsende geschlossen, war der Auftakt: Darin verpflichteten sich die Nachbarländer zu Freundschaft und intensiver Zusammenarbeit in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen.

**Regelmäßiger Austausch** Nur acht Seiten lang ist das Dokument, das heute als „Jahrbuchvertrag“ gilt. Der Inhalt des auf schwerem Büttenpapier gedruckten und von den Unterzeichnern mit Siegeln versehenen Textes hat es aber in sich: So legt der Vertrag einen verbindlichen Konsultationsmechanismus fest, der für Staats- und Regierungschefs ebenso gilt wie für Minister und Spitzenbeamte. Mindestens zweimal jährlich sollen sich die Chefs treffen, Minister mindestens alle drei Monate. Vereinbart wurde zudem eine umfassende Kooperation und Koordinierung in der Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik sowie eine enge Zusammenarbeit in Erziehungs- und Jugendfragen. Eine solche Verknüpfung der Politik zweier Länder sei bis heute beispiellos, sagt Seiden Dorf. In den deutsch-französischen Beziehungen markiert das den Beginn einer neuen Ära – wengleich der Vertrag weder der Anfang noch der Schlusspunkt des Aus-

söhnungsprozesses war, wie Historiker oft betonten.

**Annäherungsschritte** In der Tat gingen ihm wichtige Annäherungsschritte voraus (siehe auch Seitenspalte), wie die Gründung der Montanunion 1951 oder die Einnigung in der umstrittenen Saarfrage 1956. Trotzdem verlief die Entwicklung der deutsch-französischen Freundschaft nicht linear. Von Anfang an war sie auch von

Missverständnissen geprägt, die auf unterschiedlichen Zielen und Interessen beruhten: Neben der Aussöhnung ging es der französischen Außenpolitik auch darum, ein Wiedererstarken des Nachbarn sowie ein amerikanisches Übergewicht in Europa zu verhindern. Die junge Bundesregierung strebte mit ihrer multilateralen Bündnispolitik danach, außenpolitische Souveränität und internationales Vertrauen zurückzugewinnen. So erfuhr die Euphorie der Ver-

tragsunterzeichner schnell einen Dämpfer: Verträge seien wie junge Mädchen und Rosen – sie hielten, so lange sie hielten, stellte de Gaulle erüchert im Juli 1963 bei einem Treffen mit Adenauer fest. Der Grund: Der Bundestag hatte zur Ratifizierung dem Vertrag eine Präambel vorangestellt, die nach Auffassung de Gaulles den Vertrag entwertete. Tatsächlich wurde der von den Staats- und Regierungschefs eingeschlagene Kurs damit korrigiert: Die Präambel betonte die engen Beziehungen zu USA, Großbritannien und Nato. Groß war die Sorge auf deutscher Seite gewesen, die Bundesrepublik werde sich durch einen exklusiven Pakt mit Frankreich isolieren und sowohl die atlantische Partnerschaft als auch die europäische Zusammenarbeit gefährden.

**Streit um Präambel** Für den französischen Präsidenten ein Affront. Dessen Ärger versuchte Adenauer zu beschwichtigen: Rosen, insbesondere die mit Dornen, seien sehr widerstandsfähig, so Bundeskanzler: „Die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland ist wie ein Rosenstock, der immer Knospen und Blüten tragen wird.“ De Gaulle wirkte besänftigt, mahnte aber: Der Vertrag sei nicht wie eine Rose, sondern ein „Rosengarten“. Während eine einzelne Rose rasch verwelke, halte der Ro-

sengarten unbegrenzt, „wenn man sich die Mühe macht, ihn zu pflegen“.

**»Genie des Vertrags«** Trotz der Skepsis zeitgenössischer Beobachter – der Élysée-Vertrag funktionierte, meint auch Seiden Dorf. Als Schlüssel habe sich der Konsultationsmechanismus erwiesen. Scheinbar unspektakulär und einfach sei er „das wahre Genie des Vertrags“. Viele hätten das damals nicht erkannt: „Weil nur die Treffen und ansonsten wenig Konkretes vereinbart wurde, war das Echo: ‚Kurz gesprungen, schnell vergessen‘“, sagt Seiden Dorf. Eine Fehleinschätzung. Durch die institutionalisierten Treffen sei eine „Pfadabhängigkeit“ entstanden, die das Ausscheren erschwere. Das zeige etwa die Aufregung um den abgesetzten Ministerrat im Oktober. Doch der Vertrag sei kein „Selbstläufer“, betont der Politologe. Es brauche den politischen Willen, um die Beziehungen zu pflegen. „Ist der Wille da, bietet der Vertrag die nötige Infrastruktur für weitreichende Kooperationsprojekte.“ Ob das Deutsch-Französische Jugendwerk, die gemeinsame Brigade, der Kulturkanal Arte oder der vereinbarte Ausbau deutsch-französischer Zugverbindungen – im heute breiten Netz der Zusammenarbeit war der Élysée-Vertrag der erste Knoten.



Bild mit Symbolkraft: Nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags umarmen sich Bundeskanzler Konrad Adenauer (links) und Staatspräsident Charles de Gaulle.

© picture alliance/ASSOCIATED PRESS

Sandra Schmid







Übervolles Haus: der 20. Deutsche Bundestag mit der Rekordzahl von 736 Abgeordneten bei seiner Konstituierenden Sitzung am 26. Oktober 2021

© picture-alliance/AA/Abdulhamid Hosbas

# Zu viele Sitze im Hohen Haus

**WAHLRECHT** Nur bei der Union stößt der Koalitionsvorschlag zur Begrenzung der Abgeordnetenzahl auf klare Ablehnung

Schon die dritte Wahlperiode hintereinander debattiert der Bundestag über eine Verkleinerung des Parlaments; vergangene Woche ging der Streit in die nächste Runde. Ein fraktionsübergreifender Kompromiss unter Einschluss der Union zeichnete sich dabei nicht ab, wohl aber eine klare Mehrheit für eine Begrenzung der Abgeordnetenzahl auf die Regelgröße von 598 bei gleichzeitigem Verzicht auf sogenannte Überhang- und Ausgleichsmandate – mit der Folge, dass künftig nicht mehr jeder Wahlkreissieger seines Mandats sicher sein könnte.

**Urteil** Zehn Jahre ist es her, dass der Gesetzgeber beschloss, Überhangmandate in Zukunft vollständig mit „Ausgleichsmandaten“ zu kompensieren. Überhangmandate fallen an, wenn eine Partei über die Erststimme mehr Direktmandate erringt, als ihrem für die Sitzverteilung maßgeblichem Zweitstimmenergebnis entspricht. Dazu kam es bereits in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, doch nach der Wiedervereinigung stieg ihre Zahl spürbar an. 2009 waren es schon 24 Überhangmandate, alle für die Union. Umso weniger entsprach die Zusammensetzung des Parlaments dem Listenergebnis der Parteien, was deren Wahlrechts- und Chancengleichheit entsprechend beeinträchtigte. 2012 stellte das Bundesverfassungsgericht daher fest, dass es maximal etwa 15 Überhangmandate ohne einen Ausgleich geben dürfe, was der Hälfte der zur Fraktionsbildung nötigen Sitzzahl entspricht.

Daher beschloss das Parlament im Februar 2013, alle Überhänge mit zusätzlichen Mandaten zu neutralisieren. Bei der Wahl sieben Monate später führten dann vier Überhänge zu 29 Ausgleichsmandaten und einem Bundestag mit 631 Mitgliedern. Vier Jahre danach waren es 65 Ausgleichsmandate bei 46 Überhängen; die Abgeordnetenzahl stieg auf 709 und der Ruf nach einer Begrenzung auf „unüberhörbar“.

**XXI-Parlament** Gleichwohl kam ein parteiübergreifender Konsens nicht zustande; stattdessen setzten Union und SPD 2020 durch, dass künftig drei Überhänge ohne Ausgleich bleiben, die Zahl der Wahlkreise ab 2024 von 299 auf 280 reduziert wird und eine Kommission über weitere Reformschritte beraten soll. Ergebnis: 736 Abgeordnete seit der Wahl von 2021, davon 34 mit Überhang- und 104 mit Ausgleichsmandaten. Ergibt 138 über der gesetzlichen Regelgröße – der XXI-Bundestag in Rekordgröße.

Im August 2022 beschloss die Wahlrechtskommission schließlich gegen die Stimmen ihrer Unions-Mitglieder Empfehlungen zur Verkleinerung des Bundestages, die von den Ampel-Vertretern formuliert waren. Sie finden sich nun weitgehend in dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen (20/5370) wieder, über den der Bundestag am Freitag in erster Lesung beriet.

Danach soll es bei 299 Wahlkreisen und zwei Wählerstimmen bleiben, wobei die Ampel die bisherige Erststimme als „Wahlkreisstimme“ bezeichnen will und die Zweitstimme als „Hauptstimme“. Durch den Verzicht auf Überhang- und Ausgleichsmandate will sie die Bundestagsgröße sicher auf 598 Mandate begrenzen. Hat eine Partei in einem Land mehr Wahlkreissieger als ihr Listenmandate zustehen, sollen von diesen „Erststimmekönigen“ diejenigen mit den relativ schlechtesten Ergebnissen leer ausgehen.

Während die AfD zu der Debatte einen im Kern inhaltsgleichen Gesetzentwurf (20/5360) vorgelegt und damit ihren Vorschlag aus der vorigen Wahlperiode aufgegriffen hat, lehnt die CDU/CSU dieses Modell strikt ab. Sie schlägt stattdessen in einem Antrag (20/5353) vor, die Zahl der Wahlkreise auf 270 zu reduzieren. Zugleich will sie die Zahl un- ausgeglichener Überhangmandate auf bis zu 15 erhöhen und spricht sie sich für eine „Anhebung der Grundmandatsklausel“ aus. Danach sollen bei der Verteilung der Sitze auf die Landeslisten nur Parteien berücksichtigt werden, die mindestens fünf Prozent der Zweitstimmen erhalten oder in mindestens fünf statt bisher drei Wahlkreisen einen Sitz errungen haben. Sebastian Hartmann (SPD) wertete den Ampel-Vorschlag in der Debatte als „gro-

ßer Wurf“, der den Bundestag bei allen künftigen Wahlen wieder auf seine Regelgröße zurückführen werde. Für die Verteilung der 598 Sitze sei dabei die „Hauptstimme“ maßgeblich. Ist durch das proportionale Verhältnis für eine Partei der Sitzplatzanspruch entstanden, werde auf die Wahlkreissieger geblickt. „Wenn diese doppelte Legitimation entsteht“, sei der entsprechende Kandidat im Wahlkreis gewählt. Dies sei einfach, gerecht nachvollziehbar und bevorteile keine Partei alleine.

**»Hauptstimmendeckung«** Ansgar Heveling (CDU) warnte dagegen, dass Wahlkreise, deren Erststimmensieger nicht über diese „Hauptstimmendeckung“ verfügen, im Bundestag nicht mehr durch einen Wahlkreissieger vertreten wären. Nach dem von der Ampel verfolgten „Kapplungsmodell“ würden Direktmandate „nicht mehr gewonnen, sondern einfach nur noch zugeteilt“, kritisierte Heveling und forderte, die bisherige Wirkung der Erststimme zu erhalten.

Till Steffen (Grüne) betonte, dass die Hauptstimme entscheiden solle, wie viele Mandate jede Partei im Bundestag erhält, während sich die Verteilung auf die Länder aus der Zahl der dort jeweils abgegebenen Stimmen ergebe. Bei der Frage, wer aus welchem Land in das Parlament einzieht, hätten dann die Wahlkreiskandidaten den Vorrang vor den Listenkandidaten.

Albrecht Glaser (AfD) verwies darauf, dass seine Fraktion den Wegfall der Überhangmandate bereits 2020 in einem Gesetzentwurf vorgeschlagen habe, der nun in leicht

veränderter Form wieder auf der Tagesordnung stehe. Dieser enthalte alles, was die Koalition jetzt als eigenes Konzept preise. Dabei begrüße seine Fraktion, dass das von ihr vorgelegte Konzept eine Mehrheit finden werde. Zusätzlich enthalte ihr Entwurf die „offene Listenwahl“, auf die nicht verzichtet werde. Danach sollen Zweitstimme in bis zu drei Stimmen aufgeteilt und damit die Reihenfolge der Landesliste einer Partei geändert werden können. Konstantin Kuhle (FDP) sagte, wenn eine Partei in einem Land in mehr Wahlkreisen die „stimmstärkste Person“ stellt als ihrem Zweitstimmenergebnis entspricht, seien die Bewerber mit den relativ schlechtesten Erststimmenergebnissen „nicht ge-

wählt“. Daher gehe es eben nicht darum, „jemandem, der schon gewählt ist, etwas wegzunehmen“. Auch sei es völlig normal, dass an eine Wahl mehr als eine Bedingung geknüpft werde.

Susanne Hennig-Wellsow (Linke) sagte, der Ampel-Vorschlag wolle die Grundsätze der Verfassungsmäßigkeit und Gerechtigkeit vereinen und gehe für sie „in eine richtige Richtung“. Dagegen würde der Vorschlag der Union zum „Fortbestehen“ von deren „einseitiger Bevorzugung“ führen. Dem könne nicht zugestimmt werden, wobei sie noch gar nicht über die Absicht spreche, „möglicherweise faktisch die Grundmandatsklausel zu kippen“.

**Anhörung** Die Linke hatte von der bisherigen Grundmandatsklausel zuletzt bei der Bundestagswahl 2021 profitiert, bei der sie nur 4,9 Prozent der Zweitstimmen erhielt, aber drei Direktmandate errang und daher in Fraktionsstärke ins Parlament einziehen konnte. Sie brachte Anträge ein, das Mindestalter für das aktive Wahlrecht auf Bundesebene von 18 auf 16 Jahren abzusenken (20/5358), ein Ausländerwahlrecht einzuführen (20/5356) und im Parteiengesetz zur Stärkung des Frauenanteils im Parlament festzulegen, dass Frauen und Männer bei der Listenaufstellung gleichermaßen berücksichtigt werden (20/5357). Die Vorlagen überwies das Parlament ebenso wie die Gesetzentwürfe und den Unions-Antrag zur weiteren Beratung an den federführenden Innenausschuss. Der hat dazu bereits eine Experten-Anhörung für den 6. Februar angesetzt. **Helmut Stoltenberg** ■

## KOMPAKT

### Was wer beim Wahlrecht will

**> Ampel** Die Koalition will wie die AfD an der Zahl von 299 Wahlkreisen festhalten, aber keine Überhang- und Ausgleichsmandate mehr zuteilen und so den Bundestag verlässlich auf eine Größe von 598 Abgeordneten begrenzen. Folge: Manche Wahlkreissieger könnten keinen Sitz im Parlament erhalten.

**> Union** Die CDU/CSU-Fraktion möchte stattdessen die Zahl der Wahlkreise auf 270 reduzieren, bis zu 15 Überhangmandate ohne Ausgleich lassen und die „Grundmandatsklausel“ anheben.

Anzeige

## Eine gute Behauptung reicht nicht

**PARTEIENFINANZIERUNG** Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts bekunden die Parteien Reformwillen

Es war ein Paukenschlag, der von den Angesprochenen sogleich konstruktiv umgedeutet wurde. Kurz nachdem am Dienstag vergangener Woche die Bundesverfassungsrichter ein Gesetz zur staatlichen Parteienfinanzierung von 2018 gekippt hatten, verkündeten nicht nur SPD und CDU/CSU, sondern auch Grüne, Linke und FDP: Ein neues, transparentes, modernes Gesetz zur Parteienfinanzierung müsse nun her, gewissenhaft und nicht hastig formuliert. Zwei Tage später wurden diese Positionen während einer Aktuellen Stunde im Bundestag wiederholt, während derer die AfD-Fraktion den anderen Fraktionen aber unterstellte, ein neues Gesetzesvorhaben nur als Ablenkungsmanöver zu benutzen, um keine Gelder zurückzahlen zu müssen.

Das oberste Gericht des Landes hatte entschieden (2 BvF 2/18), dass das Gesetz der Großen Koalition von 2018 für eine außerplanmäßige Erhöhung der Parteienfinanzierung um 25 Millionen Euro ab 2019 nicht verfassungsgemäß ist, und damit einer Klage von Grünen, FDP und Linken stattgegeben. Union und SPD hatten die Anhebung damit begründet, dass Parteienarbeit in Zeiten der Digitalisierung teurer und aufwändiger geworden sei und sie auch mehr Geld in innerparteiliche Demokratie und Beteiligungsverfahren investieren müssten. Grüne,

FDP und Linke hatten dagegen geklagt, weil sie die Erhöhung für unverhältnismäßig hielten und den Eindruck einer Selbstbedingung fürchteten. Die AfD wiederum hatte Klage eingereicht, weil sie sich durch die Art der Gesetzgebung im Eilverfahren als Oppositionspartei benachteiligt sah. Diese Klage hatten die Karlsruher Richter jedoch als unzulässig zurückgewiesen.

Das Bundesverfassungsgericht hat einer Erhöhung aus den von Union und SPD genannten Gründen nicht grundsätzlich eine Absage erteilt. Es hat vielmehr durchaus anerkannt, dass die Herausforderungen der digitalen Kommunikation als „einschneidende Veränderung der äußeren Umstände“ gelten können, die wiederum eine Erhöhung der Obergrenze der Parteienfinanzierung rechtfertigen können. Der Gesetzgeber müsse jedoch genau begründen, wofür in welcher Höhe bestimmte Summen benötigt werden, erteilen die Richter. Ob die Bundestagsverwaltung die zu Unrecht gezahlten Gelder zurückverlangt, wird nun erst einmal geprüft, möglich sei auch eine Teilrückzahlung, hieß es dazu am Tag der Urteilsverkündung.

**Zurückzahlen oder nicht?** In der Aktuellen Stunde warf Stephan Brandner (AfD) den „Altparteien“ vor, sich rechtswidrig

100 Millionen Euro einverleibt zu haben, und forderte, dieses Geld müsse sofort zurückgezahlt werden. Daran dächten die anderen Parteien aber gar nicht, sagte er, denn stattdessen überlegten sie, wie sie ein neues, ab 2019 rückwirkendes Gesetz verabschieden könnten, damit nichts zurückgezahlt werden müsse. „Das Geld gehört zurück in die Taschen der Bürger.“ Dietmar Nietan (SPD) sagte, wenn man einen Fehler gemacht habe, müsse man dazu stehen. „Die Art und Weise, wie wir das Gesetz damals im Eilverfahren durch das Parlament gejagt haben, war falsch.“ Daraus müssten nun die richtigen Schlüsse gezogen werden, das Urteil sei eine Chance, nun ein modernes Parteienfinanzierungsgesetz auf den Weg zu bringen.

Ansgar Heveling (CDU) betonte: „Das war nicht das Urteil, das wir uns erhofft haben.“ Nun müsse es darum gehen, eine zeitgemäße Reform der Finanzierung hinzubekommen. Es sei aber mitnichten so, wie es die AfD behaupte, dass das Urteil eine „Klatsche“ für Union und SPD sei. „Die einzige Partei, die eine Klatsche erhalten hat, ist die AfD, weil sie offenbar nicht in der Lage ist, eine vernünftige Klage einzureichen.“

Canan Bayram (Bündnis 90/Die Grünen) warf der AfD vor, mit ihrer Klageschrift nur

ein Ziel gehabt zu haben, nämlich die Verfassungsorgane zu beschädigen. Diese Strategie sei eine ernste Gefahr für die Demokratie. Das Urteil sei deutlich gewesen, so Bayram, aber sie vertraue der Bundestagsverwaltung, sachlich zu prüfen, ob und wie eine Rückzahlung der Gelder für die Jahre ab 2019 notwendig sein wird.

Jan Korte (Die Linke) kritisierte die AfD für ihre Agitation gegen die staatliche Parteienfinanzierung als solche. „Die Grundidee der staatlichen Parteienfinanzierung ist sinnvoll, damit es nicht so endet wie in den USA.“ Grüne, Linke und FDP seien erfolgreich gewesen, die AfD dagegen nicht, so Korte. Er forderte, bei einer künftigen Reform mehr auf Transparenz zu achten als bisher, um das Vertrauen der Bevölkerung wieder zurückzugewinnen.

Stephan Thomae (FDP) warnte, man dürfe nicht den Fehler von 2018 wiederholen und hastig ein Gesetz ausarbeiten. „Wir brauchen ein ausgereiftes Gesetz“, sagte er. Denn das Grundgesetz weise den Parteien eine Mittlerrolle zwischen Staat und Gesellschaft zu, für die es eine solide finanzielle Basis brauche. Aber es reiche eben nicht, nur zu behaupten, die Digitalisierung sei eine einschneidende Veränderung, dies müsse auch nachvollziehbar belegt werden. **Claudia Heine** ■

## Die Suche nach den Ursachen des Angriffskrieges



**Mit dem Rücken zu Russland**  
Der Ukrainekrieg und die Fehler des Westens  
Mit einem Geleitwort von Theo Waigel  
Von Prof. Dr. Vittorio Hösle  
1. Auflage 2022, 158 S., brosch., 19,- €  
ISBN 978-3-495-99940-0  
E-Book 978-3-495-99941-7

Der vorliegende Band des Russlandkenners Vittorio Hösle geht den Ursachen, Folgen und der moralisch-politischen Bewältigung des großen Angriffskrieges Putins auf die Ukraine nach und wird durch den russischen Maler und Graphiker Maxim Kantor kongenial illustriert.

Nomos  
eLibrary nomos-elibrary.de

Bestellen Sie im Buchhandel oder  
versandkostenfrei online unter karl-alber-shop.de  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

VERLAG KARL ALBER







Gedenkstunde: Rozette Kats (rechts), Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und Klaus Schirdewahn (links oben). Musikalisch begleitet wurde die Gedenkstunde von Sängerin Georgette Dee und Tobias Bartholmeß am Flügel (links unten). © picture-alliance/EPA/CLERMENS BILAN/DBT/Leon Kügeler/photothek

# »Anspruch auf unseren Schutz«

**HOLOCAUST-GEDENKEN** Bundestag erinnert erstmals an die Verfolgung sexueller und geschlechtlicher Minderheiten

**A**ls sowjetische Soldaten am 27. Januar 1945 das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau befreiten, finden sie dort noch etwa 7.500 Überlebende der nationalsozialistischen Mordmaschinerie vor – gezeichnet nach Unterernährung, Krankheiten, Misshandlungen und tiefgreifenden Traumatisierungen. An den Folgen starben in den folgenden Tagen noch Hunderte von ihnen. Zwischen 1940 und 1945 ermordeten die Nationalsozialisten schätzungsweise 1,3 Millionen Menschen im KZ Auschwitz-Birkenau, dessen Name bis heute weltweit symbolisch für die mörderische Barbarei der nationalsozialistischen Diktatur steht. Neben den etwa 1,1 Millionen jüdischen Opfern wurden Sinti und Roma, Polen, sowjetische Kriegsgefangene, politisch oder religiös verfolgte in den Gaskammern des Konzentrationslagers ermordet. Am vergangenen Freitag stellte der Bundestag in seiner diesjährigen Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus nun eine Opfergruppe in das Zentrum der Erinnerung, die noch über Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht als Opfer anerkannt wurden, sondern weiterhin gesellschaftlicher Diskriminierung und im Fall der Männer gar strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt waren: Menschen, die von den Nationalsozialisten aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt wurden.

**»Jeder Mensch, der verfolgt wurde, verdient achtungsvolle Erinnerung.«**  
Rozette Kats

**Paragraf 175** Eines dieser Opfer war Karl Gorath. Wegen seiner Homosexualität nach Paragraf 175 Strafgesetzbuch in den 1930er Jahren zweifach verurteilt, wird er 1943 erst in das KZ Neuengamme bei Hamburg und schließlich nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Gorath überlebt den nationalsozialistischen Mordwahn, wird aber im befreiten Deutschland bereits 1946 nach dem unverändert gelten Paragrafen 175 erneut zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt – vom gleichen Richter wie Jahre zuvor. Von seinem Schicksal berichtete in der Gedenkveranstaltung der Schauspieler Jannik Schümann nach einem Text des Historikers Lutz van Dijk. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) stellte in ihrer Rede denn auch klar, dass das Ende des Nationalsozialismus für homosexuelle Männer „kein Ende der staat-

lichen Verfolgung“ darstellte. Der seit 1872 geltende Paragraf 175, der den Geschlechtsakt zwischen Männern mit Gefängnisstrafe belegte, wurde von den Nationalsozialisten noch einmal verschärft. „Küsse, Berührungen, sogar Blicke waren strafbar“, führte Bas aus. Zwischen 1933 und 1945 wurden etwa 50.000 Männer abgeurteilt, schätzungsweise bis zu 15.000 wurden in Konzentrationslager deportiert. Viele von ihnen wurden dort ermordet oder kamen in Folge der unmenschlichen Bedingungen ums Leben.

Selbst nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR galt der Paragraf 175 in Deutschland weiter – in der Bundesrepublik bis 1969 in der unveränderten Fassung der Nationalsozialisten. „Aus heutiger Sicht klingt es unglaublich: Erst 1994 wurde der Paragraf 175 vollständig gestrichen“, räumte Bas ein. „Und es dauert noch einmal viele Jahre, bis alle Urteile aufgehoben wurden. Bis unsere Demokratie die Kraft fand einzugestehen: Diese Urteile waren Unrecht!“

Auch wenn der Paragraf 175 ausdrücklich nur für homosexuelle Männer galt, so gerieten auch Frauen und transsexuelle Menschen ins Visier der nationalsozialistischen Verfolgung – als sogenannte „Asoziale“, die nicht in das nationalsozialistische Bild von einem vermeintlich „gesunden Volkskörper“ passten. So etwa die deutsche Jüdin Mary Pünjer, die 1940 verhaftet und im KZ Hamburg-Fuhlsbüttel und dann im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück inhaftiert wird. In den Listen der Lager wird sie nicht als Jüdin geführt, sondern als „Asoziale“. Der KZ-Arzt in Ravensbrück bezeichnet sie als „sehr aktive ‚kessle‘ Lesbierin“ und selektiert sie für die Vergasung in der sogenannten „Heil- und Pflegenstalt Bernburg“. Dort wird sie am 28. Mai 1942 im Alter von 37 Jahren ermordet. „Was würdest Du uns heute sagen, Mary“, fragte die Schauspielerinnen Maren Kroymann nach ihrem Redebeitrag über das Leben und Leiden von Pünjer. „Wir gern hätten wir Dir zugehört.“ Zuhören konnten die Bundestagsabgeordneten und die geladenen Gäste – unter ihnen der Bundespräsident, Bundeskanzler, Bundesratspräsident und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts – aber Klaus Schirdewahn, der über seine Erfahrungen und Leiden als homosexueller Mann in der Bundesrepublik berichtete. „Bis vor fünf Jahren galt ich als vorbestraft. Weil

ich im Jahr 1964 – als Siebzehnjähriger – von der Staatsanwaltschaft Rheinland-Pfalz angeklagt und daraufhin schuldig gesprochen wurde. Schuldig wegen meiner Gefühle für einen anderen Mann. Schuldig, gegen den Paragrafen 175 des Strafgesetzbuches verstoßen zu haben“, führte Schirdewahn aus. Eine Haftstrafe habe er nur abwenden können, weil er sich einer Therapie unterworfen habe, die ihn „heilen“ sollte. Erst 2017 seien die Schuldprüche gegen ihn und alle anderen aufgrund des Paragrafen 175 Verurteilten aufgehoben worden. Noch vor wenigen Jahren habe er sich versteckt und seiner Gefühle geschämt. „Ich baute eine Scheinwelt um mich herauf auf, wurde stumm, litt Depressionen, seelischen und körperlichen Schmerzen – jahrzehntelang.“ Er wisse, so betonte Schirdewahn,

## Die »vergessenen« Opfergruppen

**JUGENDBEGEGNUNG** 59 Jugendliche befassen sich mit der Homosexuellenverfolgung in der NS-Zeit

Ein dunkelgrauer Kubus steht am Rand des Berliner Tiergartens. Auf der einen Seite ist ein kleines Fenster eingelassen. Nach und nach werfen die jungen Menschen, die sich dort versammelt haben, einen Blick in das Innere. Und schauen auf eine Videoleinwand, die eine Liebeszene zwischen zwei Frauen zeigt. Es fühle sich fast so an, als dringe man in die Privatsphäre des Paares ein, sagt einer der Teilnehmenden. Dadurch, dass die Szene im Inneren verborgen ist, soll die Lebensrealität vieler queerer Menschen gezeigt werden, erklärt ein Mitarbeiter der Denkmal-Stiftung. „Viele konnten sich nur im Verborgenen frei entfalten“. Die Gefahr, entdeckt und verhaftet zu werden, sei in der NS-Zeit ihr ständiger Begleiter gewesen. Dass die Informationstafel zu dem „Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen“ einige Meter entfernt außerhalb des Tiergartens aufgestellt wurde, kritisiert Kai Nehnes. Der 19-Jährige absolviert gerade sein Freiwilliges Soziales Jahr in der KZ Gedenkstätte in Dachau. Er finde das Denkmal sehr gelungen, es brauche aber vor Ort auch eine historische Einordnung und Kontextualisierung. „Die Menschen verstehen ansonsten vielleicht gar nicht, worauf das Denkmal abzielt“, befürchtet er.

**Volles Programm** Nehnes war einer von 59 jungen Erwachsenen, die vergangene Woche an der diesjährigen Jugendbegeg-

nung „viele Menschen aus der queeren Community ähnliche Erfahrungen wie ich gemacht haben“. Er spreche deswegen für alle, die „sich bis heute wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verstecken müssen, die deswegen beschimpft, beleidigt, angefeindet, bedroht, ja sogar getötet werden“.

**Doppelleben** Von einer anderen Geschichte des „sich verstecken müssen“, berichtete Rozette Kats in ihrer Rede. Die Jüdin überlebte den Holocaust nur, weil sie im Februar 1943 im Alter von acht Monaten von ihren Eltern einem niederländischen Ehepaar übergeben wurde. Während ihre Eltern und ihr gerade erst geborener Bruder nach Auschwitz deportiert und dort ermordet wurden, überlebte sie unter dem Namen Ri-

ta den Krieg bei ihren Pflegeeltern. Erst im Alter von sechs Jahren sei sie von ihrem Pflegevater über ihre wahre Herkunft informiert worden. „Ich verstand nicht, was meinen Eltern geschehen war. Ich verstand nicht, warum jemand sie hatte ermorden wollen“, erzählte Kats. Übrig geblieben sei aber ein Gefühl der „Angst“. Unbewusst habe sie damals beschlossen, sich gut anzupassen. „Ich muss nur weiter die Maske des nicht-jüdischen Kindes tragen.“ Dieses „Nicht-Wissen-Wollen“ und „Verschweigen“ habe mehr als ihr halbes Leben ange dauert. „Ich führte ein Doppelleben. Und dieses Doppelleben machte mich krank.“ Diese Erfahrungen seien die Gemeinsamkeit mit all den Opfern des Nationalsozialismus, die einer sexuellen oder geschlechtlichen Minderheit angehörten.

setzte sich in Workshops mit Einzelschicksalen auseinander und diskutierte mit Experten sowie Zeitzeugen. **Gedenkstätte Ravensbrück** Um das Schicksal verfolgter lesbischer Frauen besser zu verstehen, besuchte die Gruppe die Gedenkstätte Ravensbrück, das ehemals größte Frauen-Konzentrationslager der NS-Zeit. Das Gelände liegt rund 90 Kilometer von Berlin entfernt, direkt am Schwedtsee in der Uckermark. Trotz der eisigen Temperaturen und kahlen Bäume wirkte der Ort friedlich. Vielen Teilnehmenden fiel es schwer, die Idylle mit dem Leid in Verbindung zu bringen, das sich wenige Meter entfernt hinter der Mauer

Rozette Kats warnte eindringlich davor, die Opfer des Nationalsozialismus in Kategorien „von mehr oder weniger wertvoll“ einzuteilen. Sie wisse, dass es selbst unter den verschiedenen Opfergruppen lange Zeit Vorbehalte gegen die Anerkennung homosexueller Männer als Opfer gegeben habe. Doch dies bedeute, dass am Ende die nationalsozialistische Ideologie weiterlebe. Auch deshalb habe sie die Petition des Historikers Lutz van Dijk, auch an sexuelle und geschlechtliche Minderheiten im Bundestag zu erinnern, unterzeichnet. Eindringlich appellierte Rozette Kats: „Jeder Mensch, der damals verfolgt wurde, verdient achtungsvolle Erinnerung. Jeder Mensch, der heute verfolgt wird, hat Anspruch auf unsere Anerkennung und unseren Schutz.“ Alexander Weinlein



Bei der Führung durch die KZ-Gedenkstätte Ravensbrück lernen die Teilnehmenden mehr über die Verfolgung lesbischer Frauen in der NS-Zeit © DBT/Stella von Saldern

des damaligen Konzentrationslagers abgespielt hat. „Rassenschande“, „Verbrechen gegen das Volksempfinden“, „Kuppelei“, „Prostitution“. Die Gründe, weshalb Frauen nach Ravensbrück gebracht wurden, waren vielfältig. Insgesamt 110.000 Frauen waren von 1939 bis 1945 hier inhaftiert. Sie wurden als Zwangsarbeiterinnen rekrutiert. Hunger, Krankheit und Tod waren ihr ständiger Begleiter. Vom Appellplatz des Lagers sieht man den Schornstein des Krematoriums, das bis heute erhalten ist. Die Verfolgung von Frauen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung sei stark mit dem KZ Ravensbrück verbunden, sagte die Leiterin der Gedenkstätte. So steht beispielsweise die Abkürzung „LL“ für „lesbische Liebe“ auf einigen Einweisungskarten. Lange hielt sich die Überzeugung, dass lesbische Frauen in der NS-Zeit nicht verfolgt wurden. Schließlich bezog sich der Paragraf 175 des Strafgesetzbuchs nur auf Männer. Auch habe es im KZ keine eigene Kategorisierung für lesbische Frauen gegeben, während Männer den rosa Winkel tragen mussten. Dadurch dass homosexuelle Menschen auch nach Kriegsende sozial geächtet wurden, haben auch viele der inhaftierten Frauen geschwiegen, ihr Schicksal niemandem mitgeteilt. Erst seit dem vergangenen Jahr erinnert eine Gedenkkugel an die lesbischen Frauen und Mädchen von Ravensbrück und macht diese Opfergruppe dadurch ein Stück sichtbar. Denise Schwarz





US-Präsident Joe Biden unterschreibt am 16. August 2022 den Inflation Reduction Act für milliardenschwere Investitionen in die Wirtschaft.

© picture-alliance/ZUMAPRESS/J.C. Bowe

## Kleine und große Fische

**FINANZEN** Finanzminister Christian Lindner (FDP) hat in der vergangenen Woche im Finanzausschuss seine wichtigsten Vorhaben für das neue Jahr vorgestellt. Teil eines geplanten Wachstumspakets sollen eine „Super-Afa“ im Sinne einer Investitionsprämie und eine Verbesserung der steuerlichen Forschungsförderung werden. Außerdem stehe die Gesetzgebung zur globalen Mindestbesteuerung an. Die Regierung werde darauf achten, dass es möglichst wenig Erfüllungsaufwand für die Unternehmen geben werde. Zudem kündigte Lindner ein „Zukunftsfinanzierungsgesetz“ an. Kleine und mittlere Unternehmen sollten bessere Finanzierungsmöglichkeiten erhalten. Durch Stärkung der Aktienkultur solle der Vermögensaufbau gestärkt werden. Börsengänge sollten erleichtert werden. Bei jungen Unternehmen sollte die Mitarbeiterkapitalbeteiligung ausgebaut werden. Auch die Zukunft der Altersversorgung wird laut Lindner eine wichtige Rolle spielen. Man werde in der ersten Säule der gesetzlichen Rentenversicherung den Aufbau eines „Generationenkaps“ angehen, um Rentenbeiträge und Rentenniveau zu stützen. Damit wolle man etwas für die Generation der heutigen Kinder und Enkel tun. Schärfere Vorgehen will Lindner gegen die Finanzkriminalität. Dazu werde es eine neue Bundesoberbehörde zur Bekämpfung von Finanzkriminalität und Geldwäsche geben. Man dürfe sich nicht damit zufriedengeben, nur die kleinen Fische bei der Finanzkriminalität zu fangen, sondern auch die großen Fische. *hle*

# Prüfung für den Standort

**SUBVENTIONEN USA fördern grüne Wirtschaft massiv – Deutschland sucht nach Antworten**

Seitdem die USA das Inflationsbekämpfungsgesetz auf den Weg gebracht haben, befürchten die Regierungen in Europa Nachteile für europäische Unternehmen. Seit Monaten wird in Europa und in der EU darüber beraten, wie man dem US-Gesetz begegnen kann. Um den Streit zu schlichten, hatten US-Regierung und EU-Kommission vergangenen Herbst eine Taskforce eingerichtet. Erste Ergebnisse zu Subventionen für grüne Technologien liegen bereits vor. Nun gibt es offenbar weitere Bewegung auf beiden Seiten. Bundeskanzler Olaf Scholz geht davon aus, dass der Konflikt um das amerikanische Klimaschutzprogramm in den nächsten Monaten beigelegt werde. Das sagte der SPD-Politiker am Sonntag vor einer Woche nach einer gemeinsamen Tagung der Kabinette Deutschlands und Frankreichs in Paris. Man sei sich mit Frankreich einig, dass die derzeitigen EU-Regeln für die finanzielle Unterstützung von Unternehmen, die etwa neue Technologien entwickelten, viel zu bürokratisch seien und Entscheidungsprozesse darüber zu lange dauerten. Es gebe

dazu aber ermutigende Äußerungen aus der EU-Kommission. Beim nächsten EU-Gipfel Anfang Februar wird das US-Subventionsprogramm ebenfalls auf der Tagesordnung stehen. EU-Ratspräsident Charles Michel hat einen Vier-Punkte-Plan skizziert. So sollen europäische Firmen einfacher staatliche Hilfen für Energieprogramme erhalten, das EU-Kurzarbeiterprogramm aus der Pandemie neu aufgelegt und die verbliebenen Gelder aus dem Corona-Hilfsfonds schneller ausgezahlt und einfacher umgewidmet werden. Zudem unterstützt Michel den Vorschlag von Kommissionschefin Ursula von der Leyen (CDU) für einen neuen Fonds zur Förderung von Industrieprojekten. Vor diesem Hintergrund wirft die CDU/CSU-Fraktion der Bundesregierung „monatelange Untätigkeit“ vor und fordert in einem Antrag zum milliardenschweren US-Inflationsbekämpfungsgesetz (20/5352) eine „mit den europäischen Partnern abgestimmte Antwort“. Patricia Lips (CDU) fasste diese Kritik in die Worte: „Sie schauen nur zu.“ Dabei sei in den USA eine „tiefgreifende Weichenstellung der Wirtschaft im Gang“,

Deutschland drohe als Industriestandort den Anschluss zu verlieren. Die Bundesregierung müsse zusammen mit den USA und mit europäischen Partnern die nötige Transformation bei Klimaschutz und erneuerbarer Energie umsetzen. „Doch es drängt sich der Eindruck des Zögerns und Zauderns auf“, erklärte Lips am vergangenen Freitag in der Bundestagsdebatte. Dem widersprach Markus Töns (SPD): „Zwischen den USA und der EU gebe es längst Gespräche darüber, wie auf den Inflation Reduction Act (IRA) reagiert werden solle. „Wir stimmen uns gerade mit unseren Partnern ab, es gibt keine Konflikte“, so Töns. Auch der Vorwurf, Deutschland gerate als Industriestandort ins Hintertreffen, ließ er nicht gelten. „Das Gegenteil ist der Fall, Deutschland ist in Europa das wirtschaftlich stärkste Land“, sagte er. Seine Fraktion begrüße eine aktive Industriepolitik, wie es im IRA vorgesehen sei.

„zugeschaut wurde, wie die Solarindustrie fast komplett von Deutschland nach China abgewandert ist“. Das dürfe sich bei der Wasserstoffindustrie nicht wiederholen. Lukas Köhler (FDP) schloss sich dieser Ansicht an. Der IRA sei eine Chance für Deutschland, vor allem das Tempo, mit dem in den USA die Transformation umgesetzt werde, müsse Vorbild sein. Der IRA solle als Auftakt einer neuen transatlantischen Zusammenarbeit verstanden werden, einen Handelskonflikt sehe er nicht. Maite Kaufmann (AfD) warnte davor, dass in Deutschland Industriearbeitsplätze in

Gefahr seien. „Alleine bei BASF sind 39.000 Stellen bedroht“, so Kaufmann. Auch Alexander Ulrich (Linke) befürchtet, dass dem Industriestandort Deutschland ein „Abrutschen in die Zweitklassigkeit“ drohe. Es mangle an einer aktiven Industriepolitik, während die USA mit dem IRA nicht nur gutdotierte Arbeitsplätze förderten, sondern die Mittelvergabe auch an gewerkschaftlich organisierte Firmen binde. „Wo ist so ein Ansatz bei uns?“, fragte Ulrich. Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion wurde an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. *Nina Jeglinski*

**»Wir fordern eine mit den europäischen Partnern abgestimmte Antwort.«**  
*Patricia Lips (CDU)*

### > STICHWORT

#### US-Inflationsbekämpfungsgesetz

> **Inflation Reduction Act** Das US-Inflationsbekämpfungsgesetz vom August 2022 sieht Investitionen in Höhe von insgesamt 737 Milliarden Dollar vor, davon 430 Milliarden Dollar für Klimaschutz, Subventionen und neue Steuerregeln.

> **Klimaschutz** Bis 2033 sollen 370 Milliarden Dollar in die Herstellung von Solarzellen und Windturbinen, den Bau von Fabriken für Elektroautos und in die Energieforschung fließen.

> **Steuern** Firmen mit Gewinnen von mehr als einer Milliarde Dollar im Jahr sollen künftig mindestens 15 Prozent Steuern zahlen, Steuerschlupflöcher sollen geschlossen werden.

> **Defizitabbau** Das staatliche Defizit soll um 300 Milliarden Dollar verringert werden, das soll die Inflation bremsen, die im Dezember bei 8,5 Prozent lag.

### KURZ NOTIERT

#### Anträge zur Wald und Holz ohne Mehrheit

Die CDU/CSU-Fraktion und die AfD-Fraktion sind mit Anträgen zur Waldbewirtschaftung und zur Holzenergie gescheitert. So blieb der Unions-Antrag zur Waldbewirtschaftung (20/4220) ohne Mehrheit, die regierungstragenden Fraktionen, die Fraktionen AfD und Die Linke stimmten am vergangenen Donnerstag für die Beschlussfassung (20/4220) des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft und lehnten den Unions-Antrag ab. Auch der AfD-Antrag, Holzenergie zu fördern (20/4323), wurde abgelehnt. Die Fraktionen von SPD, Grünen, FDP, Die Linke und CDU/CSU stimmten für die Beschlussempfehlung (20/4785), die eine Ablehnung empfohlen hatte. *nki*

#### Union fordert Einführung digitaler Identitäten

Der Bundestag hat am vergangenen Freitag einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion (20/5354), in dem diese eine Strategie für digitale Identitäten fordert, zur weiteren Beratung an den Digitalausschuss überwiesen. In der Strategie sollen Schritte für die Einführung und das Ausrollen digitaler Identitäten in öffentlichen Verwaltungen und der Wirtschaft festgelegt werden. Mit der Umsetzung solle noch im zweiten Quartal 2023 begonnen werden. Laut Unionsantrag soll ab dem 1. Januar 2025 auch ein Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Authentifizierung mit staatlichen Stellen durch eine digitale Identität eingeführt werden. *lbr*

## Keine Doppelbelastung

**EMISSIONSHANDEL** Verordnung schafft klare Verhältnisse

Mit breiter Mehrheit hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag der Verordnung der Bundesregierung zur Kompensation doppelt bilanzierter Brennstoffemissionen nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (20/4855, 20/4974 Nr.2) zugestimmt. Zu dieser sogenannten BEHG-Doppelbilanzierungsverordnung (BEDV) hatte der Ausschuss für Klimaschutz und Energie eine Beschlussempfehlung (20/5285) vorgelegt. Einzig die Fraktion der AfD votierte gegen die Verordnung. Das Ausgangsproblem: Mit der Einführung des nationalen Brennstoffemissionshandels wurden die fossilen Brennstoffemissionen in Deutschland mit einem CO<sub>2</sub>-Preis belegt. Für Betreiber von Anlagen, die zudem unter das EU-Emissionshandelssystem ETS fallen, kann so eine finanzielle Doppelbelastung entstehen. Das soll mit der Verordnung entweder von vornherein vermieden werden durch eine Befreiung von der Abgabepflicht für Lieferungen an ETS-Anlagen – oder im Nachhinein kompensiert werden. In der Aussprache wurde schnell klar, dass das Vorhaben unstrittig ist. Grünen-Politikerin Lisa Badum ging deshalb gar nicht auf die Verordnung ein, sondern skizzierte Vorhaben im neuen Jahr 2023 wie zum Beispiel aus Grünen-Sicht ein Tempolimit auf

Autobahnen, ein neues Strommarktdesign und die Reform des Dienstwagenprivilegs. Unionsvertreter Thomas Gebhardt mutmaßte, dass die Koalitionsfraktionen über eine „Selbstverständlichkeit“ wie die vorgelegte Verordnung reden wolle, weil die Ampel in den großen Fragen der Klimaschutzpolitik zerstritten sei: etwa beim Klimaschutzsofortprogramm, dem Energieeffizienzgesetz und der Wasserstoffstrategie. Andreas Mehlretter (SPD) sagte, eigentlich wüsche man sich eine europäische Lösung. Deswegen sei es gut, dass ab 2027, spätestens ab 2028 europäische Emissionshandel für Wärme und Verkehr komme. Marc Bernhard (AfD) kritisierte die deutsche CO<sub>2</sub>-Steuer als teuer. Sie Sorge dafür, dass die Energiepreise in Deutschland die höchsten Preise weltweit seien – und deshalb Unternehmen das Land verlassen oder Insolvenz anmeldeten. Olaf in der Beek (FDP) verteidigte die CO<sub>2</sub>-Steuer: Der Emissionshandel sei das marktwirtschaftliche Instrument schlechthin zur Erreichung von Klimaziele. Ralph Lenkert (Linke) monierte das Fehlen eines sozialen Ausgleichs für Mieter oder Pendler – soziale Härten und Ungerechtigkeiten aber „zerstörten die Akzeptanz für den Klimaschutz, „und das müssen wir verhindern.“ *mis*

## Wohin mit Emissionen?

**KLIMA** Union will CO<sub>2</sub> speichern und nutzen

Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Das wird nach Auffassung der Unionsfraktion nicht ohne CO<sub>2</sub>-Abscheidungs-, Speicherungs- und Nutzungstechnologien (CCS und CCU) möglich sein. CCS bezeichnet die Speicherung von Kohlendioxid im Untergrund, sei es an Land oder im Meeresuntergrund, CCU die Abscheidung, den Transport und die anschließende Nutzung von Kohlendioxid. Am vergangenen Donnerstag beriet der Bundestag erstmals einen Unions-Antrag zu diesem Thema (20/5350). Die Vorlage wurde im Anschluss an die Aussprache zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen. In der Debatte forderte Andreas Jung (CDU) die Bundesregierung auf, eine Gesamtstrategie für negative Emissionen vorzulegen – und zwar schnell. „Wir brauchen beides: natürliche Senken und technische Senken. Nur wenn wir das machen, werden wir das Ziel Klimaneutralität 2045 so erreichen können, dass wir Umwelt, Wirtschaft und Soziales zusammenbringen; Nachhaltigkeit in der ganzen Breite.“ Nina Scheer (SPD) erinnerte daran, dass schon im Koalitionsvertrag festgehalten sei, dass die Ampel eine Langfriststrategie entwerfen wolle, um verantwortlich mit

den Technologien, die „Gefahrtechnologien“ seien, zuzugehen. Dabei hob sie hervor, es gehe „um den Umgang mit unvermeidbaren – ich betone: unvermeidbaren – Negativemissionstechnologien“. Das Beispiel der Stahlindustrie zeige zudem: Besser als die Speicherung oder Nutzung sei die Vermeidung von Emissionen. Lisa Badum (Grüne) attestierte dem Unionsantrag, zahlreiche „Phantastereien“ etwa zum Transport von CO<sub>2</sub> quer durch Deutschland. „Definieren wir hier erst mal, wann CCS überhaupt einen Beitrag leisten kann und wann es notwendig ist“, sagte Badum. Für Lukas Köhler vom Koalitionspartner FDP ist diese Frage allerdings schon beantwortet: „Wer Klimaschutz ernst meint, der muss CCS wollen“, sagte Köhler und verwies dabei auf anderem auf den Report des Weltklimarats IPCC aus dem vergangenen Jahr. Linken-Politiker Ralph Lenkert rief der Union zu: „Ihr Antrag ist Teil des Märchens, dass Technik alle Umwelt-, alle Klimaprobleme lösen kann.“ Er verdränge aber die Gefahren und Risiken. Steffen Kotré (AfD) warf der Regierung mangelnde Technologieoffenheit vor: Die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung werde politisch genauso behindert wie die Kernenergie. *mis*

Anzeige



Deutscher Bundestag

## Ausschreibung Medienpreis Parlament 2023

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Medienpreis Parlament 2023 des Deutschen Bundestages zu bewerben.

Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden herausragende publizistische Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Abläufe, Arbeitsweisen und Themen beitragen.

Bewerbungsschluss: 6. März 2023  
Teilnahmebedingungen unter  
<http://www.bundestag.de/medienpreis>

Deutscher Bundestag  
Fachbereich WD 1  
Medienpreis Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

E-Mail: [medienpreis@bundestag.de](mailto:medienpreis@bundestag.de)  
Telefon: +49 30 227-38629



**AUFGEKEHRT**

## Einsatz im Garten

Mein Nachbar ist jetzt offiziell im Einsatz und hat eine paramilitärische Kleinheit in unserer Siedlung zusammengerufen. Die Gartenhütte wurde zum Gefechtsstand erklärt. Willige Nachbarn verschanzen sich dort einmal die Woche bei Schnaps und Glühwein, Mutter bringt frisch belegte Schnitten heran, Vaters Luftgewehr lugt aus dem kleinen Holzfenster – zur Abschreckung, wie der wehrhafte Bürger anmerkt. Konservendosen stapeln sich neben einer Batterie Dosenbier. Er sei kein politischer Prepper, sagt der Mann, nur vorsichtig, der Russe lege es ja offensichtlich auf Krieg an.

Gierig hat der Nachbar die aktuelle Gefechtslage studiert. Ein Sozi im Kanzleramt ist aus seiner Sicht bei ersten Gefahren ein strategischer Nachteil. Aber nun kommt endlich die Wende im Panzerstreit! Der „Leopard“ rollt in Richtung Osten, 62 Tonnen pures Vergnügen. Mein Nachbar kann stundenlang über die 120-Millimeter-Glatrohrkanone des „Leo II“ fachsimplen, die auch der Amerikaner in seine Panzer verbaut hat, die anderen aus der Siedlungsmee nicken wissend und erkennbar stolz, wie gut unsere Rüstung noch funktioniert, obwohl wir ja seit Jahrzehnten multikulti, links-grün verstoff und ohnehin gefährlich verweichlicht sind.

Nicht nur die Panzer sind gut, wie der Fachmann weiß, bei Gewehren und Pistolen ist der Deutsche auch weit vorne: Heckler & Koch, Sig Sauer, Walther – alles Qualitätsware, da zappelt nichts. Mit dem Ernst von Männern, die über letzte Dinge reden, erinnern die Nachbarn im Schein der runtergebrannten Weihnachtskerze an Stalingrad, wo der Landler einst Teerpatte kaute. Zum Glück kommt Mutter gerade rein und bringt heiße Würstchen. *Claus Peter Kosfeld* ||

**VOR 10 JAHREN...**

## Streit wegen Berlin

**5.2.2013: Hessen und Bayern klagen gegen Länderfinanzausgleich.** In München und Wiesbaden war man Anfang 2013 sauer. Grund war einmal wieder der Länderfinanzausgleich. Im Vorjahr hatte von den umverteilt rund acht Milliarden Euro Bayern knapp die



Horst Seehofer (CSU, links) und Volker Bouffier (CDU) im Februar 2013

Hälfte gezahlt, Baden-Württemberg 2,7 und Hessen 1,3 Milliarden Euro. Alle anderen Ländern bekamen Geld, der größte Nutznießer war einmal mehr Berlin, das 3,3 Milliarden Euro kassierte. Bayern und Hessen hielten das Vorgehen für ungerecht und leistungsfeindlich. Die beiden Geberländer forderten, dass die Bundeshauptstadt komplett aus dem System herausgenommen wird. Am 5. Februar 2013 brachten sie daher eine Klage gegen den Ausgleich vor dem Bundesverfassungsgericht auf den Weg. Vorher hatten die beiden Landesregierungen bei einer gemeinsamen Kabinettssitzung in Wiesbaden Einigkeit demonstriert. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) erklärte, die Klage sei ein „Akt der politischen Notwehr“. Man müsse Schulden aufnehmen für die Ausgleichszahlungen an andere Länder. Das sei nicht im Sinne der Verfassung. Sein bayerisches Pendant Horst Seehofer (CSU) sagte, man habe im Freistaat „jetzt eine Schmerzgrenze erreicht“. Bayern, Hessen und Baden-Württemberg, das sich der Klage nicht anschloss, wehrten sich immer wieder gegen die Ausgleichszahlungen. 1999 errangen die Geber in Karlsruhe einen Erfolg, als stärkere Leistungsanreize beschlossen worden waren. Allerdings verfehlte das Urteil seine Wirkung. Zu einem neuen Urteil kam es nach der Klage von 2013 nicht: 2017 zogen sie Bayern und Hessen zurück. Im selben Jahr wurde eine Reform des Ausgleichs beschlossen, die die Geber entlasten sollte. *Benjamin Stahl* ||

## ORTSTERMIN: AUSSTELLUNG »16 OBJEKTE – 70 JAHRE YAD VASHEM«



Die Puppe von Lore Mayerfeld ist ein Exponat der Ausstellung „16 Objekte – 70 Jahre Yad Vashem“. Alle Exponate gehörten Menschen, die in Deutschland lebten und von den Nationalsozialisten verfolgt wurden.

## Wenn niemand mehr da ist

Als 1943 der Deportationsbefehl kam, schlossen die Jüdin Anneliese Borinski und ihre Freundinnen einen Pakt. Sie zerschnitt eine Makkabi-Flagge und schworen sich, diese eines Tages in Eretz Israel wieder zusammenzusetzen. Wenig später wurde Borinski in das Konzentrationslager Auschwitz gebracht. Trotz Leibesvisitationen gelang es ihr, das Stück Stoff zu verstecken. Während der Todesmärsche 1945 konnte sie fliehen und überlebte so den Holocaust; im Gegensatz zu vielen ihrer Freundinnen. Nur drei waren am Ende des Krieges noch am Leben, Borinski die einzige, die ihr Versprechen einlösen konnte. Es ist ganz still im Paul-Löbe-Haus des Bundestages als Dani Dayan, der Vorsitzende der internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, den rund 350 Gästen von Borinski erzählt. 2007 hat ihr Sohn das Flaggen-Fragment, das an ihr Schicksal erinnert, an die Gedenkstätte in Jerusalem übergeben. Heute allerdings liegt es nur wenige Meter von Dayan entfernt in einer Vitrine als Exponat der Ausstellung „16 Objekte – 70 Jahre Yad Vashem“.

Für die Ausstellungseröffnung ist Dayan zum ersten Mal in der Bundesrepublik. „Vor rund 16 Monaten hatte ich noch fest vor, niemals nach Deutschland zu reisen“, sagt er. Nicht aus Hass, wie er betont, sondern aus Respekt vor den sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden. Letztendlich habe er sich für die Reise entschieden, um das Gedenken an den Holocaust zu bewahren. Ein Koffer, ein Poesiealbum und sogar ein Klavier. Auf den ersten Blick besteht die Ausstellung aus Alltagsgegenständen. Doch sie alle eint, dass sie Menschen gehörten, die einst in Deutschland lebten und von den Nationalsozialisten verfolgt wurden. Eine dieser Personen ist Lore Mayerfeld, deren Puppe Inge ebenfalls ausgestellt wird. Mayerfeld ist zur Ausstellungseröffnung als Zeitzeugin eingeladen und berichtet von ihrer Flucht aus Deutschland. 1937 in Kassel geboren, erlebte sie die Reichspogromnacht am 9. November 1938 als Kleinkind. Eine Nachbarin versteckte sie und ihre Mutter kurz bevor das Elternhaus verwüstet wurde. Erst 1941 konnte Mayerfeld

mit ihrer Mutter Deutschland schließlich verlassen; auf einem der letzten Schiffe in Richtung Amerika. An diese Zeit habe sie kaum Erinnerungen. Sie wisse aber noch, dass es ihrer Mutter nicht leicht fiel, ihr Heimatland und ihre Familie zu verlassen, erzählt sie auf Deutsch mit amerikanischem Akzent. Mittlerweile lebt sie in Israel. Dass der Antisemitismus wieder zunehme, erfülle sie mit Sorge: „Wenn meine Generation nicht mehr ist, wer soll dann diese Geschichten erzählen?“, fragt sie die Anwesenden. In der Ausstellung fungieren die Objekte als Mittler und Zeugen für die Erlebnisse ihrer Besitzer. Sie sind „für Lücken, die nicht zu füllen sind“ und „für Leben, die nicht gelebt wurden“, sagte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) in ihrer Ansprache. Die Ausstellung zeigt laut Bas aber auch einen Weg auf, wie Erinnerungen lebendig gehalten werden können und „die Vergangenheit zu uns sprechen kann – wenn es die Zeitzeugen nicht mehr können“. *Denise Schwarz* ||

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 51-52 vom 19. Dezember 2022, „Meilensteine vor und seit 50 Jahren“ auf Seite 4:** Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hielt am 15. Dezember 2022 eine Laudatio für den Parlamentarismus! Klare, ehrliche Worte mit einem Appell an die Gesellschaft für mehr Zusammenhalt und Zivilcourage in ihrer Rede zur Würdigung Annemarie Rengers und Wolfgang Schäubles. Beides Spitzenpolitiker, die Einmaliges in ihren Politikerkarrieren erreicht haben und deren Wege sich am 13. Dezember 1972 im Bundestag kreuzten bei der Wahl von Renger zur ersten Frau als Parlamentspräsidentin. Renger führte den Bundestag mit natürlicher Autorität souverän, wie jetzt auch Frau Bas. Beide Spitzenpolitiker haben die Geschichte unseres Landes in den vergange-

nen Jahrzehnten wesentlich geprägt mit Weitsicht und unvergleichlicher Erfahrung. Unser Alterspräsident Wolfgang Schäuble dient dem Parlament bis heute. Der anhaltende Applaus der Abgeordneten aller Fraktionen nach dem Ende seiner Rede war die Krönung für einen einzigartigen Politiker. *Ursula Reichert, Hanau*

**Zur Ausgabe 1-3 vom 2. Januar 2023, „Die fleißigsten Arbeiterinnen des Bundestags“ auf Seite 12:** Diese fleißigen Bienen des Bundestages arbeiten nicht im Bundestag selbst, sondern bei jedem Wind und Wetter auf dem Dach des Jakob-Kaiser-Hauses neben dem Reichstagsgebäude. Diese brummigen Insekten machen keine Poli-

tik, erzeugen dafür aber süßen und gesunden Honig. Es tut sich also doch sehr viel Produktives im beziehungsweise auf dem Bundestag. *Riggi Schwarz, Büchenbach*

**Zur hib-Meldung „Konzept für feministische Außenpolitik“ (Kleine Anfrage) vom 17. Januar 2023:** Das Auswärtige Amt erweckt den Eindruck, als seien die Vorgängerregierungen auf dem Gebiet feministischer Außenpolitik untätig gewesen. Dies ist jedoch nicht wahr. Wenn der Bedeutung der Frauen in der deutschen Gesellschaft mehr Gewicht zukommen sollte, wäre die Klärung der Wehrpflicht für Frauen von Bedeutung. In der Ukraine kämpfen selbstverständlich auch Frauen. In ande-

ren europäischen Ländern dienen selbstverständlich gleichberechtigt Frauen und Männer in den Streitkräften. Der Anteil der Frauen bei der Polizei in den Bundesländern, aber auch der Bundespolizei, steigt stetig. *Hans Gerhard Christoph, Geslau*

**Zur aktuellen Debatte über eine Wahlrechtsreform zur Verkleinerung des Bundestages:** Wie lange soll das Gezerre um die Bundestagsmandate noch gehen? So kann es nicht weitergehen. Schließlich muss das Volk für die vielen Abgeordnete ja zahlen. Meine Lösung: Die 598 Mandate werden prozentual nach der Bevölkerungszahl auf die Länder aufgeteilt. Die Wahl wäre dann Ländersache und würde mit den Landtagswahlen verbunden. Warum kompliziert, wenn es einfach geht? *Bernd Kecke, Suhl*

## SEITENBLICKE



**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**  
Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de  
Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 13. Februar.

**BUNDESTAG LIVE**

**Topthemen vom 08. – 10.02.2023**

Regierungserklärung zum EU-Gipfel (Mi), Schifffahrt (Do)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de): Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

**PERSONALIA**

**>Lothar Witek**  
Bundestagsabgeordneter 1980-1983, 1984-1987, SPD  
Lothar Witek wird am 2. Februar 90 Jahre alt. Der Verwaltungsbeamte aus Mönchengladbach, SPD-Mitglied seit 1963, war Vorsitzender des dortigen Unterbezirks und seit 1964 Ratsherr seiner Heimatstadt. Witek gehörte dem Innen- sowie dem Familienausschuss an.

**>Martin Hohmann**  
Bundestagsabgeordneter 1998-2005, CDU/fraktionslos, 2017-2021, AfD  
Am 4. Februar wird Martin Hohmann 75 Jahre alt. Der Jurist aus Neuhof bei Fulda gehörte von 1980 bis 2004 der CDU an und trat 2016 der AfD bei. Der frühere Direktkandidat des Wahlkreises Fulda, der 2003 seine Fraktion verließ, wirkte im Petitions-, im Innen- sowie zuletzt im Haushaltsausschuss mit.

**>Wilhelm Peter Stommel**  
Bundestagsabgeordneter 1976-1980, 1985-1987, CDU  
Am 9. Februar vollendet Wilhelm Peter Stommel sein 85. Lebensjahr. Der Diplom-Volkswirt aus Sankt Augustin trat 1965 der CDU bei. Von 1967 bis 1969 war er persönlicher Referent des ehemaligen Bundeskanzlers Ludwig Erhard. Stommel engagierte sich im Finanz- sowie im Wirtschaftsausschuss.

**>Engelbert Wistuba**  
Bundestagsabgeordneter 1998-2009, SPD  
Am 10. Februar wird Engelbert Wistuba 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Wittenberg schloss sich 1989 der SDP der DDR bzw. der SPD an, war 1997/98 Mitglied im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in Sachsen-Anhalt und gehörte von 1990 bis 1994 dem Kreistag in Wittenberg an. Im Bundestag wirkte Wistuba im Wirtschafts- sowie im Tourismusausschuss mit.

**>Winfried Mante**  
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, SPD  
Am 11. Februar wird Winfried Mante 75 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Eisenhüttenstadt wurde 1990 SPD-Mitglied und Vorsitzender des dortigen Ortsvereins. Mante wirkte unter anderem im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie im Rechtsausschuss mit.

**>Rainer Eppelmann**  
Bundestagsabgeordneter 1990-2005, CDU  
Am 12. Februar vollendet Rainer Eppelmann sein 80. Lebensjahr. Der Pfarrer aus Strausberg war 1989 Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs, gehörte 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer an und amtierte als DDR-Verteidigungsminister. Im Bundestag engagierte sich Eppelmann, der 1990 der CDU beitrug, u. a. im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Von 1994 bis 2001 war er CDA-Bundesvorsitzender. Einen Namen machte sich Eppelmann als Vorsitzender der Enquete-Kommissionen zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ sowie „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“.

**>Clemens Bollen**  
Bundestagsabgeordneter 2005-2009, SPD  
Am 12. Februar wird Clemens Bollen 75 Jahre alt. Der Betriebswirt aus Osthauerdrehn/Kreis Leer trat 1976 der SPD bei. Im Bundestag betätigte sich Bollen, der für Gerhard Schröder nachgerückt war, im Familienausschuss sowie im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

**>Hakki Keskin**  
Bundestagsabgeordneter 2005-2009, Die Linke  
Hakki Keskin begeht am 12. Februar seinen 80. Geburtstag. Der Politikwissenschaftler, von 1975 bis 2005 noch SPD-Mitglied, gehörte von 1993 bis 1997 der Hamburgischen Bürgerschaft an. Im Bundestag engagierte sich Keskin im Verteidigungsausschuss.

**>Manfred Schell**  
Bundestagsabgeordneter 1993-1994, CDU  
Manfred Schell wird am 12. Februar 80 Jahre alt. Der Lokomotivführer und Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer von 1989 bis 2008 wurde 1972 CDU-Mitglied. Im Bundestag gehörte er dem Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaft an.

**>Klaus Lippold**  
Bundestagsabgeordneter 1983-2009, CDU  
Am 14. Februar begeht Klaus Lippold seinen 80. Geburtstag. Der Diplom-Volkswirt aus Dietzenbach trat 1969 der CDU bei und gehörte von 1982 bis 2005 dem hessischen Landesvorstand an. Von 1972 bis 2015 war er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und saß von 1977 bis 1991 im Offenbacher Kreistag. Lippold wirkte im Umweltausschuss sowie im Wirtschaftsausschuss mit und stand von 2005 bis 2009 an der Spitze des Verkehrsausschusses. Von 2000 bis 2005 war er stellv. Fraktionsvorsitzender. *bmh* ||

Bärbel Bas, Bundestagspräsidentin:

## Es ist gefährlich zu glauben, wir hätten »ausgelernt«



Bärbel Bas (\*1968)  
Wahlkreis Duisburg I

Was man auch immer über den Holocaust sagen, schreiben oder erzählen mag, es hat keine befreiende Wirkung.“

Dieser Satz stammt aus den Erinnerungen von Simone Veil, der ersten Präsidentin des Europäischen Parlaments. Als Jugendliche hat sie Auschwitz überlebt. Als eine von wenigen. Mindestens 1,3 Millionen Menschen haben die Nationalsozialisten nach Auschwitz deportiert. Darunter eine Million Jüdinnen und Juden. Die Meisten wurden gleich nach ihrer Ankunft ermordet. Auschwitz ist Tatort und Sinnbild des Völkermords an den europäischen Jüdinnen und Juden. Inbegriff des Holocaust. Eines Verbrechens, das in der Geschichte der Menschheit ohne Vergleich ist.

Und für das wir Deutschen Verantwortung tragen. Simone Veil schrieb weiter: „Die Shoah bleibt allgegenwärtig. Nichts davon wird je ausgelöscht; (...) nichts kann, nichts darf vergessen werden.“ Zitat Ende. Wir gedenken heute der Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen: der ermordeten Juden Europas, der Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft und Vernichtungspolitik insbesondere in Mittel- und Osteuropa, der Sinti und Roma, der Opfer der sogenannten „Euthanasie“, der wegen ihrer politischen Überzeugung oder ihres christlichen Glaubens verfolgten Menschen, der Zeugen Jehovas, der Angehörigen sexueller Minderheiten, der als „asozial“ Diffamierten.

Wir erinnern auch an die Kriegsgefangenen und die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Wir erinnern an diejenigen, die Widerstand leisteten und deswegen hingerichtet wurden. Wir gedenken aller Menschen, die von den Nationalsozialisten verfolgt, beraubt, gedemütigt, ausgegrenzt, entrechtet, gequält und ermordet wurden. Viele der Opfer des deutschen Vernichtungskriegs im Osten waren Ukrainerinnen und Ukrainer. Mich erschüttert, dass auch Überlebende des Holocaust durch die gegenwärtigen russischen Angriffe auf die Ukraine getötet wurden. Es ist eine unerträg-

liche Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus, den russischen Angriffskrieg mit der Befreiung Deutschlands zu vergleichen. Viele Holocaust-Überlebende in der Ukraine wurden zur Flucht gezwungen. Es berührt mich, dass mehrere von Ihnen in Deutschland Zuflucht gefunden haben. In vielen Fällen mit Hilfe der Jewish Claims Conference. Einige von ihnen sind heute unter uns. Stellvertretend für alle begrüße ich auf der Ehrentribüne Dr. Boris Zabarko, den Vorsitzenden der Allukrainischen Vereinigung der Juden. Aus Odessa zu uns gekommen ist Roman Schwarzman. Wie Boris Zabarko überlebte er als Kind die Shoa. Ich freue mich, weitere Überlebende begrüßen zu können. Insbesondere Margot Friedländer, Charlotte Knobloch und Albrecht Weinberg. Außerdem begrüße ich Gäste aus der queeren Community, unter anderem Ali Tawakoli aus Afghanistan und Edward Mutebi aus Uganda. In ihrer Heimat drohen ihnen harte Strafen für Homosexualität. Deshalb haben sie Schutz in Deutschland gefunden.

Liebe Gäste, ich danke Ihnen allen, dass Sie heute zu uns in den Bundestag gekommen sind. Die heutige Gedenkstunde stellt eine Opfergruppe in den Mittelpunkt, die lange um Anerkennung kämpfen musste: Menschen, die von den Nationalsozialisten aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt wurden. Der Paragraph 175 Strafgesetzbuch belegte seit dem Kaiserreich den Geschlechtsakt unter Männern mit Gefängnis.

Die Nationalsozialisten verschärften diesen Paragraphen noch: Küsse, Berührungen, sogar Blicke waren strafbar. Zehntausende wurden der Homosexualität beschuldigt. Schon das genügte oft, um ihre gesellschaftliche Existenz zu ruinieren. Mehr als die Hälfte der Männer wurde verur-

teilt, meist zu langen Haftstrafen und Zwangsarbeit. In einigen Fällen wurden Männer zur Sterilisation gezwungen. Viele in den Selbstmord getrieben. Auch wenn der Paragraph 175 nur für Männer galt, waren lesbische Frauen vor Verfolgung keinesfalls sicher.

Ebensowenig wie Menschen, die nicht das Geschlecht leben konnten oder wollten, das die Gesellschaft von ihnen verlangte. Wer nicht den nationalsozialistischen Normen entsprach, lebte in Angst und Misstrauen. Am härtesten traf es die vielen Tausend Frauen und Männer, die aufgrund ihrer Sexualität – teils unter Vorwänden – in Konzentrationslager deportiert wurden. Sie standen auf einer der untersten Stufen der sogenannten Lagerhierarchie und waren der allgegenwärtigen Gewalt ungeschützt ausgesetzt. Viele wurden für medizinische Experimente missbraucht. Die meisten kamen schon nach kurzer Zeit um – oder wurden ermordet. Heute vor 78 Jahren wurde Auschwitz befreit. Aus den Lagern befreit wurden auch die wegen ihrer Sexualität Inhaftierten. Doch für sie brachte das Ende des Nationalsozialismus kein Ende der staatlichen Verfolgung. In beiden Teilen Deutschlands galt der Paragraph 175 Strafgesetzbuch nach 1945 weiter. In der Bundesrepublik bis 1969 sogar in der Fassung der Nationalsozialisten.

Aus heutiger Sicht klingt es unglaublich: Erst 1994 wurde der Paragraph 175 vollständig gestrichen. Und es dauerte noch einmal viele Jahre, bis alle Urteile aufgehoben wurden. Bis unsere Demokratie die Kraft fand einzugestehen: Diese Urteile waren Unrecht! Auch auf die Anerkennung als Opfer der Nationalsozialisten warteten sexuelle Minderheiten lange vergebens. In den achtziger Jahren begannen zivilgesellschaftliche Initiativen in Ost- wie Westdeutschland öffentlich an deren Verfolgungsgeschichte zu erinnern. Und stießen damit immer wieder auch auf Widerstand. Es ist mir sehr wichtig, dass wir heute der Menschen gedenken, die wegen ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität verfolgt wurden. Teil unseres Gedankens ist, dass Überlebende hier im Parlament ihre Stimme erheben und uns von ihrem Leben und

Leiden berichten. Die letzten Überlebenden dieser Opfergruppe sind verstorben, ohne dass wir sie gehört haben. Ihre Geschichten müssen andere erzählen.

Liebe Maren Kroymann, lieber Jannik Schümann, Sie übernehmen diese Aufgabe und tragen uns die Opferbiographien von Mary Pünjer und Karl Gorath vor. Der Historiker Lutz van Dijk hat diese Texte verfasst.

Lieber Klaus Schirdewahn, Sie können aus eigenem Erleben berichten. Zum Abschluss der Gedenkstunde werden Sie über Ihre Verfolgung als Homosexueller in der Bundesrepublik sprechen.

Liebe Frau Kats, Sie haben als jüdisches Kind unter falscher Identität überlebt. Ihre Eltern wurden in Auschwitz ermordet. Zum Auftakt werden Sie uns berichten, was es bedeutet, wenn ein Mensch seine oder ihre wahre Identität entdeckt. Ich bedanke mich bei allen für die Mitwirkung an der heutigen Gedenkstunde. Ebenso danke ich Allen, die sich im Vorfeld dafür eingesetzt und den Aufruf zum Erinnern an sexuelle Minderheiten unterstützt haben. Noch immer wissen wir über das Schicksal einzelner sexueller Minderheiten zu wenig. Die Nationalsozialisten verfolgten lesbische Frauen und transsexuelle Menschen unter Vorwänden. Etwa als sogenannte „Asoziale“. So machten sie deren Kriminalisierung aufgrund der geschlechtlichen Identität unsichtbar.

Andere Opfergruppen kommen ebenfalls erst allmählich in unseren Blick. Für unsere Erinnerungskultur ist es wichtig, dass wir die Geschichten aller Verfolgten erzählen. Ihr Unrecht sichtbar machen. Ihr Leid anerkennen. Immer weniger Zeitzeugen können uns ihre Geschichte erzählen. Aber wir können – und müssen! – uns ihr Leid auf andere Weise vergegenwärtigen. Und ihr Zeugnis weitertragen.

Wir müssen in der Erinnerungskultur neue Wege beschreiten. Am



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas während der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag  
©Leon Kügeler/photothek.de

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

Dienstag habe ich hier im Bundestag eine Ausstellung der Gedenkstätte Yad Vashem eröffnet. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden Dani Dayan, dem ich herzlich danke. Die Ausstellung zeigt Alltagsgegenstände deutscher Jüdinnen und Juden: einen Chanukka-Leuchter, einen Fluchtkoffer oder eine Puppe. Die Objekte werden erstmals wieder in Deutschland gezeigt. Auch wenn ihre einstigen Besitzerinnen und Besitzer nicht mehr alle selbst sprechen können: Die Gegenstände zu betrachten macht den unwiederbringlichen Verlust spürbar, den der millionenfache Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden bedeutet. Daher sind auch Gedenkstätten an den historischen Orten des Verbrechens so wertvoll. Vor zwei Wochen habe ich die Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ in Bernburg besucht. Hier

wurden 14.000 Menschen ermordet: Patientinnen und Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten sowie Häftlinge aus Konzentrationslagern. Darunter auch Mary Pünjer, von deren Schicksal wir gleich erfahren.

Der Besuch dieser Gedenkstätte hat mich tief bewegt. Einer lebendigen Erinnerungskultur dient auch die Jugendbegegnung des Deutschen Bundestags. Hier im Saal begrüße ich einige der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Danke, dass Sie hier sind! Wir brauchen diese lebendige Erinnerungskultur. Denn: Viele Menschen in unserem Land glauben, Deutschland hätte sich bereits mehr als genug mit der Shoa beschäftigt.

Das ist ein Irrtum. Es kann keinen Schlussstrich geben! Es ist gefährlich zu glauben, wir hätten „ausgelernt“. Wir müssen uns wei-

terhin mit unserer Vergangenheit auseinandersetzen! Noch immer gibt es offene, schmerzhaft Fragen. Mich beunruhigen auch Versuche, die Einzigartigkeit des Holocausts zu relativieren. Das müssen wir entschieden zurückweisen. Mir scheint, wir waren schon einmal weiter. Antisemitismus und Antiziganismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nehmen zu. Fünf antisemitische Straftaten werden im Schnitt jeden Tag in Deutschland registriert. Gedenkstätten werden geschändet, jüdische Einrichtungen und Synagogen angegriffen. Menschen werden angefeindet, bedroht und attackiert – weil sie Jüdinnen oder Juden sind. Das ist eine Schande für unser Land! Wir alle müssen bei antisemitischen Vorfällen Zivilcourage beweisen. Niemand darf weggucken! Vor genau einem

Jahr habe ich hier gesagt: „Antisemitismus ist mitten unter uns.“ Und ich bleibe bei meiner Aussage: Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit finden sich keineswegs nur am äußersten Rand. Insbesondere Antisemitismus nimmt immer öfter auch versteckte Formen an

– etwa bei der Dämonisierung des Staates Israel oder in Verschwörungsbildungen während der Corona-Pandemie. Wir müssen wachsam bleiben und genau hinschauen. Wie auch die Debatte um die Documenta 15 gezeigt hat. Wir müssen auch bei der Diskriminierung queere Menschen genau hinschauen, queerfeindliche Straftaten nehmen zu. Die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano hat uns eine eindringliche Mahnung hinterlassen – ich zitiere: „Menschlichkeit ist unteilbar. Die Forderung „Nie wie-

der“ gilt auch für die Homosexuellen.“ Nehmen wir ihre Worte ernst! In den sozialen Netzwerken wird gegen queere Menschen in unerträglicher Weise gehetzt. Schwule, Lesben und Trans-Personen werden beleidigt, bedrängt und angegriffen. Sogar auf den Paraden des Christopher Street Day! Wie im vergangenen Jahr der Tod von Malte gezeigt hat. Malte war ein Transmann. Auch hier sind wir alle gefordert, gegen Diskriminierungen aufzustehen. Eine freiheitliche, offene Gesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit. „Nie wieder“ – das ist ein Auftrag. Für uns alle. Jeden Tag.

Kämpfen wir gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit! Engagieren wir uns für Toleranz und Vielfalt. Für eine Gesellschaft, in der die Würde aller Menschen tatsächlich unantastbar ist.

Rozette Kats:

## Ich verstand nicht, was meinen Eltern geschehen war



Rozette Kats (\*1942)  
Holocaust-Zeitzeugin

Ich danke für die Einladung, heute zu Ihnen sprechen zu können. Denn heute – am Tag der Befreiung von Auschwitz vor 78 Jahren – erinnern wir im besonderen an Menschen, die damals verfolgt und ermordet wurden, weil sie sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten angehörten.

Ich selbst gehöre keiner sexuellen Minderheit an. Ich habe den Holocaust als jüdisches Kind in Amsterdam überlebt.

Aber wenn ich auf die Erfahrungen derjenigen höre, die als sexuelle Minderheiten ausgegrenzt und verfolgt wurden, erkenne ich wichtige Gemeinsamkeiten mit meinem eigenen Leben. Gestatten Sie mir, dass ich darum zunächst kurz von meiner eigenen Geschichte erzähle.

Im Februar 1943, ich war acht Monate alt, gaben mich meine Eltern an ein niederländisch-humanistisches Ehepaar. Meine Mutter

war zu der Zeit schwanger mit meinem kleinen Bruder. Er kam dann im Durchgangslager Westerbork in den Niederlanden zur Welt. Von da aus wurden meine Eltern und mein kleiner Bruder zusammen mit hunderten anderen jüdischen Kindern, Frauen und Männern in einem überfüllten Viehtransport-Zug nach Auschwitz deportiert. Schon kurz nach ihrer Ankunft wurden die meisten von ihnen in Gaskammern umgebracht. Auch meine Mutter und mein Babybruder. Mein Vater musste noch 4 Monate Schwerstarbeit leisten, bevor auch er ermordet wurde.

Ich aber wuchs bei meinen Pflegeeltern auf. Nicht als Rozette, meinem richtigen Namen. Um mich zu schützen, hatten sie mir den Namen „Rita“ gegeben.

Am Vorabend meines sechsten Geburtstags nahm mich mein Pflegevater auf den Schoß und erklärte mir: „Rita – dein richtiger Name ist Rozette. Wir sind nicht deine wirklichen Eltern. Deine Eltern wurden in Auschwitz ermordet, weil sie Juden waren.“ Und er fügte hinzu: „Doch du musst keine Angst haben. Wir lieben dich und sorgen für dich, bis du groß bist. Und wir brauchen auch nicht mehr darüber zu sprechen.“

Aber ich hatte Angst. Ich ver-

stand nicht, was meinen Eltern geschehen war. Ich verstand nicht, warum jemand sie hatte ermorden wollen. Was bedeutete jüdisch? Ich verstand nur, das ich dann wohl auch jüdisch war wie meine Eltern.

Alles war viel zu schrecklich für ein Kind von sechs Jahren. Unbewusst habe ich damals beschlossen: Wenn ich mich nur gut anpasse und nicht weiterfrage, wird mir schon nichts geschehen. Ich muss nur weiter die Maske des nicht-jüdischen Kindes tragen. Im Grunde dauerte dieses Nicht-Wissen-Wollen und dieses Verschweigen mehr als mein halbes Leben. Ich führte ein Doppelleben. Und dieses Doppelleben machte mich krank.

Erst viele Jahre später – 1992 – wurde in Amsterdam eine Kon-

ferenz für Menschen wie mich organisiert: Für jüdische Kinder, die während des Kriegs versteckt worden waren. Ich war nun 50 Jahre alt, und traf endlich mehr Menschen, die ähnliches wie ich erlebt

hatten. Das war meine Befreiung: Ein Coming-out aus meinem Versteck. Ich war nicht mehr die einzige!

Seitdem hat sich mein Leben sehr verändert. Bis heute bin ich aktiv für die Gedenkstätte Westerbork. So berichte ich auch aus

meinem Leben an Schulen und anderen Veranstaltungen in den Niederlanden und Deutschland. Auch ich lerne viel bei diesen Begegnungen. In jüngster Zeit berühren mich besonders Gespräche mit jungen Flüchtlingen, die viel von sich erkennen in meiner Geschichte.

Was ich als kleines Kind lernen musste, das mussten jedoch auch viele Angehörige sexueller und geschlechtlicher Minderheiten vor – und leider auch nach – 1945 lernen: Denn es macht Menschen krank, wenn sie sich verstecken und verleugnen müssen. Und noch etwas habe ich verstanden: Das Versprechen „Nie wieder!“ meinte längst nicht alle Opfergruppen der Nationalsozialisten. Roma und Sinti mussten noch Jahrzehnte lang um Anerkennung kämpfen. Und wiederum erst sehr spät wurde verstanden, dass zum Beispiel der Haftgrund „asozial“ eine Nazi-Definition war, die auch zur Verurteilung lesbischer Frauen missbraucht wurde.

Ich weiß sehr wohl, dass es bei verschiedenen Opfergruppen lange Zeit Vorbehalte gegeneinander gab. Bei mancher der jährlichen Gedenkveranstaltungen galt noch vor wenigen Jahrzehnten, dass nicht an homosexuelle Männer erinnert werden sollte. Ich halte das für falsch. Darum habe ich die Petition, initiiert von dem Historiker und Freund Lutz van Dijk, um auch an sexuelle und geschlechtliche Minderheiten im Bundestag zu erinnern, als eine der ersten damals unterzeichnet. Denn: Wenn Menschen in Kate-

gorien von mehr oder weniger „wertvoll“ eingeteilt werden, wenn bestimmte Opfergruppen gar als weniger „wertvoll“ als andere angesehen werden, dann bedeutet das am Ende nur eins: Dass die nationalsozialistische Ideologie weiterlebt. Und leider bis heute weiter wirkt, wenn wir Gewalttaten gegen queere Menschen noch immer erleben müssen.

Heute bin ich 80 Jahre alt. Ich habe nicht vergessen, wie schlimm es ist, sich verleugnen und verstecken zu müssen.

Darauf gibt es nur eine Antwort: Jeder Mensch, der damals verfolgt wurde, verdient achtungsvolle Erinnerung. Jeder Mensch, der heute verfolgt wird, hat Anspruch auf unsere Anerkennung und unseren Schutz!

Und das noch: Ich wünsche mir für unsere Kinder, für alle Kinder dieser Welt, dass jede Form von Diskriminierung, aber im Extremen auch Kriege, nicht als normal empfunden werden müssen, sondern als schreckliche Abweichungen, die es zu überwinden gilt!

Ich danke Ihnen, dass Sie heute im Bundestag an die Verfolgung sexueller und geschlechtlicher Minderheiten in der NS-Zeit und danach erinnern. Ich bin gern aus den Niederlanden zu Ihnen gekommen, zusammen mit meiner Tochter Mirjam, die meine Arbeit einmal fortsetzen wird.

Ich danke Ihnen, weil Sie damit endlich früheres Unrecht anerkennen und so allen Menschen heute Mut machen. Auch mir.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Ich führte ein Doppelleben. Und dieses Doppelleben machte mich krank.**

**Es macht Menschen krank, wenn sie sich verstecken und verleugnen müssen.**

Maren Kroymann:

## Liebe Mary Pünjer, wie gern hätten wir Dir zugehört



Maren Kroymann (\*1949)  
Schauspielerin

Liebe Mary Pünjer, eigentlich solltest Du hier stehen und berichten. Solltest uns Deine Sicht auf Deine Lebensgeschichte erzählen, die, trotz mühsam aufgespürter Dokumente, noch immer unvollständig ist. Selbst über Deinen Tod wurde bis zuletzt gelogen. Angeblich bist Du 1942, mit 37 Jahren, im Konzentrationslager Ravensbrück an Herztod gestorben. Aber Du bist nicht „gestorben“. Du bist ermordet worden – in der Gaskammer einer sogenannten Heilanstalt, die aber auch als Tötungsanstalt missbraucht wurde. Selektiert für die Vergasung von einem deutschen Arzt, der auf der Diagnose-Karte vermerkt, dass Du eine „sehr aktive ‚kessle‘ Lesbierin“ gewesen seist. Wie kam der Arzt zu der tödlichen sogenannten „Diagnose“? Was würdest Du uns heute sagen, wenn wir Dir zuhören könnten?

Diese Fotos zeigen Dich im März 1941 als Häftling im Konzentrationslager Ravensbrück. Da bist Du 36 Jahre alt. Du hast nur noch etwas mehr als ein Jahr zu leben. Was wissen wir über Dein Leben bis hierher? Geboren wirst Du 1904 in eine jüdische Kaufmannsfamilie in Wandsbek, das heute zu Hamburg gehört. Deine Eltern führen ein gut gehendes Damenkonfektionsgeschäft. Du kannst eine höhere Schule besuchen und schaffst 1922 Dein Abitur. Danach arbeitest Du zunächst im Geschäft der Eltern mit. Dein Vater stirbt 1926, ab jetzt leiten Deine Mutter und dein Bruder Herbert das Geschäft.

1929, mit 25 Jahren, heiratest Du den nichtjüdischen Buchmacher Fritz Pünjer. Eure Ehe bleibt kinderlos. Ab Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft 1933 ist auch euer Familiengeschäft von Boykotten betroffen. Trotz aller Propaganda lässt Dein Mann sich nicht von Dir, seiner jüdischen Frau, scheiden. Das bietet Dir zu-

nächst einen gewissen Schutz. Nach dem Pogrom vom November 1938, das die Nazis verharmlosend als „Kristallnacht“ bezeichnen, muss Deine Mutter das Geschäft aufgeben und es, wie auch ihr Wohnhaus, mit Grundstück weit unter Wert verkaufen. Dein Mann Fritz wird gleich nach Kriegsbeginn 1939 als Fahrer zum verstärkten Polizeischutz im besetzten Polen eingezogen, kommt aber immer wieder auch zurück nach Hamburg. Warum wirst Du am Abend des 24. Juli 1940 verhaftet? Es gibt darüber weder eigene Aussagen von Dir noch polizeiliche Dokumente. Du wirst zunächst in das Konzentrationslager Hamburg-Fuhlsbüttel gebracht und dann, am 12. Oktober 1940, in das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück deportiert.

Auf der Zugangsliste ist hinter Deinem Namen das Wort „asozial“ vermerkt, nicht jedoch „jüdisch“. Du erhältst die Häftlingsnummer 4841. Auf Deiner Häftlingskleidung ist der schwarze Winkel der „Asozialen“. Lager-Dokumente aus Ravensbrück weisen ebenfalls aus, dass Du in den Barackenblöcken für „asoziale“ Häftlinge untergebracht bist, nicht in denen für jüdische Häftlinge.

Einmal wirst Du vorübergehend zurück nach Hamburg transportiert und im 23. Kriminalkommissariat verhört. In dem Kommissariat, das vor allem für „sexuelle Delikte“ zuständig ist. Auch hier fehlen Protokolle der Verhöre. Jedenfalls scheint Deine langjährige Ehe wenig zu zählen angesichts der dort erhobenen Anklagen wegen lesbischen Verhaltens, die später ein KZ-Arzt gegen Dich verwenden wird. Verfolgt werden auch Deine Geschwister: Wir sehen Dich hier vermutlich 1908 in Wandsbek, im Alter von vier Jahren. Du stehst lebensfroh in der Mitte, links neben Dir Dein älter Bruder Herbert und rechts Deine ältere Schwester Ilse. Deine Schwester Ilse wird 1941 als Jüdin zunächst nach Riga deportiert und schließlich im KZ Stutthof ermordet. Eurem Bruder Herbert gelingt mit Frau und Sohn 1938 noch die Flucht nach Amerika.

Eure Mutter Lina Kümmermann wird im Juli 1942 als Jüdin zunächst nach Theresienstadt und von dort nach Auschwitz deportiert, wo sie im Mai 1944 mit 71 Jahren ebenfalls ermordet wird. Genaue Zahlen darüber, wie viele Menschen in der NS-Zeit als „Asoziale“ ermordet wurden, gibt es

nicht. Eine Schätzung des US-amerikanischen Holocaust-Museums in Washington aus dem Jahr 2019 geht von circa 70.000 Opfern aus.

Was war anders an Mary Pünjer? Und was genau bedeutete die Häftlingskategorie „asozial“? Anders als bei homosexuellen Männern war lesbisches Verhalten nach keinem Paragraphen im Gesetzbuch strafbar. Unter „asozial“ wurden verschiedene Verhaltensformen zusammengefasst, die im Nazi-Jargon von „arbeitscheu“ über „Prostituieren“, „Vagabundieren und Bettelei“ bis zur „Veruntreuung öffentlicher Unterstützungsleistungen“ reichten. Gefährlich wurde es vor allem dann, wenn sogenannte Fach-Ärzt:innen eine „Vererbung asozialen Verhaltens“ attestierten und damit auch eine „Ausmerzung erbkranken Lebens“ anordnen konnten. In einigen Fällen wurden lesbische Frau-

en gleichermaßen als „asozial“ eingestuft.

Diese Einstufung traf auch Mary Pünjer. Aber hatte sie wirklich Kontakte mit lesbischen Frauen? Und war ihre Ehe nur eine Scheinehe, um sie als Jüdin und Lesbe doppelt zu schützen? Oder war eine Denunziation der Auslöser für ihre Verhaftung? Hatte sie wirklich „lesbische Lokale“ in Hamburg „fortgesetzt aufgesucht“ und dort „Zärtlichkeiten ausgetauscht“? Damit begründete später der KZ-Arzt Friedrich Menneke in Ravensbrück seine Selektion.

Zusammen mit rund 1.600 anderen Frauen schickte er Mary Pünjer, vermutlich zwischen Februar und April 1942, in die sogenannte „Heil- und Pflegeanstalt Bernburg“ – mit dem Ziel der Ermordung durch Vergasen. Im Deutschen Bundestag dauerte es bis zum Februar 2020, dass die Opfergruppe der „Asozialen“ als Verfolgte des Nationalsozialismus anerkannt wurde. Ein Gedenken im Bundestag steht noch immer aus. In der Gedenkstätte Ravensbrück mündete ein langer fachlicher Disput erst im letzten Jahr (2022) in einen Kompromiss, um mit einer Gedenkkugel an die lesbischen Frauen zu erin-

nern, die dort umkamen. Nach Jahrzehnten der Maskierung und Verschleierung können auch heute noch immer nicht alle Geschichten vollständig und eindeutig erzählt werden.

Immerhin aber gibt es endlich und zunehmend Bemühungen von Historiker:innen, nicht mehr zunächst und allein die Kriterien und Gesetze der Nazis als Maßstab für eine Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus zuzulassen.

Nach offiziellen Angaben verstarb Mary Pünjer am 28. Mai 1942 im Konzentrationslager Ravensbrück mit 37 Jahren an „Herzversagen“. Das sind zweifellos Angaben, um die Mordaktion und den wirklichen Tötungsort in der sogenannten Heilanstalt zu verschleiern. Zwei Tage danach wurde ihrem Mann mitgeteilt, dass er die Urne seiner Frau auf eigene Kosten anfordern könne. Fritz Pünjer tat es und ließ sie am 4. September 1942 auf dem Jüdischen Friedhof Jenfelder Straße in Hamburg beisetzen. Was würdest Du uns heute sagen, Mary? Angeklagt als „asozial“, selektiert und ermordet als „Lesbierin“: Was davon stimmte, was wurde Dir unterstellt? Was war Dir wichtig? Gab es Liebe und Glück in Deinem Leben?

Immerhin erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Wandsbek an Dich. Wie gern hätten wir Dir zugehört...

### Was war Dir wichtig? Gab es Liebe und Glück in Deinem Leben?

Jannik Schümann:

## Vielleicht kannst Du uns heute zuhören, lieber Karl



Jannik Schümann (\*1992)  
Schauspieler

Lieber Karl Gorath, eigentlich solltest Du hier stehen und berichten. Du bist alt geworden, 90 Jahre alt. Aber es hat nicht gereicht. 2003, im Jahr Deines Todes, wollten nur wenige Menschen Geschichten wie Deine hören. Darum stehe nun ich hier und versuche, Dir eine Stimme zu geben. Du bist 22 Jahre jung, als Du zum ersten Mal nach § 175 verhaftet

wirst. Angezeigt von einem Schulleiter – für eine Tat, die da schon einige Jahre zurück liegt. Zwei Jungen eben... Du hast Pech, wirst mit mehr als einem Jahr Gefängnis bestraft. Bist also ab jetzt vorbestraft. Ein Krimineller.

Geboren bist Du 1912 in Bad Zwischenahn, ziehst später nach Bremerhaven und machst eine Ausbildung zum Krankenpfleger. Dann, 1934, die erste Verurteilung nach § 175 mit 22 Jahren. Ein Jahr später – 1935 – verschärft die Hitler-Regierung den seit 1872 im Deutschen Reich bestehenden § 175 nicht nur mit höheren Haftstrafen. Ab jetzt kann nach „gesundem Volksempfinden“ verurteilt werden. Und wird verurteilt, oft auch ohne eindeutige Beweise. Du bist jung, Karl. Noch immer. Du triffst Dich weiter mit anderen Männern. Heimlich. Klar. Wie sonst?

1938, mit 26, wirst Du erneut angezeigt und 1939 und 1940

nach § 175 zu einer Gesamt-Zuchthausstrafe von drei Jahren verurteilt. Im November 1942 – Du hast Deine Strafe, einschließlich der Untersuchungshaft, fast abgebußt – wird „polizeiliche Vorbeugungshaft“ angeordnet. Als „gefährlichen Wiederholungstäter“ deportieren sie Dich im Januar 1943 in das Konzentrationslager Neuengamme bei Hamburg. Hier trägst Du erstmals auf Deiner Sträflingskleidung den Rosa Winkel für Häftlinge, die nach § 175 verurteilt worden sind.

Später hast Du berichtet, dass Dir zwei Begebenheiten zunächst beim Überleben all der Schrecken des Alltags im KZ geholfen haben: Da ich eine Ausbildung als Krankenpfleger absolviert hatte, sagtest du, wurde ich der Krankenabteilung zugewiesen... Ich brauchte nicht zu den täglichen Arbeitsein-

Fortsetzung auf nächster Seite

sätzen ausdrücken. Und: Mir war es dank der Hilfe von Kameraden später möglich, meinen rosa Winkel gegen einen roten [der politischen Gefangenen] auszutauschen. Doch schon wenig später machst Du Dich eines anderen KZ-Vergehens schuldig. In Deinen Worten: Die Lagerleitung hat die russischen Kriegsgefangenen aushungern lassen (...) Wir haben dann versucht, Essenrationen in das Russenlager zu schmuggeln. Als das aufflog, hieß es: „Straftransport nach Auschwitz“ (...) Mit vier weiteren Kameraden wurde ich dann am 1. Juni 1943 nach Auschwitz deportiert. Hier sehen wir Dich als Häftling in Auschwitz im Jahr 1943. Zu diesem Zeitpunkt bist Du 31 Jahre alt.

Immerhin trägst Du ab hier den roten Winkel der politischen Häftlinge. Ein deutlicher Vorteil. Denn es ist ja kein Geheimnis, dass die Häftlinge mit den rosa Winkeln sowohl beim Wachpersonal als auch bei Mitgefangenen ganz unten in der Hierarchie stehen. Der ehemalige Lagerkommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, notiert kurz vor seiner Hinrichtung 1947 in sein Tagebuch über die Häftlinge mit dem Rosa Winkel: Bei diesen half keine noch so schwere Arbeit, keine noch so strenge Aufsicht. Da sie von ihrem Laster nicht lassen konnten oder nicht wollten, wußten sie, daß sie nicht mehr frei würden. Dieser stärkste wirksame psychische Druck bei diesen meist zart besaiteten Na-

turen beschleunigte den physischen Verfall. Kam dazu noch etwa der Verlust des „Freundes“ durch Krankheit oder gar durch Tod, konnte man den Exitus voraussehen. Der „Freund“ bedeutete diesen Naturen in dieser Lage alles. Es kam auch mehrere Male vor, dass zwei Freunde gemeinsam in den Tod gingen.

Dir gelingt es, wieder als Pfleger im Krankenrevier zu arbeiten. Du steigst sogar zum Blockältesten auf. Zwei junge polnische Häftlinge werden Dir zugeordnet – ihre Namen wirst Du niemals mehr vergessen: Tadeusz und Zbigniew, 21 und 15 Jahre alt. Du liebst sie, sagst Du später. Und versuchtest alles, um sie zu schützen. Irgendwann werdet Ihr auseinandergerissen, die Spuren verlieren sich. Ob sie überlebt haben? Die Frage beschäftigt Dich bis an Dein Lebensende. Kurz vor der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee – heute, am 27. Januar vor 78 Jahren – wirst Du auf einen Transport Richtung Westen geschickt, den Du nur knapp überlebst.

In Deinen Worten: Am 8. Mai 1945 (...) war ich an Ruhr erkrankt und fast schon tot. Ein französischer Arzt hat mich aus einem Berg von Leichen gezogen und wieder hochgepöppelt.

Nach dem Krieg lebst Du wieder in Bremerhaven. Doch schon im März 1946 wirst Du erneut verhaftet und im September wegen „schwerer Unzucht unter Männern“ nach § 175 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Zu Deinem Entsetzen empfängt Dich im Gerichtssaal derselbe Richter, der Dich schon einmal verurteilt hat, mit den Worten: „Sie sind ja schon wieder hier!“

Einen Antrag Deines Verteidigers, die Zuchthausstrafe um die Zeit der KZ-Haft zu verkürzen, lehnt er ab. Du musst die fünf Jahre Zuchthaus voll verbüßen. In den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft von 1933 bis 1945 wurden in

Deutschland circa 50.000 Männer nach § 175 verurteilt. Etwa 10.000 von ihnen kamen nach Abbüßung der Strafe in verschiedene KZ's. Etwa ebenso viele wurden von 1945 bis 1969 in der Bundesrepublik Deutschland verurteilt – nach der seit 1935 noch immer gleichen Fassung des Paragraphen. Später berichtete Karl Gorath: Ich habe dann zehn Jahre keine Arbeit mehr bekommen, denn ich war ja richtig vorbestraft. Später hat man mir die Haftzeit auch noch von meinem Rentenanspruch abgezogen (...) Meine Rente lag unter Sozialsatz.

Noch aus der Haft heraus hatte Karl Gorath ab 1950 mehrmals Anträge auf Wiedergutmachung für in der NS-Zeit erlittenes Unrecht gestellt. Sie wurden allesamt abgelehnt. 1957 bestätigte das Bundesverfassungsgericht, dass die nationalsozialistische Fassung des § 175 kein NS-Unrecht sei, sondern „geltender Rechtsauffassung“ entspreche. Nach seiner Haftentlassung und mehr als zehn Jahren der Arbeitslosigkeit fand Karl Gorath bis zur Rente eine Anstellung bei der Seemannsmission in Bremerhaven. Mehrfach beantragte er, die Jahre der KZ-Haft auf seine Rente anzurechnen. Auch diese Anträge wurden wiederholt abgelehnt, zuletzt 1980 vom Bremer Sozialgericht, weil, wie es hieß, „der Kläger [kein] Verfolgter ist, sondern [bestraft worden war], „wegen der von ihm begangenen Sittlichkeitsdelikte“. Erst, als sich junge Leute beim Bremer Rat&Tat Zentrum, allen voran der Soziologe Jörg Hutter, für ihn einsetzten, gelang es endlich, dass seine monatliche Rente über den Bremer Härtefonds um bescheidene 500 Mark aufgestockt wurde. Im selben Jahr 1989 schloss Karl Gorath sich einer Studienfahrt junger homosexueller Männer aus Norddeutschland an, die als erste offen schwule Gruppe nach Auschwitz reiste, um als Gruppe Freiwilliger von Aktion Sühnezeichen bei Instandsetzungsarbeiten in der Gedenkstätte mitzuhelfen. Und um im Archiv nach Zeugnis-

sen von § 175-Häftlingen zu suchen.

Hier sehen wir Karl Gorath bei seinem Besuch in der Gedenkstätte Auschwitz. Ihm war bei dieser Reise nur eines wichtig: Würde er herausfinden, was aus seinen damals jungen polnischen Freunden Tadeusz und Zbigniew geworden war? Hatten sie, wie er, überlebt?

Im Archiv wurden ihm Dokumente gezeigt, nach denen die Namen beider junger Polen auf einer Todesliste notiert sind. Der inzwischen 77-Jährige war darüber so erschüttert, dass er die Reise abbrach und allein zurück nach Bremerhaven fuhr. Karl Gorath starb im März 2003 mit 90 Jahren – ohne die Wahrheit über die beiden jungen Polen zu erfahren. Die kam erst vor kurzem – 2020 – ans Tageslicht. Im Rahmen des polnisch-deutschen Forschungsprojekts „Erinnern in Auschwitz – auch an sexuelle Minderheiten“ fand die polnische Historikerin Dr. Joanna Ostrowska nicht nur heraus, dass beide Männer überlebt hatten.

Einer von ihnen, Zbigniew K. begleitete 1989 – als Karl Gorath dort nach Unterlagen über sein Schicksal suchte – noch als Zeitzeuge Führungen in der Gedenkstätte Auschwitz. Zbigniew starb erst 2012. Vielleicht kannst Du etwas mehr Frieden finden in dem Wissen, dass Deine jungen polnischen Freunde überlebten. Vielleicht kannst Du uns heute zuhören, lieber Karl.

Klaus Schirdewahn:

## Ich wurde schuldig gesprochen wegen meiner Gefühle



Klaus Schirdewahn (\*1947)  
Leiter der Gruppe „Gay and Grey“

Das ich jetzt vor Ihnen sprechen kann, ist nicht selbstverständlich. Noch vor wenigen Jahren war ich tief in meinem Inneren so verunsichert, versteckte mich, schämte mich meiner Gefühle, war immer auf der Hut, nur ja nichts Falsches zu sagen, nur nichts von meinen Gefühlen zu erkennen zu geben.

Bis vor fünf Jahren galt ich als vorbestraft. Weil ich im Jahr 1964 – als Siebzehnjähriger – von der Staatsanwaltschaft in Rheinland-Pfalz angeklagt und daraufhin schuldig gesprochen wurde. Schuldig wegen meiner Gefühle für einen anderen Mann. Schuldig, gegen den Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches verstoßen zu haben.

Dieser Paragraph war 1935 von den Nationalsozialisten verschärft worden. In dieser verschärften Fassung galt er in der BRD noch bis 1969. Komplett abgeschafft wurde er erst 1994 – und erst im Jahr 2017 wurden die Schuldsprüche aufgehoben. Auch der Schuldspruch gegen mich.

Was während des Nationalsozialismus strafrechtlich galt, galt für mich und viele andere noch bis 1969. Damals begann sich unsere Gesellschaft langsam mit den zwischen 1933 und 1945 began-

genen Verbrechen zu beschäftigen.

Aber „wir“ waren mit „unserer“ Lebensweise noch nicht willkommen. Zu sehr wirkte das Gift des nationalsozialistischen Menschen- und Familienbildes in Geist und Köpfen noch nach. „Wir“ – das sind nicht nur schwule Männer, sondern auch lesbische Frauen, bisexuelle, trans und intergeschlechtliche Personen. Für uns alle war „das Dritte Reich noch nicht zu Ende“, wie es 1963 der Historiker Hans-Joachim Schoeps überspitzt, aber treffend ausdrückte.

Die einzige Möglichkeit für mich selbst, im Jahr 1964 eine Freiheitsstrafe abzuwenden, bestand darin, eine Therapie zu beginnen, die mich von meiner Homosexualität „heilen“ sollte – heilen in Anführungszeichen. Mein damaliger Mitangeklagter, der bereits 21 Jahre alt war und damit als volljährig galt, erhielt eine Ge-

fängnisstrafe von einem Jahr.

Meine Familie war geprägt durch den christlichen Glauben. Ich selbst habe geglaubt, ich könne mich ändern, mein Leben nach damals vorherrschender christlicher Norm leben. Doch was macht das mit einem Menschen, der niemandem ein Leid angetan hat, der niemanden bedrängt, bedroht oder angegriffen hat – was macht es mit einem Menschen, der gezwungen wird, eine Therapie durchzuführen, die ihm seine Gefühle, seine Lebensweise, seine Identität, sein Wesen abspricht?

Meine spätere Ehefrau hat mich zeitweise zu dem Therapeuten begleitet. Wir beide haben geglaubt: Wir schaffen das.

Aber für mich begann ein erzwungenes Doppelleben. Eine Zeit, in der ich mich verstecken und verstellen musste, um überleben zu können. Eine Zeit, in der ich eingeschüchtert war, krank in der Seele, in der ich mich schämte für das, was ich fühlte, obwohl ich niemandem etwas angetan hatte.

Ich versuchte, nirgendwo anzuecken, es allen recht zu machen. Mit niemandem konnte ich nach meiner Hochzeit darüber sprechen, was wirklich in mir und mit meinen Gefühlen los war, ich war gefangen.

Welche Last und welche Sorgen ich auch meiner Ehefrau und letztlich auch meiner Tochter zugefügt habe, ist mir erst viel später bewusst geworden, aber da war es schon zu spät.

„Schande“, „Todsünde“, „Verbrechen“ – das sind Begriffe, die ich nicht nur von meinen Eltern hörte. Ich baute eine Schweinwelt um mich herum auf, wurde stumm, litt unter Depressionen, seelischen und körperlichen Schmerzen – jahrzehntelang.

Doch meine Gefühle ließen sich nicht abstellen oder unterdrücken. In meinem Inneren bewahrte ich mir den Rest eines Traumes von einem „freien und normalen“ Leben. Durch die jahrelange Arbeit von Aktivisten und Vorbildern ermutigt, entschloss ich mich spät in meinem

**Ich schämte mich für das, was ich fühlte, obwohl ich niemandem etwas angetan hatte.**



Leben dazu, mich endlich als schwuler Mann öffentlich zu zeigen. Dies war eine Befreiung, nach der ich zum ersten Mal das Gefühl hatte: Ich bin Ich!

Und die Erfahrung gemacht zu haben, von anderen Menschen so geliebt zu werden, wie ich bin, kann ich kaum beschreiben. Für heterosexuelle Menschen ist das überhaupt keine Frage – für mich jedoch war es eine überwältigende Erfahrung, dass angefangen von meinen Geschwistern immer mehr Menschen zu mir standen. Dadurch konnte ich selbst aktiv

werden und engagiere mich bis heute für die gleichberechtigte Teilhabe von queeren Menschen in meiner jetzigen Heimatstadt Mannheim und darüber hinaus. All denen, die mir auf meinem Weg geholfen und mich begleitet haben, möchte ich sehr herzlich danken.

Ich weiß, dass viele Menschen aus der queeren Community ähnliche Erfahrungen wie ich gemacht haben, dass viele Menschen so wie ich jahrzehntelang versteckt gelebt haben.

Ich setze mich mit meiner gan-

zen Kraft dafür ein, dass unsere Geschichte nicht vergessen wird – gerade heute, wo die queere Community erneut großen Anfeindungen weltweit und auch in Deutschland ausgesetzt ist. Es ist mir wichtig, dass die Jugend nicht vergisst, was es für Mühe und Kraft gekostet hat, dass wir so leben können, wie wir jetzt leben dürfen.

Sie, Herr Bundespräsident, sagten 2018: „Zu unserem Gedenken muss aber auch die Zeit nach 1945 gehören. [...] Die Würde von Homosexuellen, sie blieb an-

tastbar. Zu lange hat es gedauert, bis auch ihre Würde etwas gezählt hat in Deutschland.“ Deswegen ist die heutige Gedenkstunde so wichtig. Nicht nur für mich persönlich, der ich hier vor Ihnen stehe, sondern für die gesamte Community. Sie ist ein Zeichen der Anerkennung und ein Signal in die Gesellschaft hinein:

Denn sie drückt Trauer über das Leiden aus, das queeren Menschen im Nationalsozialismus angetan wurde. Sie macht aber auch das Unrecht, das 1945 eben

nicht endete, sichtbar und gibt den Betroffenen deswegen etwas von ihrer Würde zurück. Ich spreche deswegen auch für all diejenigen, die sich bis heute wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität verstecken müssen, die deswegen beschimpft, beleidigt, angefeindet, bedroht, ja sogar getötet werden. Sie alle – „wir“ alle stehen hier.

Wie gesagt: Dass ich jetzt vor Ihnen sprechen kann, ist noch nicht selbstverständlich!

Ich danke Ihnen.

## Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2023 / 82. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages

Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz:

# Wir haben diese Krise handhabbar gemacht



Robert Habeck (\*1969)  
Wahlkreis Flensburg – Schleswig

Der Tag gestern und auch die innenpolitische Debatte sind stark geprägt gewesen von der Frage weiterer militärischer Unterstützung für die Ukraine. Ich will jetzt damit noch einmal quasi rückblickend auf den gestrigen Tag beginnen.

Die Entscheidung, die gestern noch einmal offiziell verkündet wurde, ist richtig, notwendig, dringend geboten gewesen. Aber es ist keine Jubelentscheidung gewesen. Denn es ist eine Entscheidung über schweres Kriegsgut, über schwere Kriegsgüter, die deswegen erforderlich ist, weil die Ukraine ihr Selbstverteidigungsrecht in Anspruch nehmen muss.

Wir sehen die Berichte auch aus den befreiten Gebieten, aus Cherson beispielsweise, wo mal 300 000 Menschen lebten; etwa 6 000 Menschen harren dort noch aus, werden immer noch bombardiert. Das Töten geht

dort weiter. Das Töten muss ein Ende finden, indem die Ukraine diesen Konflikt zu ihren Bedingungen beendet.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat viele Gewissheiten und Selbstgewissheiten zerstört, auch hier im Land. Wir haben schmerzhaft erleben müssen, dass das, was wir für selbstverständlich erachtet haben, ein Leben in Frieden und Freiheit und in Wohlstand, bedroht ist und dass eine Selbstvergesslichkeit, dass diese Bedrohung existiert, sich bitter rächen kann.

In 2022 hat Deutschland ebenfalls einen Preis gezahlt, einen ökonomischen Preis, über den hier in diesem Haus häufig diskutiert wurde. Viele Menschen hatten – und zum Teil haben sie es noch – reale Existenznot. Unternehmerinnen und Unternehmer fürchteten oder fürchten um den Fortbestand ihres Unternehmens. Hohe Inflationsraten, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gesehen haben, die Sorge vor einem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft – und in Teilen besteht es fort in der Sorge für das Jahr 2023 und folgend – all das hat die Debatte in Deutschland in 2022 geprägt.

Wir zahlen also einen Preis, einen ökonomischen, einen volkswirtschaftlichen und in gewissem Sinne auch einen gesellschaftlichen Preis. Aber ich will noch einmal unterstreichen, dass

diesen Preis nicht zu zahlen dramatisch viel schlimmer wäre.

Dieser Preis ist nichts im Vergleich zu dem, was die Menschen in der Ukraine erdulden müssen, was der Horror des Krieges und das Blutvergießen tatsächlich ausmachen. Wenn wir diesen Preis nicht bereit sind zu zahlen, also die Unterstützung für die Ukraine mit Sanktionen, mit militärischen Gütern, mit einer Umstellung der Energieinfrastruktur, nicht bereit sind zu zahlen, dann werden wir eine Schuld auf uns laden, dass Putin diesen Krieg zu seinen Bedingungen gewinnt. Und das darf nicht passieren.

Insofern – damit komme ich zu den ökonomischen Daten – muss man immer wieder einordnen, über was wir hier diskutieren im Verhältnis zu dem, was diese Zeitenwende, dieser Epochenbruch der Zeit ausgelöst hat. Vieles, was uns drückt und was die Menschen zu Recht besorgt und drückt, muss vor diesem größeren Bild gesehen werden. Das darf nicht vergessen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dieser Einordnung der innerdeutschen Debatte und der ökonomischen Debatte noch einmal eine Erinnerung an das, was – nur in ökonomischen

Zahlen – drohte: Es gab große Wirtschaftsinstitute und namhafte Forscher, die noch im Spätsommer gesagt haben: Wenn kein russisches Gas kommt – und wir wissen, dass es nicht mehr kommt –, könnte die deutsche Wirtschaft um bis zu 12 Prozent einbrechen. – Sie haben vielleicht die BIP-Entwicklung vor Augen, die Graphen mit diesem tiefen Keil in der Coronakrise. Das war ein Einbruch von knapp 6 Prozent. Im Grunde gibt es keine Grafik, die minus 12 Prozent auffangen könnte, weil dieser Einschnitt so tief gewesen wäre. Das sage ich nur, um uns noch einmal zu vergegenwärtigen, worüber wir mit guten Gründen im letzten Jahr gesprochen haben.

Die Zahlen im Jahreswirtschaftsbericht, die wir gestern vorgelegt haben, sind nicht gut; aber sie sind bei Weitem besser, als wir noch vor wenigen Wochen befürchten mussten. Wir haben diese Krise handhabbar gemacht. Wir haben den Trend der Inflation ge-

brochen. Wenn ich „wir“ sage, dann meine ich dieses Parlament, alle, die politische Entscheidungen tragen, und natürlich die Bundesregierung als ein Gremium, das die Entscheidungen vorbereiten muss. Vom Haushaltsgesetzgeber bis zu den Sozialpolitikerinnen und -politikern, vom Bund über Kommunen bis in die einzelnen Verbände hinein war dies eine große Gemeinschaftsleistung dieses Landes.

So gesehen hat Deutschland im letzten Jahr gezeigt, was es

kann, wenn es will, wenn Entschlossenheit, Bereitschaft, in die Verantwortung zu gehen, Entschlusstärke, auch der Mut, ins Risiko zu gehen, zusammenkommen. Die Geschwindigkeit, mit der Infrastrukturen aufgebaut wurden, die Bereitschaft, in kurzer Zeit große Gesetze zu schreiben und zu verabschieden, die Bereitschaft, große Geldsummen zu mobilisieren, um Wirtschaft und Verbraucher und Konsumverhalten zu stabilisieren, all das ist, auch im Vergleich mit der Coronapandemie, beispiellos gewesen, weil die Multi-Komplexität der Krisen, die Herausforderungen und die Dringlichkeit der Entscheidungen hier tatsächlich noch einmal ein ganz anderes Niveau erhalten haben.

Dass das möglich war, zeigt, wie stabil unsere Institutionen sind, wie leistungsfähig unsere Demokratie ist, wie leistungsfähig auch die gewählten Vertreterinnen und Vertreter sind. Ich glaube, dass der Jahreswirtschaftsbericht dieses Vertrauen in die Politik spiegelt, gleichzeitig reflektiert er aber die Unsicherheit, die aus Vertrauensverlust stammt. Es gibt im Jahreswirtschaftsbericht eine Grafik, die viel erklärt, und zwar auf Seite 141. Sie zeigt den ifo-Geschäftsklimaindex, also die Einschätzung der Unternehmerinnen und Unternehmer, wie sich die wirtschaftliche Lage entwickeln wird, sowie die Auftragsbestände, die Auftragseingänge und die Anlageinvestitionen. Während die sich weiter auf gutem Niveau – nicht da, wo wir hinwollen, aber auf gutem Niveau – nach oben hin entwi-

Fortsetzung auf nächster Seite

**Die Zahlen im Jahreswirtschaftsbericht, die wir gestern vorgelegt haben, sind nicht gut.**

ckeln, ist der Geschäftsklimaindex seit Februar in den Keller gerauscht.

Da kommt er jetzt wieder heraus. Wir sehen die Zahlen. Noch einmal: Sie sind nicht gut, nicht da, wo wir hinwollen, nicht so, dass man sich zurücklehnen kann, dass man durchatmen kann, aber wir sehen, dass die Tendenz wieder nach oben geht, zusammen mit der, wie soll ich sagen, Stabilisierung der energie- und wirtschaftspolitischen Erwartung für das Jahr 2023. Das lässt sich kaum anders begründen als mit dem Vertrauen der Wirtschaft in die politische Handlungsfähigkeit dieses Landes.

Wir können Krisen überwinden. Wir können uns unterhaken. Wir können nach kritischen Diskursen – so muss es sein – dann weitreichende Entscheidungen treffen. Das Vertrauen in die Bereitschaft, Krisen zu bewältigen, Krisen zu bestehen, das ist die Lektion des Jahres 2022, die uns auch für das Jahr 2023 und den Rest der Legislatur, für diese Dekade und darüber hinaus eine Lehre, aber eben auch eine Ermutigung sein kann.

In Zahlen ausgedrückt: Wir hatten im letzten Jahr ein Wachstum von 1,9 Prozent, also in einem extrem schwierigen Jahr immerhin ein gutes Wachstum von 1,9 Prozent. Ja, es ist richtig, in Teilen sind das Nachholeffekte nach der Coronapandemie. Anfang des Jahres war das Konsumverhalten gut, die Leute haben wieder Restaurants besucht, sie haben eingekauft und sich was geleistet. Wir sehen in den Daten, dass das Vertrauen, aber auch die Mittel für den Konsum schwinden. Da ist also eine Aufgabe für die Politik für das Jahr 2023. Sie ist aber adressiert. Mit den Entlastungspaketen wurde spezifisch auf die unteren Einkommensgruppen gezielt, und sicherlich sollten die weiteren Maßnahmen so ausgerichtet sein, dass speziell diejenigen, die das Geld nicht sparen oder zurücklegen können, sondern die das Geld ausgeben müssen, adressiert werden.

Wir haben einen Rückgang der Inflation zu verzeichnen auf 7,9 Prozent in 2022. Für 2023 erwarten wir eine Inflation von 6 Prozent im Jahresdurchschnitt. Diese 6 Prozent sind also der Jahresdurchschnitt. Wir werden jetzt noch höhere Inflationsraten haben, können aber dann im Jahr, so die Prognosen, die Inflation eindämmen; wir können, wie gesagt, den Trend brechen. Entscheidend wird sein, dass wir nicht nur bei den Energiepreisen die Preis-

spirale durchbrechen, sondern dass auch die Kerninflation runtergeht. Das probate Mittel dafür ist die Geldpolitik, also die Anhebung der Zinsen. Das tun die Zentralbanken. Sie sehen die Komplexität der Krise: Mit den höheren Zinsen sinkt natürlich die Investitionsbereitschaft in Anlageinvestitionen oder auch in die Bauwirtschaft. Insofern ist das ein fragiles Geflecht, ein fragiles Unterfangen, was wir dort haben, aber bisher haben wir uns ganz gut durchmanövriert, sodass wir also für das Jahr 2023 6 Prozent Inflation erwarten und dann für 2024 noch einmal niedrigere Inflationsraten bei höherem Wachstum.

Mit der Stabilisierung der Energiesituation und dem Rückgang der Gaspreise wird der Blick auch frei für die strukturellen politischen Aufgaben, die das Land ökonomisch, aber auch gesellschaftlich zu bewerkstelligen hat. In den Gesprächen mit den Unternehmerinnen und Unternehmern, aber auch mit den Gewerkschaften

wird eins immer deutlicher: Die nächste große Herausforderung – und sie ist eigentlich längst schon da – ist der Arbeits- bzw. Fachkräftemangel.

Im Grunde wird, wenn wir alles richtig machen würden – es ist natürlich unwahrscheinlich, dass das immer gelingt, aber unterstellt, dass politisch sehr große Erfolge erzielt werden –, die Frage sein: Gibt es genug Hände und Köpfe in diesem Land, die die ganze Arbeit ins Werk setzen? Das ist die große Aufgabe unserer Zeit.

Wie Sie wissen, haben wir den Jahreswirtschaftsbericht seit dem letzten Jahr um ein Sonderkapitel ergänzt, in dem wir die Wohlstandsindikatoren erweitern. Wir überführen diese Indikatoren Schritt für Schritt in den regulären Jahreswirtschaftsbericht. So finden Sie im Jahreswirtschaftsbericht 2023 einen Indikator aus dem letzten Jahr, nämlich das Auseinanderfallen von Frauenerwerbstätigkeit, die sich gut entwickelt hat, und dem Arbeitsvolumen, das Frauen leisten, das deutlich zurückfällt. Was heißt das? Viele Frauen arbeiten, aber sie arbeiten Teilzeit, sie arbeiten in Niedriglohnssektoren, sie schöpfen das Arbeitspotenzial – wenn man so technisch reden darf – nicht aus. Wir haben also gesellschaftlich noch immer die Aufgabe, die Gleichstellung zu vollenden.

Als Wirtschaftsminister muss ich sagen: Wenn Frauen oder auch Männer, die Kinder haben, die Familie haben, die arbeiten wollen, nicht arbeiten können, dann ist das ökonomisch falsch und nicht

hinnehmbar. Also die Aufgaben, die wir ideologisch diskutiert haben, und Gleiches könnte ich zum Bildungsbereich sagen oder zur Möglichkeit von Menschen, die als Asylsuchende zu uns gekommen sind und jetzt dem regulären Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Also, zu all dem, was wir ideologisch diskutiert haben, muss ich als Wirtschaftsminister sagen: Das können wir uns nicht mehr leisten. Wer sich hier verdient machen will, der soll hier auch was verdienen können, der – sie und er – soll auch arbeiten können. Wir können uns die Verschwendung von Talenten schlicht nicht leisten.

Zweiter Punkt, der Handel. Wir haben schmerzhaft gesehen, dass das Konzentrieren auf bestimmte Länder, dass das Abhängigmachen von ihnen ein hohes Risiko birgt. Das heißt umgekehrt: Wir müssen auch da – wie es jetzt immer heißt – diversifizieren, neue Handelsbeziehungen schließen. Im Jahr 2022 ist es gelungen, dass Deutschland seine handelspolitische Stimme endlich wiedergefunden hat. Nachhaltigkeit, soziale Kriterien, Klimaschutzkriterien und fairer Handel, schließen sich nicht aus. Sie können jetzt mit den Ausrichtungen, die wir vorgenommen haben, zusammengedacht werden. Nachdem wir in den Verhandlungen mit Mexiko, mit Chile, mit Neuseeland, mit Australien so gut vorangekommen sind, sollten wir sie – mit Blick auf die nächste Debatte – im Fenster nach der Wahl in Brasilien unter diesen Bedingungen natürlich auch mit anderen Ländern, auch mit Brasilien oder Argentinien voranbringen.

Dritter Punkt, die Wettbewerbsfähigkeit. Die Wettbewerbsfähigkeit muss über eine stabile und günstige Energieversorgung vorgebracht werden. Das heißt, wir müssen die Entscheidungen, die wir aus energiepolitischer oder klimapolitischer Sicht getroffen haben, jetzt noch einmal ökonomisch ausrichten. Die Vorteile der erneuerbaren Energien als Grundlage eines wettbewerbsfähigen Industriestrompreises müssen bei den Unternehmerinnen und Unternehmen ankommen, eine nicht triviale Aufgabe. Sie betrifft das Marktdesign, sie betrifft die Frage von Ausschreibungsmodellen, sie betrifft natürlich auch die Frage der Umsetzung. Sie ist also nicht trivial, aber wir werden sie im ersten Quartal angehen. Ich setze darauf, dass wir mit der gleichen Diskussionsfreude, aber auch mit der Entschlusskraft des letzten Jahres einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis für klimaneutrale Energieerzeugung ebenfalls ins Werk setzen.

Damit bin ich bei der zweiten

großen Krise neben dem Krieg. Das ist die Klimakrise. Diese Krise – wie schon mehrfach gesagt: das Klima hat ja gar keine Krise – wird die menschliche Gesellschaft in all ihren Facetten fordern. Es geht also nicht darum, das Klima zu schützen, sondern Wohlstand, humanen Wohlstand auf der Welt zu verteidigen und zu schützen bei einer global grassierenden, galoppierenden Erderwärmung. Diese Bundesregierung hat sich verpflichtet, das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Das ist natürlich erst einmal eine Veränderung des Diskurses, aber wir müssen darauf bestehen, dass wir alle Kräfte daran setzen werden, dieses Ziel umzusetzen. Es ist eine Verpflichtung, die wir eingegangen sind, und diese Verpflichtung muss erfüllt werden.

Wenn wir es richtig machen, dann ist diese Verpflichtung auch eine ökonomische Chance. Sie wird zu einer Erneuerung des Wohlstands führen – so der Titel des diesjährigen Jahreswirtschaftsberichts -: Erneuerung des Wohlstandes durch neue Produktionsformen, durch Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei Schaffung von neuen Wertschöpfungsketten.

Das Instrument dafür, neben dem Industriestrompreis, den ich bisher genannt habe, ist, die privaten Investitionen zu hebeln, zu beschleunigen, neu auszurichten. Das betrifft vor allem den größeren Mittelstand, wo die großen Investitionen teilweise nicht mit genug Kapital hinterlegt werden. Wir werden dafür Instrumente entwickeln. Das betrifft die Grundstoffindustrie, die so energieintensiv ist und bisher vor allem fossile Energieträger verbrannt hat und die deswegen durch den Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine in die Krise geraten ist. Diese Krise jetzt – ich will nicht zynisch sein – zu verwandeln in eine Offensive nach vorne, beispielsweise durch Nutzung von CO<sub>2</sub>-neutralen Produktionsprozessen in der Stahl-, in der Aluminium-, in der chemischen Grundstoffindustrie, das ist die Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Sie ist eine echte Chance, eine wettbewerbsfähige Chance für unsere Industrie.

Die neuen Techniken – Halbleiter, Batterien, Solarpaneele, Windturbinen, Elektrolyseure – in Europa und auch in Deutschland zu fertigen, also die neue Industrie – „neu“ kann man gar nicht mehr sagen, sondern die nächste Stufe der Industrie – hier anzusiedeln, im Wettbewerb mit dem amerikanischen Inflation Reduction Act – ich blicke auf die Debatte mor-

gen, in der wir tiefer darauf eingehen werden –, das ist die weitere Herausforderung.

Ich knüpfe an die Rede von Ursula von der Leyen in Davos an und unterstütze sie vollumfänglich. Neue Förderinstrumente, die sogenannten IPCEI-Projekte, die Ausweitung der Möglichkeiten, strategisch Resilienztechniken zu fördern, sodass wir uns bei der Produktion unabhängig machen von Ländern, die wir vielleicht nicht unbedingt bestim-

mtend in unserem Energie-, Gesundheits- oder Kommunikationssystem haben wollen, das ist eine Chance für die deutsche Wirtschaft. Wir werden den Wohlstand erneuern, wenn wir Klimaneutralität als echte Chance begreifen.

Auch im Energiebereich werden wir vorangehen. Ich kündige noch einmal an, dass wir weitere Schritte machen werden, um beispielsweise die Solar- und Windenergie zu beschleunigen, auszubauen, bürokratische Hemmnisse abzubauen. Wir werden zeitnah auf dieses Haus zukommen, indem wir – wir haben es jetzt „Solarpaket“ genannt – wahrscheinlich in zwei Tranchen ein Solarpaket 1, ein Solarpaket 2 und ein Windpaket schnüren werden, um noch einmal im Detail voranzukommen, angefangen bei der Normierung der Stecker bis zu den Genehmigungsverfahren oder den Normierungen von Anlagen.

Wir werden weitere Beschleunigungsmaßnahmen bei der Genehmigung erreichen. Wir werden den Hochlauf der Wasserstoffindustrie in diesem Jahr organisieren müssen, von der Infrastruktur über die Produktion bis zur Regulierung. Wir haben den Flächenentwicklungsplan zum Ausbau der Offshorewindenergie verabschiedet und sind im letzten Jahr weiter gekommen, als ich es zu träumen gewagt hätte: Wir wollten ja Fläche für 30 Gigawatt bis 2030 ausweisen; Fläche für 40 Gigawatt haben wir jetzt schon gefunden.

Erlauben Sie mir abschließend, um das zu unterstreichen, zwei Anekdoten von meinem gestrigen Abend zu erzählen. Erst war ich bei der Maritimen Konferenz mit Werften, Reedereien, Schiffbauern. Sie haben gesagt: Wir haben dort eigentlich eine echte neue Chance. Die Schiffe, die wir zum Transport von grünem Ammoniak brauchen, Plattformen, die offshore errichtet werden, die Wartungsschiffe, neue Antriebsformen, all das ist eine neue Chance für unsere alte, klassische und so häufig krisengebeutelte Industrie, wenn diese Regierung bei ihrem Plan bleibt, wenn die deutsche Politik bei ih-

**Wir sehen in den Daten, dass das Vertrauen, aber auch die Mittel für den Konsum schwinden.**

**Wir können uns die Verschwendung von Talenten schlicht nicht leisten.**

rem Plan bleibt. – Denn das sind ja Investitionen, die sich über Jahre, ja Jahrzehnte amortisieren müssen. Wenn wir den Plan permanent ändern, dann werden diese Unternehmen nicht investieren.

Danach war ich beim Bitkom; das darf man, glaube ich, sagen, das ist ja ein Verband. Da gilt

das Gleiche bei der Digitalisierung: Die Unternehmen stehen bereit, mit Smart Metering, mit neuen Geschäftsmodellen, mit der Verzahnung von einem neuen Energiekonzept neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, wenn die Politik bei ihrem Plan bleibt.

Deswegen abschließend: Was haben wir 2022 insgesamt gelernt? Dass Entschlossenheit, Verantwortungsbereitschaft, vielleicht altmodisch Disziplin, politische Disziplin, dazu führt, dass man Krisen bewältigen kann. Mit der gleichen Entschlossenheit, mit der gleichen

Disziplin, mit der gleichen Bereitschaft, Entscheidungen zu treffen, sollten wir 2023 weiterarbeiten. Dann werden wir den Aufschwung in diesem Land klimaneutral organisieren.

Danke schön.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Beifall bei der FDP – Alexander Dobrindt (CDU/CSU): Absoluter Tiefpunkt! – Dorothee Bär (CDU/CSU): Fassungslos lässt einen diese Rede zurück! So stellt sich die FDP Wirtschaft vor! Das ist beeindruckend! – Gegenruf des Abg. Dr. Lukas Köhler (FDP): Wieso? Ist doch super!)

Jens Spahn, CDU:

## Es geht um unseren Platz in der Weltwirtschaft



Jens Spahn (\*1980)  
Wahlkreis Steinfurt I – Borken I

Das Jahr 2022 war ein Krisenjahr. Doch es ist weniger schlimm gekommen als befürchtet, und dazu haben Sie – das erkennen wir als Opposition auch an – als Regierungskoalition Ihren Teil beigetragen. Das, Herr Minister, ist in Kurzzusammenfassung der Jahreswirtschaftsbericht.

Darüber, dass es besser gekommen ist als befürchtet, freuen wir uns. Wir wollen, dass es Deutschland gut geht. Gleichzeitig müssen wir aber auch festhalten: Weniger schlimm ist immer noch schlimm. Und – das haben Sie gerade selbst gesagt – es ist noch nicht gut.

Vor einem Jahr haben wir als Union an dieser Stelle, schon vor dem Krieg übrigens, vor den Gefahren der Inflation gewarnt. Knapp 8 Prozent Inflation in 2022, 6 Prozent erwarten Sie für dieses Jahr. Wo Sie da eine Trendumkehr erkennen – das ist die zweithöchste Inflation jedenfalls in meiner Lebenszeit hier auf Erden –, verstehe ich nicht. Das sind 14 Prozent in zwei Jahren. Das sind für einen Durchschnittsverdiener etwa 500 Euro weniger im Monat, die er zur Verfügung hat. Das ist die größte sozialpolitische Aufgabe, die es aktuell in Deutschland gibt; denn Inflation ist Raub am kleinen Mann. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie hier mehr zu diesem Thema gesagt hätten, statt es mit „Trendumkehr“ gesundzubeneten.

Die Menschen haben weniger

Geld in der Tasche; der Wohlstand ist nicht sicher. Von der konzentrierten Aktion des Bundeskanzlers haben wir schon ziemlich lange nichts mehr gehört. Und weil Sie selbst gerade die Debatte der letzten Tage zu den Panzerlieferungen angesprochen haben: Ob in der Wirtschafts-, in der Energie- oder eben auch in der Außenpolitik, das Muster ist ja immer das Gleiche: Wir erleben einen Streit in der Ampel, vornehmlich zwischen Grünen und der FDP mit zum Teil sehr klaren gegensätzlichen Äußerungen. Der Kanzler äußert sich gar nicht, zögert, zaudert. Am Ende kommt irgendwann überraschend eine Entscheidung, meistens zu wenig und zu spät. Das ist das Muster dieser Koalition bei der Frage der Waffenlieferungen, aber eben auch in der Wirtschaftspolitik, und das schafft Verunsicherung in Zeiten, in denen eigentlich Sicherheit, Planbarkeit und Verlässlichkeit nötig wären, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das Problem ist – ich sage das auch mit Blick auf das, was 2023 ansteht -: Die Art und Weise, wie hier Politik seitens der Ampel gemacht wird, wird die Unsicherheit verstärken, und das wird sich auch nicht ändern. So ist Deutschland im Jahr 2023 inzwischen ein Land im Wartezustand. Die Inflation wird erkennbar hoch bleiben – das sagen Sie auch in Ihrem Bericht –, und es droht eine langanhaltende Phase von Niedrigwachstum. Deswegen müsste sich diese Regierung ohne Wenn und Aber zu einer Wachstumspolitik bekennen.

Wachstum ist kein Selbstzweck, war es auch nie. Wachstum hat zu Wohlstand geführt, in Deutschland und weltweit. Wachstum hat zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu sozialem Aufstieg geführt. Wachstum und Wohlstand haben uns befähigt, sozialen Ausgleich zu schaffen, und befähigen uns, den Klimawandel zu meistern. Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts. Deswegen ist es okay, wenn Sie neue Indikatoren einführen; aber am Ende

des Tages kommt es vor allem auf wirtschaftliches Wachstum an. Glück zu messen, auch das kann man machen; die Debatten gab es ja. Glück zahlt aber keine Renten. Wir brauchen wirtschaftliches Wachstum, und das muss im Mittelpunkt eines Jahreswirtschaftsberichts stehen.

Da ist der Befund schwierig. Wir fallen in einem Standort-Ranking nach dem anderen zurück. Es ist aktuell nicht besonders attraktiv, in Deutschland zu investieren. Trotz Rekordbeschäftigung sinkt die Produktivität; das heißt, wir haben zwar mehr Menschen in Beschäftigung, wir stellen aber nicht mehr her. Wir haben also ein Problem bei der Produktivität, und deswegen braucht es eine konsequente Rückkehr zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik: um das Angebot auszuweiten, um den Standort attraktiv zu machen, um die Produktivität zu erhöhen. Leider findet sich dazu wenig Konkretes, und wir haben auch wenig dazu gehört.

Ein Beispiel. Die Regierung möchte – man achte auf die Wortwahl – „darauf achten“, Bürokratielasten zu begrenzen. Das Gegenteil ist passiert: Unternehmen müssen gerade in Deutschland zum Teil mit Excel-Tabellen und per Listen die Arbeitszeit dokumentieren. Stichpunkt „Arbeitsverträge“ – ich sage nur „Digitalisierung first, Bedenken second“ -: Arbeitsverträge müssen wieder ausgedruckt werden! Das haben Sie letztes Jahr hier beschlossen. Als wir in dieser Krise beantragt hatten, das Lieferkettengesetz, das auch den Mittelstand stark mit Bürokratie belastet, auszusetzen, haben Sie Nein gesagt. Sie sollen nicht „darauf achten“, keine Bürokratie zu machen; Sie sollen handeln, um Bürokratie abzubauen und nicht neu entstehen zu lassen. Setzen Sie in dieser schweren Zeit der Wirtschaftskrise endlich ein Belastungsmoratorium für Deutschland und die EU um!

Ein zweites Beispiel. Der Bericht besagt, man müsse in Zukunft auch privates Kapital mobilisieren. Wer die Marktwirtschaft vom Staat

her denkt, der hat sie nicht ganz verstanden. Investitionen sind nicht gleich Subventionen. Wir brauchen Investitionen und Innovationen durch Unternehmen. Das sind doch diejenigen, die zuvörderst hier bei uns in Deutschland in der Marktwirtschaft investieren sollen. Und da bin ich nicht ganz sicher, was „transformative Angebotspolitik“ – das Wort haben Sie gestern geprägt – eigentlich heißen soll. Es ist richtig, den Fokus stark auf Klimaschutz zu richten. Aber Investitionen in Klimaschutz alleine erhöhen unsere Produktivität nicht. Eine Form der Energieerzeugung durch eine andere Form der Energieerzeugung zu ersetzen, ist richtig im Sinne des Klimaschutzes; aber es macht uns als Land insgesamt mittel- und kurzfristig nicht reicher; es erhöht die Produktivität nicht. Deswegen, Herr Wirtschaftsminister, weiten Sie endlich Ihren Blick über dieses eine Thema hinaus! Die deutsche Wirtschaft braucht es dringend.

Ein drittes Beispiel. Angebote ausweiten, etwa bei der Energie: mehr Angebot, niedrigere Preise. Nach dem Bericht der Bundesnetzagentur werden von 2022 bis 2025 15 Gigawatt Leistung abgestellt, es kommen aber nur 3 Gigawatt dazu. Wie die 4 Gigawatt der Kernkraftwerke ab Ende April ersetzt werden sollen – wahrscheinlich durch Gasverstromung –, weiß so richtig kein Mensch. Der Chef der Bundesnetzagentur sagt, er freut sich darüber, wenn die französischen Kernkraftwerke wieder ans Netz kommen. Das ist okay. Noch mehr Freude in Deutschland und Europa, übrigens gerade bei den Stromkunden im Hinblick auf bezahlbare Preise, gäbe es aber, wenn die drei deutschen Kernkraftwerke

bis mindestens Ende nächsten Jahres am Netz blieben. Dafür sorgen Sie aber nicht, nach dem Motto „Lieber Kohle statt klimaneutral“. „Verlogen“ nennt das der Kollege Kruse von der FDP, und da hat er recht, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deswegen braucht es auch diese Debatte.

Nur ganz kurz zu den Arbeitsfachkräften, weil Sie das angesprochen haben. Zumutbare Arbeit gibt es in Deutschland gerade genug. Wir haben Millionen offene Stellen. In einer solchen Zeit machen Sie – da konnten wir das Schlimmste gerade noch verhindern – mit dem Thema Bürgergeld zwar kein bedingungsloses, aber ein ziemlich bedingungsarmes Grundeinkommen. In einer Zeit, wo es zumutbare Arbeit, Millionen Stellen en masse für erwerbsfähige Menschen in Deutschland gibt, handeln Sie in Ihrer Denke immer noch wie in den Zeiten von vor fünf und vor zehn Jahren. Kommen Sie endlich in den neuen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes an! Setzen Sie Anreize zum Arbeiten, und machen Sie in dieser Zeit nicht das Gegenteil!

Deswegen abschließend, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ja, die Ausgangslage in Deutschland ist besser als erwartet, und das Land ist eigentlich stark. Aber es braucht jetzt eine konsequente Politik für Wettbewerbsfähigkeit, für Wachstum. Es geht um unseren Platz in der Weltwirtschaft. Es geht darum, wie wir in fünf, in zehn Jahren dastehen. Sagen Sie ehrlich, was ist. Tun Sie entschlossen, was notwendig ist; sonst wird die Ampel selbst zum größten Standortrisiko.

(Beifall bei der CDU/CSU)



Das Braunkohlekraftwerk Jaenschwalde in Brandenburg versorgt rund sechs Millionen Haushalte mit Strom.

© picture alliance / Andreas Franke

Verena Hubertz, SPD:

## Wohlstand ist nicht nur BIP und Industrie



© Maximilian König

Verena Hubertz (\*1987)  
Wahlkreis Trier

Talkshows fordert und mal hier und mal da seine Meinung äußert. Diese Regierung aber, angeführt von einem Bundeskanzler Olaf Scholz, regelt die Dinge zusammen mit unseren Partnern und fordert eben nicht mal hier und da, das Gas abzudrehen, oder dies oder das. Wir handeln mit Verantwortung in dieser Zeit für die Menschen in der Ukraine, aber auch für die Menschen in diesem Land. Da bin ich sehr dankbar angesichts dieser Fraktion, aber auch angesichts dieses Handelns der Regierung.

Ja, das Jahr war anstrengend für die Wirtschaft. Wir haben keinen Einbruch erlebt – der Minister ist eben darauf eingegangen –, sondern sogar noch ein leichtes Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent. Da muss man sich ja auch die Frage stellen, warum wir einigermaßen gut durch diese Krise gekommen sind: eben weil wir eine Regierung haben, die handelt. Auf der einen Seite hat sie für Versorgungssicherheit gesorgt, indem wir die Gasspeicher vollgemacht haben. Auf der anderen Seite hat sie aber auch Hilfspakete geschnürt, und ganz zum Schluss hat sie für einen Abwehrschirm gesorgt mit Gaspreis-

bremsen, mit Strompreisbremsen, die den großen Unternehmen, den kleinen Unternehmen, aber auch den Menschen in diesem Land helfen, dass wir weiterhin gut durch diese Krise kommen.

Aber natürlich stehen wir nicht still, sondern wir blicken nach vorn. Dieser Wirtschaftsbericht gibt uns dort auch Hausaufgaben mit. Wir sind ein Land ohne Ressourcen wie Öl oder Gas. Unsere Ressourcen sind die Talente, die Köpfe, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir sind ein Land der Dichter und Denker und der Ingenieure. Wir brauchen aber gerade jede Menge Fachkräfte. Wir brauchen jede Menge Kräfte in diesem Arbeitsmarkt: Pro Jahr fehlen uns 400 000, die wir auch durch Zuwanderung hierhin bekommen wollen. Wie Sie vielleicht mitbekommen haben, haben wir letzte Woche hier die Fachkräftestrategie der Bundesregierung diskutiert. Diese Regierung sorgt nicht nur dafür, dass

wir hier gute Gesetze machen, sondern auch dafür, dass es praxisnah gelingt, dass Menschen hier im Land einen Arbeitsplatz finden.

Und: Ja, Sie mögen auf das Bürgergeld schimpfen. Aber, Herr Spahn, wenn Sie sagen, wir seien in der alten Zeit stehen geblieben, möchte ich doch mal hervorheben: Die alte Zeit hat nicht funktioniert, in der wir sanktioniert und „Jetzt mach mal hier oder da“ gesagt haben. Das neue Bürgergeld ist eine Weiterbildungsoffensive für die Wirtschaft, indem wir die Menschen an die Hand nehmen, indem wir für Aufstieg sorgen. Das ist doch genau das, was wir tun müssen: Alle in Arbeit bringen, die wollen und können.

Natürlich haben wir Rohstoffe, über die wir mit anderen Ländern verhandeln wollen. Wir haben letztes Jahr einen Haken hinter CETA gemacht. Wir diskutieren nachher Mercosur. Wir brauchen natürlich mehr Handel in Zeiten, wo sich die Welt weiterdreht, wo wir diversifizieren und uns breiter aufstellen müssen und wollen.

Natürlich sind die Zahlen so: Wir haben jetzt einen krassen Arbeitsmangel, und wir brauchen alle hier in diesem Land – gerade auch Frauen, die in der Teilzeitfalle festhängen, weil die Kinder-

betreuung noch nicht gut genug ist, und Menschen, deren Leben nicht immer nur eins oder null oder schön oder einfach ist, sondern bei denen verschiedene Probleme zusammenkommen.

Vielleicht haben Sie sich mal mit Menschen auseinandergesetzt, die Bürgergeld – vor Kurzem war es noch ALG II – beziehen. Es gibt sehr viele Menschen, die Grundsicherungsleistungen schon lange beziehen. Das betrifft auch ihre Kinder, die wir jetzt aber mit Ausbildungs- und Zuverdienstmöglichkeiten incentivieren, sodass sich Leistung lohnt. Daher gibt es ein Bildungsgeld, ein Qualifizierungsgeld. Ja, da packen wir an. Deswegen ist das Bürgergeld eine Trendwende.

Ich möchte abschließen mit dem Titel des Jahreswirtschaftsberichts, der da heißt: „Wohlstand erneuern“. Wohlstand ist nicht nur BIP und Industrie. Transformation ist nicht nur Digitales und Energie. Es geht doch darum, dass wir in diesem Land den Wohlstand erneuern, Aufstieg ermöglichen. Das sage ich hier auch als Gründerin, die durch ein gegründetes Unternehmen selbst gezeigt hat, dass in diesem Land jede Menge Innovation steckt. Da packen wir an – für die Wirtschaft, aber auch für die Menschen in diesem Land. Ich lade Sie gerne zur konstruktiven Mitarbeit ein.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Leif-Erik Holm, AfD:

## Wir sind international nicht mehr wettbewerbsfähig



© DBF/Julia Nowak

Leif-Erik Holm (\*1970)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Ansonsten sähe es schon sehr, sehr trübe aus in unserem Land.

Es ist kein Problem gelöst. Da müssten Sie endlich heran, und Ihr Bericht gibt das überhaupt nicht her. Sie servieren uns dieselbe Transformationssoße wie im letzten Jahr. Das wird die Lage nicht verbessern; es wird sie weiter verschärfen. Das können wir alle gemeinsam doch nicht wollen.

Was tun Sie gegen die Inflation? Nichts. Wir haben die Zahlen in Ihrem Bericht gesehen: 6 Prozent Inflation. Rechnen wir die Energieentlastungen auf Pump noch raus, sind wir bei 7,5 Prozent. Auf dem Sparkonto gibt es vielleicht 1 Prozent Zinsen, wenn es gut läuft. Das heißt, es gibt eine Geldentwertung von 5 oder 6 Prozent jedes Jahr für das bisschen Ersparnis, was wir haben. Dazu wird alles im Supermarkt teurer. Es ist ein Sozi-

alvernichtungsprogramm, und dagegen tun Sie bisher nichts.

Sie sehen die Daten. Die Brauer haben gerade gesagt: Das Bier wird teurer. – Nun können Sie sagen: Bier muss nicht jeder unbedingt trinken. – Das mag ja sein. Aber es ist viel dramatischer, auch bei unserem industriellen Rückgrat. Große Konzerne sind auf dem Absprung: BASF, Bayer, BioNTech. Die Deindustrialisierung unseres Landes läuft, und ich spüre hier in diesem Raum überhaupt keine Panik. Es scheint irgendwie so zu sein, dass das alles hingenommen wird. Das kann doch nicht sein!

Wir sind international nicht mehr wettbewerbsfähig. Die anderen machen uns langsam Licht ans Fahrrad. Dagegen müssen wir doch etwas tun, indem wir endlich unsere Rahmenbedingungen

in Deutschland verbessern und die Energiepreise runterbekommen, und zwar dauerhaft.

Was ist denn, wenn die Autoindustrie geht, wenn die Chemie Schritt für Schritt aus unserem Land verschwindet? Da bleibt am Ende niemand mehr, dem der Mittelstand irgendwas verkaufen kann. Der Mittelstand hat „lebenslänglich Deutschland“, der bleibt hier, der muss hierbleiben. Wenn die Großen raus sind, dann kommen die so schnell nicht wieder. Die Arbeitsplätze gehen verloren. Es kann so nicht weitergehen. Dagegen müssen Sie als Wirtschaftsminister jetzt endlich vorgehen.

Sie können gerne davon träumen, irgendwann mal die grüne Wirtschaftspartei zu werden, wovon ich heute gelesen habe. Das nützt Ihnen nur nichts, wenn die Wirtschaft bis dahin schon davongelaufen ist.

Nein, diese Krise ist so nicht beherrschbar – jedenfalls nicht,

wenn man selbst in dieser Lage glaubt, mit dem Hirngespinnst einer teuren Ökotransformation ins Energienichts weitermachen zu können. Sie setzen damit unseren Wohlstand aufs Spiel.

Es gibt viel zu tun. Es gibt so viele Dinge zu tun: den Ausbau der Infrastruktur – auch hier blockieren Sie, wie wir gerade sehen, im Straßenausbau –, den Bürokratie-

abbau. Anderswo werden Vorschriften abgebaut. Was passiert bei uns? Wir brauchen ein „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“; dieses Wortungestüm sagt eigentlich alles. Will jemand hier noch ernsthaft von Bürokratieabbau in Deutschland reden? Es passiert nichts in diesem Land.

Andere Länder sehen ein, dass der Ausstieg aus der Kernkraft Unsinn war, weil wir zu jeder Zeit ein ausreichendes Angebot an Energie brauchen. Wir müssen doch was tun, wenn wir sehen, dass in der Autoindustrie die Stromkosten für die Produktion eines Autos auf

**Wir sind ein Land der Dichter und Denker und der Ingenieure.**

**Andere Länder sehen ein, dass der Ausstieg aus der Kernkraft Unsinn war.**

800 Euro gestiegen sind. In den USA sind sie auch gestiegen, aber auf 250 Dollar. Dieser Unterschied macht doch klar: Wir können mit diesen Energiepreisen langfristig nicht leben. Die Energiepreise müssen runter; wir brauchen ein ausreichendes Energieangebot.

Deswegen müssen die vorhan-

denen Kraftwerke über den 15. April 2023 hinaus weiterlaufen, auch unsere Kernkraftwerke. Wir haben sichere Kraftwerke. Die Belgier machen es: Sie lassen sie zehn Jahre weiterlaufen – Kraftwerke, die weniger sicher sind als unsere. Warum, bitte schön, tun wir es nicht, wenn selbst Ihr Bundesnetzagenturchef sagt: „Das könnte

man doch eigentlich machen“? – Er hat es für die französischen Kraftwerke gesagt, die wir ja auch nutzen. Und wenn es für die französischen Kraftwerke gilt, dann gilt das für unsere sicheren Kernkraftwerke erst recht. – Nein, es ist Ihre Politik, die sich diesen Dingen verweigert. Sie verweigern eine rationale Energiepolitik, die not-

wendig ist, wie sie andere Länder um uns herum betreiben. Es wird vor Stromrationierungen gewarnt. Die Stadtwerke warnen vor dauerhaft verdoppelten Preisen bei Strom und Gas. Das alles passiert in unserem Land. Es ist Ihre falsche Politik.

Herr Minister, Sie verschwenden zu viel Zeit, neue rosarote Wohl-

fühlindikatoren für Ihren Wirtschaftsbericht zu entwickeln. Machen Sie lieber endlich Ihre Hausaufgaben, damit unsere Unternehmen hierbleiben können und unsere Arbeitsplätze in diesem Land erhalten bleiben.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Reinhard Houben, FDP:

## Das Pokern um die Standorte ist in vollem Gange



Reinhard Houben (\*1960)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

**W**ir sind gewachsen: Das Bruttoinlandsprodukt ist im vergangenen Jahr um 1,9 Prozent gestiegen. Wer hätte damit gerechnet, nachdem am 24. Februar Russland die Ukraine überfallen hat, nachdem am 23. Juni die Alarmstufe des Notfallplans Gas ausgelöst wurde, nachdem am 1. September die russischen Gaslieferungen endgültig gestoppt wurden?

Die Ampelkoalition befand sich drei Monate nach ihrer Amtsübernahme in einer der historisch schwersten Krisen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland und hat es geschafft, die Versorgung mit Kohle, Öl und Gas zu verändern, sodass wir nicht auf Lieferungen aus Russland angewiesen sind. Wir haben die LNG-Infrastruktur im wahren Sinne des Wortes aus dem Boden gestampft und damit eine Rezession verhindert. Ich kann mich an keine Bundesregierung erinnern, die vom Start weg so geliefert hat.

Und dennoch: Die Fortschrittskoalition würde ihrem Namen nicht gerecht werden, wenn sie hier aufhören würde. Im Gegenteil: Die Bundesregierung, besonders auch das BMWK, muss sich der Dynamik des letzten Jahres weiter widmen. Das Tempo und die Entschlossenheit beim Bau der LNG-Terminals dürfen keine einmalige Ausnahme sein, sondern müssen zum Regelfall bei Genehmigungsverfahren werden.

Nutzen wir diese Best Practice auch in anderen Bereichen, wie zum Beispiel bei der Sanierung und beim Ausbau der Schienen- und Straßeninfrastruktur.

Die Zeiten, in denen es reichte, nur mit der Schmalspurbahn zu fahren, sind zum Glück vorüber. Minister Habeck hat 2023 als das „Jahr der Industrie“ ausgerufen. Allein die Nachrichten dieser Woche zeigen, wie wichtig diese Prioritätensetzung ist. BioNTech kündigte an, seine kapitalintensive Krebsforschung künftig verstärkt in Großbritannien aufzubauen, um den bürokratischen Belastungen in Deutschland zu entgehen. Auch kündigte Ford an, bis zu 3 200 Stellen in Köln streichen zu wollen.

Zur selben Zeit legen die USA mit dem Inflation Reduction Act

ein Subventionsprogramm in bemerkenswerter Höhe auf. Meine Damen und Herren, sprechen wir es offen aus: Das Pokern um die Standorte ist in vollem Gange, und manche am Tisch spielen mit gezinkten Karten.

Umso wichtiger ist es, dass wir uns nicht mit dem Status quo abfinden. Wir brauchen eine Politik für den Standort, für die Unternehmen, die bereits ansässig sind, aber auch für Unternehmen, die nach Deutschland kommen wollen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage: Wie ernst meinen wir es mit dem Erhalt

**Wie ernst meinen wir es mit dem Erhalt der industriellen Substanz in Deutschland?**

der industriellen Substanz in Deutschland? Hilft es uns, wenn wir in der derzeitigen Lage Gesetze und Verordnungen beschließen, die den Unternehmen weitere Belastungen aufbürden? Das Lieferkettengesetz, das Energieeffizienzgesetz, die 11. GWB-Novelle, der Aufbau grüner Leitmärkte oder auch die REACH-Verordnung der EU, das alles sind sicherlich hehre Ziele. Aber ist es jetzt an der Zeit, sie umzusetzen? Sollten wir, da die Energiepreise sich noch nicht einmal auf ein „new normal“ festgelegt haben, nicht darüber nachdenken, wie wir den Industriestandort Köln – den Industriestandort Deutschland – weiter stärken? – Entschuldigen Sie, das ist das alte Ratsmitglied, das manchmal in bestimmte rhetorische Mechanismen verfällt.

Also, es stellt sich die Frage, ob wir in diesem Jahr, in diesem

schwierigen Jahr, das auf uns zukommt, nicht ein Belastungsmoratorium umsetzen sollten. Das wäre eine Frage, die wir debattieren müssen. Wir brauchen ein klares Commitment für Unternehmertum.

Liebe Freunde von der Union, die Sie jetzt klatschen, lieber Herr Spahn, von Ihnen kommt ja immer der Einwand „zu wenig und zu spät“. Ich erinnere mich an Debatten allein über das relativ überschaubare Thema CETA, wo Sie x-mal hier vorne gestanden haben und immer gesagt haben: „Zu spät, zu wenig“, x-mal. Mit Blick auf Ihre Regierungszeit muss ich Sie darauf hinweisen: Wir haben das Problem in einem halben Jahr gelöst. Wenn Sie so auftreten, sind Sie in der politischen Debatte einfach nicht glaubwürdig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei (CDU/CSU): Wir haben es ein Jahr beantragt, Sie haben es abgelehnt! Das ist die Wahrheit!)

Amira Mohamed Ali, Die Linke:

## Genug Ankündigungen, es müssen endlich Taten folgen!



Amira Mohamed Ali (\*1980)  
Landesliste Niedersachsen

**H**err Habeck, das war wieder sehr schöne Lyrik. Es war leider auch viel Schönfärberei dabei. Die Lage ist wesentlich ernster, als Sie sie darstellen, und Sie haben leider keinen vernünftigen Plan.

Laut dem Institut der deutschen

Wirtschaft rechnen über 70 Prozent der Unternehmen in unserem Land in diesem Jahr mit einem Rückgang oder bestenfalls mit einer Stagnation der Produktion. Was heißt das? Vielen Unternehmen droht das Aus, Tausende Beschäftigte bangen um ihren Arbeitsplatz. Da helfen keine salbungsvollen Worte, und da helfen auch keine Ankündigungen, Herr Habeck. Hier muss dringend gehandelt werden!

Ja, die Verhältnisse am Gasmarkt haben sich vorerst entspannt. Das liegt aber nicht an Ihrer Politik; das liegt an der geringeren Nachfrage, unter anderem wegen des bisher relativ milden Winters und wegen des Rückgangs in der Produktion.

Fest steht: Die Verbraucher haben von dieser Entspannung praktisch nichts; denn die wenigsten

Energieversorger kommen auf die Idee, die niedrigeren Preise an ihre Kunden weiterzugeben. Herr Habeck, das geht doch so nicht! Wieso halten Sie Ihre schützende Hand weiter über die Aktionäre der Energiekonzerne, die auf dem Rücken der Verbraucherinnen und Verbraucher ungebremst weiter Kasse machen? Das ist unerhört. Wir brauchen endlich eine funktionierende staatliche Preisaufsicht für Energie.

Und die Frage bleibt weiterhin: Wie wird die Energieversorgung in Zukunft sichergestellt? Sie sagen, es gibt bald mehr LNG-Gas. Zum größten Teil ist das übrigens umweltzerstörendes Fracking-Gas; es

**Wir brauchen endlich eine funktionierende staatliche Preisaufsicht für Energie.**

ist also alles andere als toll, Herr Habeck. Aber dieses Mehr an LNG-Gas wird wahrscheinlich aufgefressen werden durch die höhere Nachfrage aus China; denn die wird wieder anziehen nach dem Ende der Zero-Covid-Politik. Das wiederum wird dazu führen, dass Deutschland wieder Gas auf dem Weltmarkt aufkaufen muss zu jedem Preis, zu dem es da noch kommt, egal wie hoch er ist.

Das führt nicht nur zu höheren Preisen hier bei uns, das führt auch dazu, dass Länder des Globalen Südens – Südafrika, Indien – ernsthafte Versorgungslücken bekommen werden, weil sie sich diese hohen Gaspreise nicht leisten können. Das ist einfach unverantwortlich; ich muss es so sagen.

Aber ja, reden wir auch über die Ursachen. Natürlich: Putin hat mit seinem verbrecherischen Angriffs-

Fortsetzung auf nächster Seite

krieg diese Situation verursacht. Aber es sind Ihre kopflosen Energiesanktionen, die die Weltmärkte erst in dieses Chaos gestürzt haben; das ist leider die Wahrheit.

Und wenn Sie jetzt sagen: „Das war notwendig, um Putin den Geldhahn abzdrehen“, dann möchte ich Ihnen einmal zur Kenntnis geben: Deutschland kauft aktuell auch noch – das haben Zeitungen berichtet – russisches Gas, nur über Umwege, zum Beispiel über Belgien, und

russisches Öl kaufen wir auch noch, zum Beispiel über Indien – beides übrigens zu einem deutlich höheren Preis als im Direktbezug. Ich meine – nichts für ungut! –, wie dumm kann man eigentlich sein! Der Einzige, der darüber lachen kann, ist Putin. Den Menschen in diesem Land ist leider gar nicht zum Lachen zumute. Das ist die Wahrheit.

Im Schnitt müssen die Beschäftigten bereits jetzt mit einem Reallohnverlust von einem ganzen Monatsgehalt pro Jahr umgehen.

Sie können sich das vielleicht nicht vorstellen; aber das bringt viele in echte Existenznot. Der Deutsche Mieterbund warnt, dass Haushalte bis in die Mittelschicht hinein ihre Wohnkosten nicht mehr zahlen können, wenn die Heizkostenabrechnung für letztes Jahr zugestellt wird. Die Zeitung „The Economist“ erwartet sogar eine höhere Sterblichkeit wegen niedrigerer Raumtemperatur. So ernst ist die Lage.

Man muss einfach feststellen:

Andere Länder gehen da andere Wege, zum Beispiel die USA. Sie schaffen mit ihrem sogenannten Inflation Reduction Act wirtschaftliche Rahmenbedingungen, unter denen Unternehmen weiter im Land produzieren können, und sie investieren massiv und konkret in den Ausbau erneuerbarer Energien.

Herr Habeck, wo ist Ihr Plan? Sie kündigen an. Sie haben vor. Sie wollen dies und das machen. Aber das reicht nicht. Ankündigungen sind genug gesprochen,

es müssen endlich Taten folgen!

Wir stellen fest: Andere Regierungen achten darauf, keine Maßnahmen zu ergreifen, die ihrem Land selbst mehr schaden als Russland. Deutschland macht leider das Gegenteil. Es ist darum höchste Zeit für einen Kurswechsel. Die Menschen in unserem Land haben wirklich Besseres verdient.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Sandra Detzer, Bündnis 90/Die Grünen:

## Eine Sensation inmitten der Energiekrise



Sandra Detzer (\*1980)  
Landesliste Baden-Württemberg

Nüchtern betrachtet, ist 1,9 nur eine Zahl. Um 1,9 Prozent ist die deutsche Wirtschaft 2022 gewachsen. Faktisch ist das eine kleine Sensation inmitten der Energiekrise, am Ende einer Pandemie und in Zeiten gestörter Lieferketten.

Ich sage an dieser Stelle ein ganz herzliches Danke an alle Unternehmerinnen und ihre Beschäftigten; denn sie haben überlegt, wo sie Energie sparen können, sie haben rare Man- und Womanpower umgeplant, um Personalengpässe zu reduzieren, sie haben Lieferketten durchleuchtet und mit viel Fantasie und Pragmatismus Fehlendes ersetzt. Diese 1,9 Prozent, das ist ihr Erfolg, und der ist beeindruckend.

Ja, 2022 war alles anders als zuvor: Wir litten, wir waren verunsichert, wir kämpften uns durch. Dann aber haben wir uns entschlossen, haben entschieden und gehandelt. Und keiner machte das so überzeugend

wie unser Wirtschafts- und Klimaschutzminister Habeck. Er wollte nicht nach Katar fahren – und tat es trotzdem. Er stritt für die Gas-

umlage, als sich noch kein richtiger Weg abzeichnete, und dabei war er ein Beispiel für Offenheit, für Integrität und für Empathie. Danke für diese enorme Leistung!

Der Erfolg darf uns zuversichtlich machen, nicht jedoch träge. Die strukturellen Aufgaben in diesem Land sind im letzten Jahrzehnt nur unzureichend angegangen worden, und der Jahreswirtschaftsbericht benennt sie sehr deutlich: Wir brauchen mehr saubere, bezahlbare Energie, gezielte Anreize für Investitionen in Klimaschutz. Wir müssen Aus- und Weiterbildung fördern und selbstverständlich auch ausländische Fachkräfte gezielter anwerben. Chancengerechtigkeit, mehr strategische Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern, das sind die Aufgaben, die vor uns liegen. Wer den Bericht genau liest, der erkennt die zwei großen Linien, die die Arbeit der Koalition prägen werden: erstens die Transformation unserer Wirtschaft, besonders der Industrie, in eine fossilfreie, in eine klimaneutrale Zukunft, und zweitens die Stärkung unserer nationalen, unserer europäischen Souveränität in geopolitisch herausfordernden Zeiten. Beides, Transformation und Souveränität, ist nicht leicht erreichbar. Sie müssen deswegen

Leitbilder sein für alle Arten von staatlicher Regulierung: für das Steuer- und Abgabenrecht, für die Verteilung von Fördermitteln ebenso wie für das Wettbewerbsrecht – bis hin zu den Rechnungslegungsstandards.

Wenn die unterschiedlichen Regelungen nahtlos ineinandergreifen, dann entsteht Planungssicherheit für Unternehmen, dann wird

Bürokratie reduziert, und dann steht am Ende genau das Investitionsklima, das wir brauchen, um private Investitionen anzureizen, damit wieder Geld in sinnvolle Sachen gesteckt wird.

Nehmen wir das Beispiel Rohstoffsoveränität. Da ist es natür-

lich dringend geboten, unsere Abhängigkeiten, besonders bei den kritischen Rohstoffen, zu reduzieren. Deswegen unterstützt das BMWK Explorationsprojekte konkret und finanziell, knüpft internationale Rohstoffpartnerschaften – wie zum Beispiel jetzt mit Kanada – und verstärkt europäische Forschungsverbände wie den IP-CEI „EuBatIn“, um den Hochlauf der Kreislaufwirtschaft zu unterstützen.

Apropos Moderne. Ich kann mir zum Schluss eine Bemerkung nicht verkneifen: Die Atomkraft ist ein Fremdkörper in unserer

Marktwirtschaft. Ihre Risiken sind nicht versicherbar, und die Endlagerung ist betriebswirtschaftlich nicht darstellbar. Sie ist der Inbegriff einer Technologie, bei der Gewinne privatisiert und Kosten sozialisiert werden. Deswegen erwarte ich von allen glühenden Anhängerinnen und Anhängern Ludwig Erhards: Feiern Sie mit uns im April den endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft!

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Julia Klöckner, CDU:

## Wettbewerbsfähigkeit ist mehr als lediglich Energiepolitik



Julia Klöckner (\*1972)  
Landesliste Rheinland-Pfalz

Der Bundeswirtschaftsminister will im Jahreswirtschaftsbericht eine von ihm gemachte Trendwende erkennen, ganz gleich, was die realen Zahlen sagen. Herr Minister, Ihre ganz eigene Prognose, die überrascht uns dann doch. Da zaubern Sie in Ihrem eigenen Jahreswirtschaftsbericht einfach ein leichtes Wachstum von 0,2 Prozent aus dem Hut. Und Sie haben beschlossen: Die Rezession soll 2023 ausfallen. – Das wünschen wir uns alle; aber viele Fachinstitute sehen das anders.

Ich muss ehrlich sagen: Wer im April die Korken knallen lassen

will wie die Grünen, weil die Kernkraft abgeschaltet wird, der feiert nur sich selbst, der feiert nicht Deutschland, der ist ignorant gegenüber all denen, die die Tür abschließen mussten, weil sie sich diese Energiepreise hier in Deutschland nicht mehr leisten können.

So viel ist auch klar: Wenn die Inflation sinkt, dann sinken die Preise nicht. Sie steigen dann nur langsamer. Viele Unternehmen und Betriebe stecken nach wie vor in der Kostenfalle; die Inflation belastet die Wertschöpfungsketten, und die Konsumlaune ist nach wie vor schlecht. Gleichzeitig verliert unser Standort massiv an Bedeutung. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung warnt: Deutschland ist nur noch auf Platz 18 von 21 Ländern. Hinter uns liegen Ungarn, Spanien und Italien.

Herr Bundeswirtschaftsminister, von Ihnen haben wir dazu nichts gehört. Wettbewerbsfähigkeit ist mehr als lediglich Energiepolitik. Bevor Sie wieder mit dem Finger auf uns zeigen – „16 Jahre Union“ –, hier einige Fakten zu 16 Jahren Union. Wir als Union haben Deutschland zum Wachstumsmo-

tor in Europa gemacht; 2005 lag das BIP noch bei 2,3 Millionen Euro – Billionen; ich habe mich versprochen –, 2021 bei etwa 3,6 Billionen Euro. Aber ich freue mich, Herr Houben, dass Sie uns zustimmen, dass das unter Unionsregierung so geklappt hat.

Wir haben die Arbeitslosigkeit in Deutschland halbiert – von rund 12 Prozent in 2005 auf 5,7 Prozent in 2021. Die Menschen haben davon profitiert. Die Nettolöhne sind von 2005 bis 2021 um rund 40 Prozent angestiegen. Das ist aktive Wirtschaftspolitik; das sind Rahmenbedingungen für Wachstum, Herr Minister. Und Rahmenbedingungen für Wachstum sind eben mehr als Energiepolitik. Wir denken Wirtschaft, Umwelt und Klima zusammen und reduzieren eben nicht wie Sie den Jahreswirtschaftsbericht auf einen reinen Ökobericht. Das ist falsch.

Wer Wohlstandskriterien beim Wachstum dazunimmt, der sieht Wachstum dort, wo es kein Wachstum gibt. Das ist ein Problem, genauso wie es ein Problem ist, dass Sie auch das Messen von Bürokratie verändern wollen, damit Bürokratie bei Ihnen nicht

mehr auf dem Papier steht, obwohl Bürokratie bei den Unternehmen erhalten bleibt. Das ist fahrlässig. Wir sagen sehr klar: Fangen Sie an, Bundeswirtschaftsminister zu sein, und seien Sie nicht jemand, der schöne Geschichten erzählt! Am Ende weiß keiner, wie hier die Mieten bezahlt werden sollen und wie hier Fachkräfte die Arbeit leisten, die Ihre neue Industrie, von der Sie immer sprechen, dann auch braucht.

Ich kann Ihnen auch sagen: „Aktive Wirtschaftspolitik“ hieß unter Unionsregierung: Wir haben drei Bürokratieentlastungsgesetze auf den Weg gebracht; wir haben die Steuern für Unternehmen auf

unter 30 Prozent gesenkt; das Fachkräfteeinwanderungsgesetz war ein Meilenstein, Digitalisierungsgesetz, Zukunftsfonds, ja, und auch die Coronakrise, die haben wir angepackt. Wir haben nicht alles richtig gemacht. Aber wir haben nicht gezauert; wir haben nicht gezögert. Wir haben gehandelt.

Das ist das Gegenteil von dem, was Sie machen. Sie haben sich – wie Jens Spahn sagte – einen Blankoscheck unterzeichnen lassen und Förderprogramme auf den Weg gebracht, die kein Mensch will, die kein Mensch abruft. Am Ende ist es nicht die Zahl auf Ihrem Papier, die zählt,

sondern die Wirtschaft, die ganz real in unserem Land mit der Wettbewerbsfähigkeit zu kämpfen hat.

Ich frage mich: Wo bleibt denn der deutsche Wirtschaftsminister bei Ankündigungen von Unternehmen, ganz konkret wie BASF, BioNTech oder Bayer, die ihre Forschungsparten nicht in Deutschland ausbauen, sondern ins benachbarte Ausland gehen? Wo bleibt hier der Wirtschaftsminister, der sich um diese Unterneh-

men kümmert, der nicht nur Windkrafthersteller besucht, sondern auch die Industrie, die bei uns Arbeitsplätze schafft, Wohlstand schafft und für Wachstum sorgt? Herr Minister, auch das wünschen wir uns.

Die Investitionsbereitschaft, die wollen wir ankurbeln. Was Sie aber wollen, ist, dass am Ende vorgegeben wird, wer was wie zu investieren hat. Ich schaue mir einfach mal an, was Sie sanktionsbewehren wollen, oder ich

schaue mir die Bürokratie an.

Damit komme ich zum Schluss. Die Bürokratiekosten für Unternehmen sind unter Ihrer Regierung um 63 Prozent gestiegen. Sie wollen jetzt die Beurteilungsmaßstäbe für Bürokratiekosten ändern. Da kann ich Ihnen nur sagen: Ein Belastungsmoratorium bedeutet das Beenden von Belastungen und nicht Schönrechnen und Schönreden. Wirtschaft heißt ganz real „hier bleiben“, „made in Germany“ und sich nicht das Land schönreden, und am Ende gehen die Lichter aus.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bernd Westphal, SPD:

## Deutschland braucht Direktinvestitionen aus dem Ausland



Bernd Westphal (\*1960)  
Wahlkreis Hildesheim

Trotz paralleler, schwerer Krisen ist die deutsche Wirtschaft robust. Sie ist mit 1,9 Prozent Wirtschaftswachstum gut durch das letzte Jahr gekommen. Und auch die Prognosen für dieses Jahr sind – obwohl wir die Krisen noch nicht überwunden haben – positiv.

Woran liegt das? Sicherlich sind viele richtige, kluge Programme auf den Weg gebracht worden. Die Ampelregierung kann Krisenmanagement. Diese Programme entfalten ihre Wirkung, und das schafft Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern, aber natürlich auch in der Wirtschaft. Das ist der eine Punkt.

Aber der zweite Punkt ist viel wichtiger. Es sind die fleißigen, guten, qualifizierten und motivierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land, die mit ihrer Arbeit dazu beitragen, dass wir diesen Wohlstand, dieses Wirtschaftswachstum erreicht haben, meine Damen und Herren.

Während Frau Klöckner und die Unionsfraktion Fragebogen an Unternehmensverbände und Unternehmen verschicken, um mal anzufagen, was für Probleme es gibt, kann ich Ihnen sagen: Das ist zu spät und zu wenig. Während Sie Fragebogen verschicken, lösen wir Probleme. Wir machen Krisenmanagement. Wir organisieren Transformation.

Das, was wir mit „Transformation“ meinen, hat zum Ziel, die soziale Marktwirtschaft und die ökologische Marktwirtschaft zusammenzubringen. Deshalb, Herr Spahn, reicht es nicht aus, nur ein investitionsfreundliches Umfeld zu schaffen, sondern man muss natürlich auch dafür sorgen, dass wir einen gesellschaftlichen Zusammenhalt haben. Deshalb ist es richtig, dass wir Bürgergeld und Mindestlohn und diese Dinge auf den Weg bringen. Das gehört zur erfolgreichen Wirtschaftspolitik dazu. Das unterscheidet uns von

Ihnen in der Denke, wie man dieses Land nach vorne bringt.

Es ist schon viel von Transformation gesprochen worden, auch hier vorne an diesem Rednerpult. Natürlich müssen erneuerbare Energien ausgebaut werden – auch das, was mit dem Wasserstoffhochlauf in der Nationalen Wasserstoffstrategie nach vorne gebracht werden kann, auch das, womit wir, durch Digitalisierung, künstliche Intelligenz und andere Programme, die Unternehmen in die Lage versetzen, international ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Das ist genau das, was wir

auch mit dem Schutzschirm von 200 Milliarden Euro an Sicherheit, an Zuversicht, an Stärke für diesen Wirtschaftsstandort von politischer Seite leisten, und das ist etwas, was diese Bundesregierung auszeichnet im Krisenmanagement.

Wir brauchen aber auch eine Antwort auf den Inflation Reduction Act; der ist schon mehrmals beschrieben worden. Aber ich will auch sagen: Das kann nicht die Antwort Europas sein. Wir werden unsere Märkte nicht abschotten. Deutschland ist eine der offensten

Marktwirtschaften der Welt. Wir brauchen Direktinvestitionen aus dem Ausland.

Die Amerikaner verstoßen in vielfacher Weise gegen WTO-Regeln. Auf der einen Seite kann man froh sein, dass Klimaschutz endlich auch dort wieder auf die Agenda gerückt ist. Aber so, wie es die Amerikaner machen, sollten wir es nicht machen. Wir brauchen nicht „USA First“ und auch nicht „Europa First“. Wir brauchen „Europa Fast“. Deshalb, Herr Wirtschaftsminister, müssen wir viele Regelungen im Bereich der Investitionen, die wir flankieren wollen, vereinfachen.

Letzter Punkt, meine Damen und Herren. Der Fachkräftebedarf ist enorm. 100 Milliarden Euro sind im letzten Jahr an BIP-Leistung verloren gegangen, weil wir keine Fachkräfte haben. Deshalb müssen uns die Zahlen -1,2 Mil-

lionen nicht besetzte Stellen – schon Sorgen machen. Wir werden Wirtschaftswachstum in Zukunft nur realisieren können, wenn wir gut ausgebildete Fachkräfte in Deutschland haben. Wir müssen also unser Bildungssystem dementsprechend flankieren und verbessern, aber auch Zuwanderung ermöglichen. 400 000 Arbeitskräfte pro Jahr sind notwendig, um unser Wirtschaftssystem stabil zu halten. Deshalb werden wir in dieser Koalition auch dafür sorgen, diese Rahmenbedingungen zu verbessern. Wir brauchen ein investitionsfreundliches Klima für klimafreundliche Investitionen.

Herzlichen Dank. Und Glück auf!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Karsten Hilse, AfD:

## Wir müssen 2023 wieder in die Kernenergie einsteigen



Karsten Hilse (\*1964)  
Wahlkreis Bautzen I

Zu Beginn der Realitätsscheck: Verbrauch in Deutschland, 7 Uhr: 63 Gigawatt. Konventionelle Kraftwerke 49 Gigawatt, Wind und Sonne 3,5 Gigawatt.

Kommen wir zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates. Im Kapitel 5 wird die Energiekrise behandelt. Es wird auch beschrieben, wie diese behoben werden soll: mit der Verdreifachung der Nennleistung von Photovoltaik- und Windindustrieanlagen von 128 auf dann 360 Gigawatt Nennleistung. Allein die Photovoltaikanlagen sollen dann eine Nennleistung von circa 230 Gigawatt haben. Aber wie viel Strom werden sie real liefern? Heute früh um 7 Uhr lieferten knapp 70 Gigawatt Nennleistung 0 Gigawatt. Sollte es der Bundesregierung nicht gelingen, bis 2030 auch nachts die Sonne scheinen zu lassen, werden die dann 230 Gigawatt Nennleistung am 26. Januar 2030 um 7 Uhr – genau, Sie ha-

ben es erraten – 0 Gigawatt liefern.

Ich weiß, dass die grünen Kommunisten mit Physik auf Kriegsfuß stehen; aber hier offenbart sich auch eine Mathematikschwäche. 70 mal 0 ist 0, genauso wie 230 mal 0.

Bevor Frau Nestle wie in der letzten Sitzung wieder herumschreit, dass Wind und Sonne vor drei Wochen doch 30 Gigawatt geliefert hätten: Erstens. Strom muss genau in dem Moment zur Verfügung gestellt werden, in dem er gebraucht wird. Zweitens. Elektrische Energie kann man nicht speichern. Sie können, so wie Sie es vorhaben, die elektrische mit ho-

Fortsetzung auf nächster Seite

hen Verlusten in chemische Energie umwandeln, zum Beispiel in Wasserstoff. Dabei gehen allerdings bei Verwendung von sogenannten Erneuerbaren circa 75 Prozent der Eingangsenergie verloren. Zudem hat Wasserstoff eine geringe Energiedichte.

Die höchste Energieausbeute haben Kernkraftwerke. Bei der Spaltung eines Atoms wird mil-

lionenmal so viel Energie wie bei der Verbrennung eines Wasserstoffatoms nutzbar gemacht.

Bei der Produktion von Wasserstoff mit sogenannten Erneuerbaren ergibt sich ein bis zu 1 000-mal höherer Flächenverbrauch. Es wäre also verantwortungsvoll, Herr Minister, wenn im nächsten Jahreswirtschaftsbericht stände: Im Jahre 2023 sind

wir aus Vernunftgründen wieder in die Kernenergie eingestiegen.

Preiswerte und jederzeit zur Verfügung stehende Energie ist der Schlüssel zu einer funktionierenden Wirtschaft und damit zu Wohlstand und der Möglichkeit, die Produktion minimalinvasiv zu gestalten. Sie machen genau das Gegenteil: Sie verknapfen und verteuern Energie.

Sie wird maximalinvasiv produziert und zerstört damit die Lebensräume unserer Flora und Fauna. Aber bald müssen wir uns ja darüber keine Gedanken mehr machen. Wenn der Krieg, den Sie mit der Lieferung von Kampfpanzern befeuern, anstatt einen diplomatischen Ansatz zu finden, wegen unserer offensichtlichen Kriegsbeteiligung

nach Deutschland kommt, müssen wir uns über Wasserstoffstrategien und sonstigen Firlefanz keine Gedanken machen. Sagen Sie dann aber nicht: Das konnte keiner ahnen.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle (fraktionslos))

Dr. Lukas Köhler, FDP:

## Den Standort Deutschland dürfen wir nicht verlieren



Lukas Köhler (\*1986)  
Landesliste Bayern

Ludwig Erhard hat mal gesagt: „Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch.“ Ich glaube, dass wir an einem Stand in der Geschichte sind, wo wir diese Idee wieder ganz nach vorne stellen müssen, wo die Frage, wie der Wirtschaftsstandort Deutschland aufgebaut ist, wie er in die Zukunft blickt und wie er ausgestaltet wird, eine Frage ist, die wir jetzt klären können. Das ist doch genau das, was wir in der Politik tun müssen: Standortfaktoren, Rahmenbedingungen, Wirtschaftspolitik so zu organisieren, dass das, was dieses Land am Laufen hält, nämlich eine gut funktionierende Wirtschaft, in den Vordergrund gestellt wird.

Der Jahreswirtschaftsbericht zeigt gute Zahlen auf. Es ist erfreulich, dass wir es, was das Wachstum angeht, geschafft haben, dass es im letzten Jahr und in diesem Jahr voraussichtlich zumindest eine Stagflation und keine Rezession gibt. Das ist gut, und das ist insbesondere auch ein Erfolg der Wirtschaft in diesem Land, der Schaffenskraft der Menschen, und das ist auch ein Erfolg der Politik. Natürlich ist es richtig gewesen, im letzten Jahr die Maßnahmen zu ergreifen. Aber wir müssen doch jetzt in die Zukunft blicken. Wir müssen jetzt darüber nachdenken: Wie kommen wir eigentlich in eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik? Da freue ich mich, dass wir das als Ampel ge-

meinsam sehen und sagen: Ja, Standortfaktoren müssen in den Vordergrund gerückt werden. Wir brauchen günstige Energie, wir brauchen Fachkräfte – und das nicht nur auf dem Papier, sondern real hier vor Ort.

Wir haben im Moment ungefähr 2,3 Millionen Arbeitslose. Wir haben 1,9 Millionen offene Stellen. Jetzt muss man davon ausgehen, dass nicht jeder Mensch, der nicht arbeitet, einfach so arbeiten könnte. Es gibt Faktoren, es gibt Dinge, die die Menschen davon abhalten. Es gibt einen guten Grund, und davor muss man Respekt haben. Das heißt, wir haben eigentlich mehr Arbeitsplätze, als wir Menschen haben. Da ist es doch absurd, sich gegen eine funktionierende Fachkräftestrategie zu stellen, sich dagegenzustellen, dass wir Menschen in dieses Land holen, und sich auch dagegenzustellen, dass wir die Gleichstellung, die gerade angesprochen wurde, so ausgestalten, dass auch Frauen in eine Erwerbstätigkeit kommen, dass wir wieder mehr

Arbeitsstunden haben.

Aber am Ende des Tages werden wir damit nicht alle diese Probleme lösen können. Wir müssen in Deutschland dafür sorgen, dass die Produktivität steigt. Und nur durch funktionierende Angebotspolitik wird das auch klappen. Das heißt: weniger Bürokratie, weniger Steuern und Abgaben, mehr Digitalisierung, mehr Automatisierung. Das heißt aber auch und vor allem, dass wir die Probleme schnell und gezielt angehen. Denn eins ist klar: In diesem Land mangelt es nicht an Kapital. Das ist eine gute Nachricht. Wir haben genügend Leute, die investieren wollen. Wir haben genügend Kapitalsammelstellen. Wie klug wäre es denn, wenn wir die Versicherungen und die Pensionskassen auch in deutsche Infrastruktur investieren lassen? Wie klug wäre es, wenn wir das

Kapital, das wir in Deutschland haben, heben würden, um wirklich in die Zukunft zu investieren und dafür zu sorgen, dass wir die Energieinfrastruktur ausbauen, dafür zu sorgen, dass wir mehr von dem, was wir benötigen, bekommen – und das auch noch schneller?

Aber natürlich müssen wir weltweit zusammenwachsen. Wir haben eine Handelspolitik, und es ist gut, dass wir heute auch noch über Mercosur reden. Aber wir haben auch schon einige wichtige Schritte im letzten Jahr geschafft. Nachdem das jahrelang nicht geklappt hat, schaffen wir es endlich, CETA zu ratifizieren. Wir schaffen es endlich, dass es zu einem Umdenken in den wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA kommt. Wir schaffen es endlich, dafür zu sorgen, noch viel mehr Freihandelsabkommen zu schließen. Denn ja, am Ende des Tages brauchen wir neue Märkte. Wir müssen uns diversifizieren.

Wir müssen uns auch mit China auseinandersetzen. Das heißt nicht, dass wir kein Wachstum mehr in China oder mit China wollen, sondern das bedeutet, dass wir andere Wachstumsgrö-

ßen wie Afrika für uns erschließen wollen, dass wir neue Märkte brauchen, dass wir aber auch neue Rohstoffquellen brauchen. Und ja, diese Rohstoffquellen liegen auch in Deutschland. Wir haben Gas in Deutschland, und wir haben Lithium in Deutschland. Deswegen freue ich mich darüber, dass wir eine funktionierende, eine anständige Rohstoffstrategie angehen werden, und ich freue mich darüber, dass wir auch die heimische Förderung in den Blick nehmen wollen. Den Standort Deutschland dürfen wir nicht verlieren. Denn am Ende des Tages zählt, dass wir das Geld, das wir ausgeben wollen, auch einnehmen, und das macht in Deutschland die Wirtschaft für uns.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Wir müssen in Deutschland dafür sorgen, dass die Produktivität steigt.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Felix Banaszak (Bündnis 90/Die Grünen), Hansjörg Durz (CSU), Gabriele Katzmarek (SPD), Robert Farle (fraktionslos), Sebastian Roloff (SPD), Katharina Beck (Bündnis 90/Die Grünen) und Nina Scheer (SPD).



Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck gibt im Plenum eine Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht ab. Im Mittelpunkt stehen dieses Jahr die aktuelle Konjunkturlage, künftige Herausforderungen der Wirtschaftspolitik und die Energiekrise.

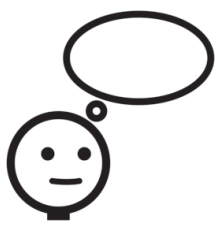
© picture alliance/dpa | Bernd von Jutrczenka



leicht  
erklärt!

# Homo-Sexualität in der Nazi-Zeit

Gedenk-Tag für die Opfer des National-Sozialismus



Am letzten Freitag war ein Gedenk-Tag.

An Gedenk-Tagen erinnert man sich zum Beispiel an besondere Ereignisse. Oder an besondere Personen.

Bei dem Gedenk-Tag am Freitag ging es um die Opfer der Nazi-Zeit.

Vor allem um homo-sexuelle Menschen, die zu Opfern wurden.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Was war die Nazi-Zeit?
- Was ist mit Homo-Sexuellen in der Nazi-Zeit passiert?
- Wie wird an diese Zeit erinnert?

## Herrschaft der Nazis

In den Jahren von 1933 bis 1945 herrschte in Deutschland eine Gruppe mit dem Namen National-Sozialisten.

Abgekürzt nennt man sie auch: Nazis.

Ihr Anführer war Adolf Hitler.

Die Nazis hatten ganz bestimmte Meinungen.



Sie dachten zum Beispiel:

- Die Deutschen sind besser als alle anderen Menschen auf der Welt. Andere Menschen sind weniger wert.
- Deutschland hat das Recht, gegen andere Länder zu kämpfen und sie zu erobern. Denn andere Länder sind weniger wert.
- In Deutschland soll es einen Mann geben, der das ganze Land anführt. Er soll alles bestimmen. Alle müssen auf ihn hören. Niemand darf ihm widersprechen.

Die Nazis haben aus Deutschland eine Diktatur gemacht.

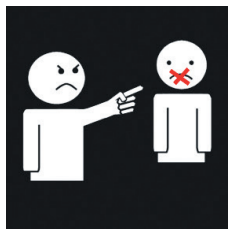
Eine Diktatur ist eine Art, wie ein Land geführt werden kann.

In einer Diktatur herrschen wenige Menschen über das ganze Land.

Die meisten Menschen können im Land nicht mitbestimmen.

Sie können nicht die Politiker wählen, die sie wählen wollen.





Die Politiker in einer Diktatur bestimmen auch sehr stark über das Leben von ihren Bürgern.

Und die Menschen dürfen ihre Meinung nicht sagen.

Die Nazi-Zeit war furchtbar für Deutschland und für ganz Europa.

Die Nazis und ihre Helfer haben viele schreckliche Dinge getan.

Sie haben zum Beispiel den Zweiten Welt-Krieg begonnen.

Und sie haben viele Menschen verfolgt.

Denn sie glaubten: Diese Menschen gehören nicht zu Deutschland.

Zum Beispiel:

- Menschen, die eine andere Meinung hatten als die Nazis
- Juden
- Menschen mit Behinderung



### Verfolgung von homo-sexuellen Menschen in der Nazi-Zeit

Die Nazis haben auch homo-sexuelle Menschen verfolgt.

Also Männer, die Männer lieben. Und Frauen, die Frauen lieben.

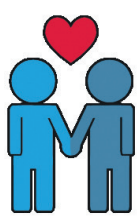
Vor allem gegen homo-sexuelle Männer gingen sie vor.

Sie waren der Meinung:

Homo-sexuelle Männer sind keine echten Männer.

Sie könnten das öffentliche Leben in Deutschland schädigen.

Und sogar den Staat zerstören.



### Gesetz gegen Homo-Sexuelle

Schon vor der Nazi-Zeit war Sex zwischen Männern in Deutschland verboten.

So stand es im Gesetz.

Im Jahr 1935 haben die Nazis das Gesetz strenger gemacht.



Nun war nicht nur Sex verboten, sondern auch viele andere Handlungen zwischen Männern.

Zum Beispiel war gegenseitige Selbst-Befriedigung nun verboten. Aber auch Streicheln, Umarmen und Küssen.

Zum Teil wollte man Männer sogar bestrafen, wenn sie andere Männer nur auf die falsche Weise anschauten.



Für Frauen galt das Gesetz in Deutschland allerdings nicht.

Nur in Österreich waren sexuelle Handlungen zwischen Frauen verboten.

Aber: Auch Frauen wurden wegen dem Gesetz verurteilt.

Zum Beispiel wurde dann behauptet: Sie haben Männern geholfen, miteinander sexuelle Handlungen auszuführen.

Außerdem wurden homo-sexuelle Frauen im Alltag oft schlechter behandelt.

### Viele Männer vor Gericht

Durch das strengere Gesetz kamen plötzlich viel mehr Menschen vor Gericht.

Und viel mehr wurden verurteilt.

Im Jahr 1932 wurden in Deutschland zum Beispiel ungefähr 8-Hundert Menschen wegen Homo-Sexualität verurteilt.

Im Jahr 1937 waren es 8-Tausend.

Von 1933 bis 1945 wurden über 50-Tausend Männer wegen Homo-Sexualität verurteilt.

Dabei mussten die Männer gar nicht wirklich homo-sexuell sein.

Oft wurde jemandem einfach vorgeworfen, er wäre homo-sexuell.

Auf diese Weise wollte man ihn ins Gefängnis bringen.



## Konzentrations-Lager

Die verurteilten Männer kamen meist ins Gefängnis.

Ungefähr 5-Tausend bis 15-Tausend Männer kamen aber in Konzentrations-Lager.



Konzentrations-Lager sind spezielle Einrichtungen.

Sie bestehen aus verschiedenen Gebäuden, Zäunen und Wach-Türmen.

Die Nazis haben sie gebaut, um dort Leute einzusperren, die sie nicht haben wollten.

In den Konzentrations-Lagern herrschte Gewalt.

Die Gefangenen mussten hart arbeiten.

Sie wurden misshandelt.

Sehr viele Menschen starben durch die Zustände dort.

Im Konzentrations-Lager mussten homo-sexuelle Männer an ihrer Kleidung oft ein Zeichen tragen.

Und zwar ein rosafarbenes Dreieck.

Dadurch wusste jeder: Diese Männer sind hier, weil sie von den Nazis als homo-sexuell betrachtet werden.

Für diese Männer war das Leben im Konzentrations-Lager besonders hart.

Viele Tausend von ihnen sind dort gestorben.

## Gedenken an die Opfer

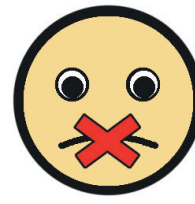
Die Nazi-Zeit endete im Jahr 1945.

Danach haben Leute überlegt:

Wie kann man dafür sorgen, dass die Ereignisse der Nazi-Zeit nicht vergessen werden?

Denn so wollte man dafür sorgen, dass so etwas nie wieder passiert.

Und man wollte an die Opfer erinnern.



Über homo-sexuelle Menschen wurde zunächst aber noch nicht so viel gesprochen.

Das lag auch daran, dass in Deutschland Homo-Sexualität bei Männern auch nach der Nazi-Zeit noch unter Strafe stand.

Das hat sich erst im Laufe der Zeit geändert.

Erst um das Jahr 1970 herum wurde das Gesetz abgeschwächt.

Und erst seit 1994 gilt es gar nicht mehr.

Das heißt: Erst seitdem ist Homo-Sexualität in Deutschland nicht mehr verboten.

Denkmäler für homo-sexuelle Männer entstanden zuerst in den Jahren ab 1984.

Im Jahr 2008 wurde dann in Berlin ein großes Denkmal eingeweiht.

Es heißt: Denkmal für die im National-Sozialismus verfolgten Homo-Sexuellen.

Im Jahr 2002 sagte der Bundestag: Verurteilungen aus der Nazi-Zeit wegen Homo-Sexualität sind nicht mehr gültig.

Sie waren nicht gerecht.

Im Jahr 2017 entschied der Bundestag, dass auch Verurteilungen wegen Homo-Sexualität nach dem Jahr 1945 nicht mehr gelten.

Inzwischen gibt es also eine größere Beschäftigung mit dem Thema.

Aber die Beschäftigung ist noch nicht zu Ende.



## Der jährliche Gedenk-Tag

Eine Form der Erinnerung an die Verbrechen der Nazis ist ein jährlicher Gedenk-Tag.

Der Tag hat den Namen: Tag des Gedenkens an die Opfer des National-Sozialismus.



Er ist jedes Jahr am 27. Januar.

An diesem Tag gibt es  
Veranstaltungen in ganz  
Deutschland.

Zum Beispiel Lesungen, Theater-  
Aufführungen und Gottes-Dienste.



Der Gedenk-Tag hat oft einen Schwer-  
Punkt.

Das bedeutet: Ein bestimmtes  
Thema bekommt besonders viel  
Aufmerksamkeit.

Und dieses Jahr ging es vor allem um  
die Verfolgung von homo-sexuellen  
Menschen durch die Nazis.

### Gedenken im Bundestag

Der Gedenk-Tag war letzte Woche  
Freitag.

Da gab es auch im Bundestag eine  
Gedenk-Stunde.

Dabei wurden unter anderem die  
Lebens-Geschichten von 2 Personen  
erzählt.

Sie hießen Karl Gorath und Mary  
Pünjer.

Beide wurden unter anderem wegen  
Homo-Sexualität von den Nazis ins  
Konzentrations-Lager geschickt.

Danach hat dann Klaus Schirdewahn  
eine Rede gehalten.

Er wurde im Jahr 1964 verhaftet.  
Also schon nach der Nazi-Zeit.  
Und zwar wegen Homo-Sexualität.



Heute setzt er sich unter anderem  
für die Rechte von homo-sexuellen  
Menschen ein.

In seiner Rede hat er darüber  
gesprochen, wie wichtig es ist, die  
Verfolgung von homo-sexuellen  
Menschen in der Nazi-Zeit nicht zu  
vergessen.



### Kurz zusammengefasst

Letzten Freitag war der Gedenk-Tag  
für die Opfer der Nazi-Zeit.

Der ist jedes Jahr am 27. Januar.

Dieses Mal ging es an diesem Tag vor  
allem um Homo-Sexuelle in der Nazi-  
Zeit.

Die Nazis haben Homo-Sexuelle  
verfolgt.

Vor allem homo-sexuelle Männer.

Viele wurden vor Gericht verurteilt.  
Dann kamen sie ins Gefängnis.

Viele wurden auch in Konzentrations-  
Lager geschickt.

Sehr viele von ihnen sind gestorben.

Durch den Gedenk-Tag soll an die  
Opfer erinnert werden.

Und er soll dabei helfen, dass so  
etwas nie wieder passiert.

Weitere Informationen  
in Leichter Sprache gibt es unter:  
[www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, [www.antonius.de](http://www.antonius.de)

Kontakt: Bastian Ludwig, [info@nachrichtenwerk.de](mailto:info@nachrichtenwerk.de)



Redaktion: Annika Klüh,  
Bastian Ludwig, Victoria Tucker

Titelbild: © picture alliance / Ralf Hirschberger/dpa / Ralf Hirschberger. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 5-6/2023

Die nächste Ausgabe erscheint am 13. Februar 2023.